

Beteiligungsbericht

Beteiligungen der Stadt Oberndorf a. N.

im Jahr

2021

an Unternehmen

in einer Rechtsform des privaten Rechts

Nach § 105 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist jährlich - zur Information des Gemeinderats und der Einwohner - ein Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % beteiligt ist.

Inhaltsverzeichnis:

A: Beteiligungen mit mehr als 25 vom Hundert:

1. Oberndorfer Wohnungsbau GmbH

B: Beteiligungen mit 25 vom Hundert und weniger:

1. SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH
2. Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH
3. Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
4. Zweckverband 4IT (ehemals KIRU)
5. Schwarzwald Musikfestival gGmbH

Darunter sind geringfügige Beteiligungen (Ausleihungen):

6. Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG
Anlage 1
7. Volksbank Rottweil eG
Anlage 2
8. Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG
Anlage 3
9. LOCALgenie eG
Anlage 4

C: Mittelbare Beteiligung über den Eigenbetrieb Wasserwerk
Oberndorf a. N.:

1. badenova AG & Co. KG

A. Beteiligungen mit mehr als 25 vom Hundert:

1. Oberndorfer Wohnungsbau GmbH Hauptstraße 10, 78727 Oberndorf a. N.

Gründung:

9. November 1936

Eintragung:

am 26. Februar 1937 in das Handelsregister beim Amtsgericht Oberndorf a. N. unter Band II. Nr. 171, umgeschrieben nach HRB 12 Ob, Amtsgericht Rottweil, umgeschrieben nach HRB 480012 Amtsgericht Stuttgart

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist es, im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung

- a) Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicher zu stellen,
- b) die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen,
- c) städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen,
- d) im Namen und im Auftrag der Stadt Oberndorf a. N. und der Gemeinden Epfendorf und Fluorn-Winzeln Gebäude zu errichten und zu sanieren.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **127.400 Euro** an der Stammeinlage von **130.000 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **98 %**.

Die Gemeinde Epfendorf und die Gemeinde Fluorn-Winzeln sind mit jeweils 1.300 Euro an der Stammeinlage beteiligt, dies entspricht einem Anteil von jeweils 1 %.

In den Jahren 2019 und 2020 hat die Stadt Oberndorf a. N. an die Oberndorfer Wohnungsbau GmbH eine Kapitaleinlage von je 100.000 Euro gewährt. Die Kapitaleinlage zum 31.12.2021 beträgt **200.000 Euro**.

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführung:

Frau Gabriele Götz
Herr Lothar Kopf

b) Aufsichtsrat:

Herr Bürgermeister Hermann Acker, Aufsichtsratsvorsitzender
Herr Mark Prielipp
Herr Martin Karsten
Frau Ruth Hunds
Herr Gerhard Melber

Beteiligungen des Unternehmens:

keine

Hausbewirtschaftung und Verwaltung

Am 31. Dezember 2021 bewirtschaftete die Gesellschaft 191 Mietwohnungen, 8 gewerbliche Einheiten und 105 Garagen.

Das Unternehmen verwaltet außerdem 25 Eigentümergemeinschaften mit 443 Wohnungen, 32 Gewerbeeinheiten und 336 Garagen nach dem Wohnungseigentümergebietsgesetz. Davon stehen 37 Wohnungen und 8 gewerbliche Einheiten im Eigentum der Gesellschaft.

Für die Stadt Oberndorf a.N. verwaltet die Oberndorfer Wohnungsbau GmbH 23 Gebäude mit 29 Mietwohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 29 Garagen. Gegenstand der Verwaltung ist die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, das Mahnwesen, die Betriebskostenabrechnung sowie die Bearbeitung von Mieterwechsel.

Die Vermietung der Wohnungen ist zur Zeit sichergestellt. Erlösschmälerungen entstanden durch den Leerstand von Altbauten mit einfacher Ausstattung sowie Wohnungen mit Modernisierungstau.

Neubautätigkeiten gab es in 2021 keine. Auch für 2022 sind keine geplant.

Für 2022 wird durch erhöhte Mieteinnahmen bei einem erhöhtem Instandhaltungsaufwand mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2021



Oberndorfer Wohnungsbau GmbH

1. Bilanz zum 31.12.2021

AKTIVSEITE

	2021 €	2021 €	2020 €
<hr/>			
<u>Anlagevermögen</u>			
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
Entgeltlich erworbene ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen		10.420,63	6.295,97
<u>Sachanlagen</u>			
Grundstücke mit Wohnbauten	5.386.552,68		5.688.198,09
Grundstücke mit Geschäfts- u. anderen Bauten	686.420,11		710.753,75
Grundstücke ohne Bauten	4.650,00		4.650,00
Technische Anlagen und Maschinen	140.257,38		149.453,59
Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.701,07	6.233.581,24	17.310,42
<u>Finanzanlagen</u>			
Andere Finanzanlagen		250,00	250,00
<hr/>			
<u>Anlagevermögen insgesamt</u> (Übertrag)		6.244.251,87	6.576.911,82

	2021 €	2021 €	2020 €
Übertrag		6.244.251,87	6.576.911,82
 <u>Umlaufvermögen</u>			
 <u>Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte</u>			
Grundstücke ohne Bauten	19.211,68		19.211,68
Grundstücke mit fertigen Bauten	1,00		33.600,00
Unfertigen Leistungen	293.633,91		270.861,86
Andere Vorräte	6.727,81	319.574,40	5.334,94
 <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
Forderungen aus Vermietung	5.960,94		3.306,72
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	20.203,31		13.574,80
Sonstige Vermögensgegenstände	158.774,42	184.938,67	148.101,51
 <u>Flüssige Mittel</u>			
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		431.427,87	459.766,24
 <u>Bilanzsumme</u>		 <u>7.180.192,81</u>	 <u>7.530.669,57</u>

PASSIVSEITE

	2021 €	2021 €	2020 €
<hr/>			
<u>Eigenkapital</u>			
<u>Gezeichnetes Kapital</u>		130.000,00	130.000,00
<u>Kapitalrücklage</u>		1.732.731,24	1.732.731,24
<u>Gewinnrücklagen</u>			
Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	107.478,67		107.478,67
Bauerneuerungsrücklagen	154.102,85		154.102,85
Andere Gewinnrücklagen	<u>576.076,96</u>	837.658,48	576.076,96
Gewinnvortrag		225.536,91	106.921,69
Jahresüberschuss		104.431,78	118.615,22
<hr/>			
<u>Eigenkapital insgesamt</u>	(Übertrag)	<u>3.030.358,41</u>	<u>2.925.926,63</u>

	2021 €	2021 €	2020 €
Übertrag		3.030.358,41	2.925.926,63
<u>Rückstellungen</u>			
Sonstige Rückstellungen		207.774,32	73.653,96
<u>Verbindlichkeiten</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.343.496,78		3.755.559,96
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	205.422,33		205.422,33
Erhaltene Anzahlungen	279.367,26		265.320,62
Verbindlichkeiten aus Vermietung	27.197,24		31.566,44
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	54.056,96		238.777,27
Sonstige Verbindlichkeiten	28.527,33	3.938.067,90	28.514,86
davon aus Steuern:	€ 1.988,60		
Vorjahr	€ 0,00		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	€ 1.202,81		
Vorjahr	€ 404,63		
<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>		3.992,18	5.927,50
<u>Bilanzsumme</u>		7.180.192,81	7.530.669,57

**2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
01. Januar bis 31. Dezember 2021**

	2021 €	2021 €	2020 €
<hr/>			
<u>Umsatzerlöse</u>			
a) aus der Hausbewirtschaftung	1.228.583,98		1.171.168,91
c) aus Betreuungstätigkeit	110.193,54		107.261,78
d) aus Lieferungen und Leistungen	<u>52.095,64</u>	1.390.873,16	43.506,79
<u>Verminderung / Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen</u>		-10.826,95	5.909,88
<u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>		0,00	23.732,65
<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>		3.134,31	159.161,79
<u>Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen</u>			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	532.141,07		517.240,10
b) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	<u>11.208,96</u>	543.350,03	4.032,46
		<hr/>	
<u>Rohergebnis</u>		839.830,49	989.469,24
<u>Personalaufwand</u>			
a) Löhne und Gehälter	280.464,53		377.931,23
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>55.942,31</u>	336.406,84	77.355,19
<u>Abschreibungen</u>			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		248.819,62	250.995,50
<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>		81.473,86	94.297,52
		<hr/>	
Übertrag		173.130,17	188.889,80

	2021 €	2021 €	2020 €
Übertrag		173.130,17	188.889,80
<u>Erträge aus anderen Finanzanlagen</u>	5,00		0,00
<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	<u>66,48</u>	71,48	85,95
<u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>		39.479,39	41.075,38
<u>Steuern vom Einkommen und Ertrag</u>		-0,46	-0,05
<u>Ergebnis nach Steuern</u>		133.722,72	147.900,42
<u>Sonstige Steuern</u>		29.290,94	29.285,20
<u>Jahresüberschuss</u>		<u><u>104.431,78</u></u>	<u><u>118.615,22</u></u>

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2021

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Oberndorfer Wohnungsbau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 31.12.1936 gegründet und ist unter der Nr. HRB 480012 im Handelsregister beim Amtsgericht Stuttgart eingetragen. Das geografische Tätigkeitsfeld umfasst das Gebiet der Stadt Oberndorf a. N..

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft sind die Sicherstellung der Wohnungsversorgung für die Bevölkerung, die Unterstützung der kommunalen Siedlungspolitik und die Durchführung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten umfasst die Vermietung unternehmenseigener Wohnungen und die Verwaltung für Dritte. Zum 31.12.2021 verfügt das Unternehmen über 191 eigene Mietwohnungen und 8 Gewerbeeinheiten.

Zielsetzung und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist es, den Wohnungsbestand marktfähig zu halten und im Rahmen der Unternehmensstrategie wirtschaftlich zu modernisieren. Zudem soll der Wohnungsbestand nach Maßgabe der Wirtschaftlichkeit durch Neubau und Erwerb von Immobilien erhöht werden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch 2021 beeinflusste die Covid-19-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung weltweit negativ.

Nachdem die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg im 1. Halbjahr 2021 preisbereinigt um 5,5 % gestiegen war, hat die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2021 nur noch um 1,7 % zugelegt; für das vierte Quartal wird nur noch mit einer schwachen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gerechnet. Grund hierfür ist das wieder zunehmende Infektionsgeschehen, das die über den Sommer erfolgte Erholung abermals bremst. Insgesamt ergab sich für Gesamt-Deutschland 2021 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,7 %. Damit hat das BIP das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht und liegt immer noch um 2,0 % unter dem des Jahres 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie.

Trotz der Corona-Pandemie zeigte sich der Arbeitsmarkt robust. Die Arbeitslosenquote betrug in Baden-Württemberg im Dezember 2021 3,4 % (Dezember 2020: 4,2 %). Die

Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Baden-Württemberg belief sich im Dezember 2021 auf 212.300 Personen, während im Dezember 2020 noch 264.521 Arbeitslose gemeldet waren. Die Zahl der Erwerbstätigen in Gesamt-Deutschland hat sich 2021 leicht um 7.000 Beschäftigte auf 44,9 Mio. im Jahresdurchschnitt erhöht.

Die Teuerungsrate nach dem Verbraucherpreisindex stieg im Dezember 2021 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 5,0 % und erreichte damit eine seit Jahren nicht gekannte Höhe. Vor allem die Preise für Heizöl (+ 36,7 %) und Kraftstoffe (+ 35,2 %) lagen deutlich über der Gesamtteuerung. Neben den Basiseffekten durch die sehr niedrigen Energiepreise im November 2020 wirkte sich auch die zu Jahresbeginn eingeführte CO₂-Abgabe und die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze im 2. Halbjahr 2020 preiserhöhend aus. Neben den temporären Basiseffekten aus dem Vorjahr entfalten zunehmend krisenbedingte Effekte, wie Lieferengpässe und deutliche Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ihre Wirkung auf die Preisentwicklung.

Problematisch für Wohnungsunternehmen ist die Baupreisentwicklung. So stiegen die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Baden-Württemberg im November 2021 um 14,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Den stärksten Anstieg gab es dabei bei den Zimmer- und Holzbauarbeiten, die wegen gestiegener Bauholzpreise um 47,2 % teurer geworden sind. Die Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden (ohne Schönheitsreparaturen) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 14,0 %. Auf den Anstieg der Baupreise wirkten sich neben dem Basiseffekt durch die befristete Mehrwertsteuersenkung im 2. Halbjahr 2020 zusätzlich die stark gestiegenen Materialpreise aus.

Dagegen stiegen die Nettokaltmieten nach dem Mietpreisindex des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt 2021 nur um 1,8 %.

Die Europäische Zentralbank hat mit ihrer Geldpolitik noch nicht auf den Preisanstieg reagiert. Deshalb liegen die Zinssätze für Baufinanzierungen immer noch günstig bei knapp einem Prozent bei 10-jähriger Zinsfestschreibung. Experten erwarten für 2022 einen Anstieg der Zinsen für Baufinanzierungen um 0,25 bis 0,5 Prozentpunkte.

In Baden-Württemberg lebten 2020 rund 11,17 Mio. Personen. Die Zahl dürfte sich 2021 nur unwesentlich verändert haben. Nach der Prognose des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg soll die Bevölkerung bis zum Jahr 2035 auf 11,36 Mio. Personen anwachsen. Der Anteil der Personen, die älter als 60 Jahre sind, soll sich von 3,05 Mio. Personen im Jahr 2020 auf 3,68 Mio. Personen im Jahr 2035 erhöhen (+ 20,6 %). Damit wird der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von derzeit 27,3 % bis 2035 auf voraussichtlich 32,4 % ansteigen. Der Anteil der 20 bis 60-jährigen wird sich dagegen von 6,0 Mio. (53,8 % der Gesamtbevölkerung) auf 5,5 Mio. (48,7 % der Gesamtbevölkerung) vermindern.

Ausschlaggebend für die Wohnungsnachfrage ist auch die Zahl der Haushalte. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es in Baden-Württemberg im Jahr 2017 fast 5,3 Mio. Privathaushalte. Nach der Voraussicht des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg könnte die Zahl der Haushalte bis 2045 um annähernd 300.000 auf knapp 5,6 Mio. ansteigen, erst danach wird ein leichter Rückgang erwartet. Die Haushaltszahl im Jahr 2050 könnte damit immer noch um fast 290.000 höher liegen als 2017.

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Auch in Deutschland wird dies aller Voraussicht nach zunehmend zu Folgen und deutlichen Einschnitten im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft führen. Von einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist daher auszugehen. Die konkreten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, aber auch auf die Immobilienbranche können noch nicht verlässlich abgeschätzt werden. Es ist jedoch mit Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur,

verschlechterten Finanzierungsbedingungen sowie geringeren Investitionen und Kaufzurückhaltung zu rechnen. Zudem kommt es in Folge des Ukraine-Kriegs zu verstärkten Fluchtbewegungen auch nach Deutschland und demzufolge unter anderem zur Notwendigkeit, diese Menschen mit dem Lebensnotwendigsten, u. a. mit angemessenem Wohnraum, zu versorgen.

In Oberndorf a. N. ist die Nachfrage nach Eigentumswohnungen in den letzten Jahren wieder gestiegen. Der Bedarf an Mietwohnungen ist nach wie vor noch sehr hoch. Diese erstreckt sich, auch auf Grund des demografischen Wandels, überwiegend auf kleinere Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnungen.

Geschäftsverlauf der Oberndorfer Wohnungsbau GmbH

Bausträgerarbeiten gab es in 2021 keine und sind für 2022 auch nicht geplant.

Die Gesellschaft war in 2021 überwiegend im Bereich der Vermietung und der Modernisierungen sowie der Instandhaltungen des Gebäudebestandes tätig.

Im Vermietungsbestand der Gesellschaft befanden sich zum 31.12.2021 insgesamt 191 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 105 Garagen. Im Verlauf des Jahres 2021 waren 21 Mieterwechsel zu verzeichnen.

Die Instandhaltungen im Bestand waren im Hinblick auf das Betriebsergebnis nur im Rahmen der notwendigen Reparaturen möglich.

Im Rahmen der Verwaltung für Dritte betreut die Gesellschaft 25 Eigentümergemeinschaften mit 443 Wohnungen, 32 Gewerbeeinheiten und 358 Garagen und Stellplätze nach dem WEG. Hier wurden die vertrags- und gesetzmäßigen Vorgaben für die Eigentümer umgesetzt. Weiterhin wird für die Stadt Oberndorf a. N. die Mietverwaltung von 23 Gebäuden mit 29 Mietwohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 29 Garagen durchgeführt.

Ertragslage

Die gesamten Umsatzerlöse in 2021 betragen 1.390.873 Euro. Es wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 104.431,78 Euro ausgewiesen. Der Wirtschaftsplan für 2021 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 6.028 Euro. Die Abweichung resultiert hauptsächlich durch höhere Erlöse aus der Vermietung und geringeren Lohnkosten auf Grund krankheitsbedingter Ausfälle.

Die Erlöse im Bereich der Hausbewirtschaftung haben sich in 2021 gegenüber dem Vorjahr erhöht und betragen 1.228.583 Euro. Die Abweichung betrifft überwiegend höhere Mieten des im Vorjahr sanierten Gebäudes Hörnleweg 4. Die Erlöschmälerungen haben sich gegenüber dem Vorjahr stark verringert.

Die Erlöse aus den Verwaltungen liegen bei 110.193 Euro und haben somit einen Anteil von 7,9 % des Gesamtumsatzes.

Die Instandhaltungsaufwendungen für den gesellschaftseigenen Bestand betragen 284.937 Euro (Vorjahr 282.041 Euro) und somit 19,41 Euro/m² (Vorjahr 19,21 Euro/m²).

Die Abschreibungen auf Forderungen liegen in 2021 bei 348 Euro und betragen somit 0,025 Prozent der Umsatzerlöse. Die Wertberichtigungen erhöhten sich um 204 Euro auf 2.144 Euro.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresüberschuss in Höhe von 104.431,78 Euro auf 3.030.358,41 Euro erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 42,2 %. Der Verschuldungsgrad (Verhältnis Fremdkapital zum Eigenkapital) beträgt 136,8 %. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um Darlehen, welche in der Regel eine Zinsbindung von mindestens 10 Jahren beinhalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich durch die regulären Tilgungen in Höhe von 317.563 Euro und auf Grund eines verrechneten Tilgungszuschusses in Höhe von 94.500 Euro um 412.063 Euro verringert.

Liquidität

Kapitalflussrechnung 2021	T€
Jahresüberschuss	104,4
Abschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	248,8
Aktivierete Eigenleistungen	0,0
Abschreibung auf Forderungen	0,4
Außerplanmäßige Abschreibungen Umlaufvermögen	33,6
Zunahme der kurzfristigen Rückstellungen	134,1
Gewinn aus Anlageabgängen	0,0
Zunahme kurzfristige Aktiva	-44,5
Zunahme kurzfristige Passiva	-176,9
Zinsaufwendungen / Zinserträge	39,2
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>339,1</u>
Einzahlungen aus Abgänge von Anlagevermögen	0,0
Auszahlungen Investitionen im Anlagevermögen (inkl. Immat. WG)	-68,9
Einzahlung Zuschuss	58,3
erhaltene Zinsen	0,1
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	<u>-10,5</u>
Neuaufnahme Kredite	0,0
Planmäßige Tilgungen	-317,5
Gezahlte Zinsen	-39,4
Einzahlung Kapitalerhöhung	0,0
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>-356,9</u>
Finanzmittelbestand am Jahresanfang	459,7
Finanzmittelbestand am Jahresende	<u>431,4</u>

Der planmäßige Kapaldienst konnte im Berichtsjahr durch den Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit nahezu vollständig finanziert werden. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet. Ab 2022 werden höhere Instandhaltungsaufwendungen und fast ausgeglichene Jahresergebnisse erwartet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2021 um 350.477 Euro auf 7.180.192 Euro verringert. Die Anlagenintensität des Unternehmens beträgt 87,0 %.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 935.940 Euro umfasst im Besonderen unfertige Leistungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel. Die Abnahme von rund 17.800 Euro liegt maßgeblich in den Grundstücken mit fertigen Bauten.

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresüberschuss in Höhe von 104.431 Euro gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 3.030.358 Euro erhöht.

Das Fremdkapital besteht im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern. Zugänge gibt es in 2021 keine. Die Nettotilgungen betragen 317.563 Euro. Weiterhin gibt es einen Tilgungszuschuss in Höhe von 94.500 Euro.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Eigenkapitalquote	42,2 % (Vorjahr 38,9 %)
Eigenkapitalrentabilität	3,45 % (Vorjahr 4,05 %)
Gesamtkapitalrentabilität	2,0 % (Vorjahr 2,12 %)
Anlagenintensität	87,0 % (Vorjahr 87,3 %)
Durchschnittliche Sollmiete pro m ²	5,63 Euro (Vorjahr 5,51 Euro)

Anteil der Erlösschmälerungen am Umsatz der Hausbewirtschaftung	2,57 % (Vorjahr 5,2 %)
Cash-Flow nach DVFA/SG	386,9 tsd Euro (Vorjahr 348,0)
Mieter-Fluktuation	10,6 % (Vorjahr 12,1 %)
Leerstandsquote	1,6 % (Vorjahr 6,0%)

Prognose, Risiko und Chancen

Bereits seit Oktober 2021 erleben wir eine Zeit drastisch steigender Energiepreise. Sollte dieser Trend anhalten oder sich gar verstärken, könnte die Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter, insbesondere Einpersonen- und Alleinerziehendenhaushalte in großen Wohnungen, übersteigen. Hieraus können Erlösausfälle resultieren. Mit der Strategie der energetischen Modernisierung unter Einsatz öffentlicher Förderung verfolgt die Gesellschaft daher konsequent das Ziel, den Betriebskostenanstieg für die Mieter dauerhaft zu dämpfen. Die Gesamtbelastung für Mieter mit sehr niedrigen Einkommen wird jedoch trotz Einsparmaßnahmen voraussichtlich weiter anwachsen.

Zudem könnte der Ukraine-Krieg zu Versorgungsengpässen und zusätzlich steigenden Energiekosten und mithin Betriebskosten der Mieter führen. Darüber hinaus ist mit verschlechterten Finanzierungsbedingungen zu rechnen. Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation von Risiken und reagiert bedarfsweise mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken.

Im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Energiesektor zeigt sich, dass der Pfad zu einer nachhaltigen Transformation der Wirtschaft derzeit überdacht werden muss. Es wird deutlich, dass vor allem Maßnahmen ergriffen werden müssen, die die Abhängigkeit vom Energieträger Gas mildern.

Ferner besteht ein Risiko in der Unterbrechung von Lieferketten (Lieferengpässe bei verschiedenen Baumaterialien) mit Auswirkungen auf geplante Bauprojekte. Dies betrifft die Modernisierung und die Instandhaltung von Wohnobjekten. Hier kann es zu Verzögerungen und damit insbesondere zu einem Instandhaltungsstau kommen.

Quantitative Angaben zum Einfluss des Ukraine-Krieges auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts noch nicht verlässlich möglich. Diese hängen von dem Ausmaß und der Dauer des Krieges und die darauffolgenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen ab. Es ist allerdings mit einer negativen Abweichung bei einzelnen Kennzahlen zu rechnen.

Neben den aufgeführten Leistungsindikatoren hat der Ukraine-Krieg aufgrund der Fluchtbewegungen voraussichtlich Auswirkungen auf Umsatzziele, da sich die Gesellschaft an der Aufnahme und Unterbringung von Kriegsflüchtlingen beteiligt. Sofern die Sollmieten für diese Wohneinheiten nicht durch die öffentliche Hand getragen bzw. Mietausfälle nicht erstattet werden, kann sich dies negativ auf die Ertragslage auswirken.

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit März 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben geführt. Es ist nach wie vor schwierig, die Auswirkung zuverlässig einzuschätzen. Bis heute hat es für die Oberndorfer Wohnungsbau GmbH keine Auswirkungen. Das Ende der Pandemie ist noch nicht abzusehen. Deshalb muss mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf des Unternehmens gerechnet werden. Zu nennen sind hier Risiken aus Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen.

Die Risiken des Unternehmens liegen vor allem in den Leerständen, dem Risiko von Mietausfällen und in notwendigen Instandhaltungen für die nachhaltige Vermietbarkeit der Wohnungen.

Einzelne Risikomanagementziele und -faktoren sind für das Unternehmen formuliert und werden fortlaufend überwacht. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht vorhanden.

Als wesentliche Finanzinstrumente sind die in der Bilanz erfassten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute zu nennen. Durch Streuung der Zinsbindungsfristen ist das Zinsänderungsrisiko überschaubar. Derivate Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

In den nächsten Jahren rechnen wir durch Tilgung der bestehenden Darlehen mit sinkenden Zinsaufwendungen. Zusammen mit den erhöhten Mieteinnahmen bietet dies dem Unternehmen die Chance, neben den Instandhaltungsaufwendungen auch weitere Modernisierungen im Bestand durchzuführen, um damit auch eventuellen Vermietungsrisiken entgegenzuwirken.

Für das Jahr 2022 wurde ein Wirtschaftsplan mit erhöhtem Instandhaltungsaufwand erstellt. Die Erhöhung beruht auf die Sanierung der Tiefgarage eines Objekts, bei der die Oberndorfer Wohnungsbau mit rund 36 % beteiligt ist. Dadurch wird sich ein negatives Ergebnis mit rund 16.000,00 Euro ergeben.

Oberndorf a. N., den 15.06.2022

Gabriela Götz

Lothar Kopf

B) Beteiligungen mit 25 vom Hundert und weniger:

1. SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH

Gründung:

15.06.2011 mit Änderung vom 04.07.2011

Eintragung:

am 13.07.2011 in das Handelsregister B des Amtsgerichts Stuttgart unter der Nummer HRB 735729

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Unterhaltung des ehemals Städtischen Krankenhauses Oberndorf a. N. im Rahmen des Versorgungsauftrags der Stadt Oberndorf a. N. und nach Maßgabe der jeweiligen Ausweisung im Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg, insbesondere voll-, teil-, vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen sowie ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen. Hinzu kommt der Betrieb von Einrichtungen der Aus- und Fortbildung.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **25.000,00 Euro** am Stammkapital von **100.000,00 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **25 %**. Die SRH Kliniken GmbH, Heidelberg sind mit 75.000 Euro am Stammkapital beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von 75 % beteiligt.

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführer:

Dr. med. Andor Toth MBA

b) Gesellschafterversammlung:

SRH Kliniken GmbH Heidelberg
Stadt Oberndorf am Neckar

Beteiligungen des Unternehmens:

keine

SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH, Oberndorf am Neckar

Bilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVSEITE

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	31.866,00	23.029,00
2. Geleistete Anzahlungen	<u>9.728,25</u>	<u>2.510,53</u>
	41.594,25	25.539,53
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.141.237,61	22.841.614,61
2. Technische Anlagen und Maschinen	37.944,00	58.393,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.506.108,81	1.232.658,81
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>33.786,68</u>	<u>4.815,01</u>
	23.719.077,10	24.137.481,43
	<u>23.760.671,35</u>	<u>24.163.020,96</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	495.678,08	664.556,28
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	<u>106.163,34</u>	<u>92.809,83</u>
	601.841,42	757.366,11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.286.179,81	1.889.377,73
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach der BPfIV/KHEntgG € 1.407.950,89	1.407.950,89	151.043,75 (151.043,75)
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.879.659,43	2.964.288,94
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>82.445,56</u>	<u>11.201,35</u>
	5.656.235,69	5.015.911,77
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>66.686,30</u>	<u>6.260,73</u>
	6.324.763,41	5.779.538,61
C. Ausgleichsposten nach dem KHG		
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	1,00	1,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>5.840,00</u>	<u>28.880,82</u>
	<u>30.091.275,76</u>	<u>29.971.441,39</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	6.010.612,71	6.010.612,71
III. Gewinnrücklagen		
1. Andere Gewinnrücklagen	3.181.000,00	2.362.000,00
IV. Gewinnvortrag	582,10	578,76
V. Jahresüberschuss	689.239,85	819.003,34
	<u>9.981.434,66</u>	<u>9.292.194,81</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	7.881.623,00	7.940.522,00
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	100,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.134.303,24	1.091.567,02
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.536.506,00	6.211.365,60
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.410.852,12		(2.089.567,29)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	10,00	110,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 10,00		(110,00)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.117.341,60	639.633,37
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.117.341,60		(639.633,37)
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	987.507,28	1.114.072,25
davon nach der BPfIV/KHEntgG € 767.354,13		(661.820,35)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 987.507,28		(1.114.072,25)
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.227.011,66	3.494.082,80
davon gegenüber Gesellschafter € 3.120.665,64		(3.299.207,00)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 3.227.011,66		(414.082,80)
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00		(3.080.000,00)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	225.438,32	187.893,54
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 225.438,32		(187.893,54)
davon aus Steuern € 157.326,20		(163.606,63)
	<u>11.093.814,86</u>	<u>11.647.157,56</u>
	<u>30.091.275,76</u>	<u>29.971.441,39</u>

SRH Krankenhaus Oberndorf a. N. GmbH, Oberndorf am Neckar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	2 0 2 1		2020
	€	€	€
1. Umsatzerlöse		24.710.801,04	23.375.923,56
2. Erhöhung oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		13.353,51	14.297,10
3. Sonstige betriebliche Erträge		333.539,19	436.789,75
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.125.035,29		2.787.440,24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>3.561.561,96</u>		<u>3.233.472,92</u>
		6.686.597,25	6.020.913,16
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	11.268.150,39		10.988.932,65
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 913.937,44	2.952.123,19		2.796.022,81
			<u>(903.938,03)</u>
		14.220.273,58	13.784.955,46
6. Erträge aus der Abwicklung von Fördermitteln		862.048,12	1.221.187,36
7. Aufwendungen aus der Abwicklung von Fördermitteln		283.339,02	643.178,59
8. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.154.605,69		1.138.390,54
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	<u>0,00</u>		<u>132.129,66</u>
		1.154.605,69	1.270.520,20
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.650.823,36	2.244.184,16
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		453,95	451,43
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		226.015,44	265.222,12
davon an verbundene Unternehmen € 31.550,04			(32.391,91)
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		999,39	0,00
13. Ergebnis nach Steuern		697.542,08	819.675,51
14. Sonstige Steuern		<u>8.302,23</u>	<u>672,17</u>
15. Jahresüberschuss		<u>689.239,85</u>	<u>819.003,34</u>

SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. GmbH, Oberndorf am Neckar

Anlage zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens 2021

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem folgenden Anlagespiegel ersichtlich:

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Stand am 1.1.2021	Zugänge lfd. Jahr	Umbu- chungen	Abgänge	Stand am 31.12.2021
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	465.574,12	31.153,56	2.510,53	68.160,53	431.077,68
2. Geleistete Anzahlungen	2.510,53	9.728,25	- 2.510,53	0,00	9.728,25
	468.084,65	40.881,81	0,00	68.160,53	440.805,93
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	34.093.880,08	11.904,05	0,00	0,00	34.105.784,13
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.367.732,97	0,00	0,00	0,00	1.367.732,97
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.260.298,48	692.141,55	0,00	240.531,07	7.711.908,96
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.815,01	28.971,67	0,00	0,00	33.786,68
	42.726.726,54	733.017,27	0,00	240.531,07	43.219.212,74
	43.194.811,19	773.899,08	0,00	308.691,60	43.660.018,67

Entwicklungen der Abschreibungen					Restbuchwerte	
Gesamte Abschreibungen Stand am 1.1.2021 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Umbuchungen €	Entnahme für Abgänge €	Gesamte Abschreibungen Stand am 31.12.2021 €	(Stand 31.12.2021) €	(Stand 31.12.2020) €
7	8	9	10	11	12	13
442.545,12	24.827,09	0,00	68.160,53	399.211,68	31.866,00	23.029,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.728,25	2.510,53
442.545,12	24.827,09	0,00	68.160,53	399.211,68	41.594,25	25.539,53
11.252.265,47	712.281,05	0,00	0,00	11.964.546,52	22.141.237,61	22.841.614,61
1.309.339,97	20.449,00	0,00	0,00	1.329.788,97	37.944,00	58.393,00
6.027.639,67	397.048,55	0,00	218.888,07	6.205.800,15	1.506.108,81	1.232.658,81
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33.786,68	4.815,01
18.589.245,11	1.129.778,60	0,00	218.888,07	19.500.135,64	23.719.077,10	24.137.481,43
19.031.790,23	1.154.605,69	0,00	287.048,60	19.899.347,32	23.760.671,35	24.163.020,96

LAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell

SRH | Gemeinsam für Bildung und Gesundheit

Als Stiftung mit führenden Angeboten in den Bereichen Bildung und Gesundheit begleiten wir Menschen auf ihren individuellen Lebenswegen. Unserer Leidenschaft fürs Leben folgend, helfen wir ihnen aktiv bei der Gestaltung ihrer Zukunft, hin zu einem selbstbestimmten Leben.

Mit fast 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 1,2 Mio. Kunden erwirtschaften wir einen Umsatz von ca. 1,25 Mrd. Euro (2020). Unsere Gewinne reinvestieren wir in die Zukunftsmärkte Bildung und Gesundheit, um unsere Angebote immer weiter zu verbessern, Innovationen zu fördern und für noch mehr Menschen neue Lebenschancen zu eröffnen.

Die 1966 in Heidelberg gegründete SRH ist heute eines der größten Bildungs- und Gesundheitsunternehmen Deutschlands mit bundesweit rund 80 Standorten.

SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Gesundheitswesen, insbesondere in der stationären und ambulanten Krankenversorgung sowie der Kurzzeitpflege. Die Gesellschaft verwirklicht damit auch die Ziele der SRH Holding und der SRH Gesundheit GmbH.

Das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. ist eine Akutklinik der Grund- und Regelversorgung und verfügt über 120 Planbetten, die auf die Fachabteilungen Innere Medizin mit 70 Betten und die Chirurgie/Unfallchirurgie mit 50 Betten aufgeteilt sind. Im Gebiet der Orthopädie wird eine umfangreiche Kooperation mit der Orthoklinik Rottweil/Schramberg und dem Orthozentrum Sulz/Oberndorf praktiziert, die auch ein integriertes Versorgungsmodell einschließt. Seit Januar 2018 werden zusätzlich Leistungen in der stationären Hand- und Fußchirurgie in Kooperation mit der Chirurgischen Praxisklinik Rottweil-Schramberg angeboten. Zudem werden ambulante bzw. stationärsersetzende Eingriffe in den Bereichen Augen und Chirurgie durchgeführt. Die Abteilung für Physikalische Therapie ist ein wichtiger Bestandteil des Behandlungsprozesses.

In der Kurzzeitpflege stehen 18 Betten für Gäste zur Verfügung.

Die Schule für Gesundheits- und Pflegeberufe mit 40 Plätzen hat einen großen Stellenwert für die Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften.

Oberndorf a.N. verfügt über einen eigenen Notarztstandort mit jährlich rd. 800 Einsätzen.

Eine Generalsanierung mit Investitionen von insgesamt 26,85 Mio. € wurde Mitte 2015 abgeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist nach einem pandemiebedingten Einbruch um 4,6 % im Jahr 2020 wieder auf einem Wachstumskurs. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2021 um 2,7 % gestiegen. Zwar wurde bereits in der Herbstprognose 2021 eine Verlangsamung prognostiziert, doch diese fiel stärker aus als erwartet. Die Ursache dafür sind insbesondere der Anstieg der COVID-19-Infektionen, die hohen Energiepreise und die anhaltenden Lieferausfälle. Unternehmen müssen sich auf weitere Preissteigerungen vor allem im Energiebereich einstellen. Die Inflationsrate erhöhte sich drastisch und lag im Dezember 2021 bei 5,3 %, was den höchsten Wert seit 1992 darstellt.

Nach wie vor ist die gesamtwirtschaftliche Lage stark durch die Corona-Pandemie gekennzeichnet, dabei stehen die Akteure des Gesundheitswesens stark im Fokus, allen voran die Krankenhäuser. Trotz staatlicher Hilfen stehen die deutschen Kliniken wirtschaftlich schlecht da. Laut „Krankenhaus-Barometer“ rechnen 60 % der Einrichtungen für 2021 mit Verlusten. Neben großen organisatorischen und personellen Herausforderungen stellten die zusätzlichen Covid-19-Patienten, der erhöhte Isolations- und Präventionsbedarf und die Quarantäneanordnungen sowie die durch Erkrankungen zusätzlich ausgedünnte Personaldecke vor enorme Schwierigkeiten.

Um den wirtschaftlichen Sorgen der Krankenhäuser für das laufende Jahr 2021 frühzeitig zu begegnen und die vollständige Konzentration auf die medizinische Versorgung weiter zu gewährleisten, hat die Bundesregierung Verordnungen zur wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser umgesetzt, die neben dem Ganzjahresausgleich für 2021 (unter Bezugnahme auf das Vorpandemiejahr 2019) auch die bisherigen Ausgleichszahlungen nochmals anpasste. Die Umsetzung dieser Maßnahmen über diese Verordnung war möglich, da der Bundesregierung im Rahmen des Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage weitreichende Verordnungsermächtigungen eingeräumt wurden.

Die Ausgleichszahlungen waren ursprünglich bis zum 31. Dezember 2021 begrenzt. In Anbetracht des Infektionsgeschehens wurden diese aber im Rahmen einer Verordnung noch vor dem Jahreswechsel bis zum 19. März 2022 verlängert. Auch der Corona-Mehrkostenzuschlag wurde im Laufe der Pandemie mehrfach angepasst: Vor dem Hintergrund der aufwendigen Kalkulation und der kleinteiligen Verhandlungen dazu vor Ort haben sich die Selbstverwaltungspartner darauf verständigt, die bis dato geltende Zuschläge als Abschlagszahlungen bis Ende 2020 zur Liquiditätssicherung weiterlaufen zu lassen. Aufgrund der sich normalisierenden Beschaffungspreise senkten die Vertragsparteien die Abschlagszahlungen für 2021 stufenweise ab. Damit entfielen die aufwendige Kalkulation und Verhandlung sowie der Nachweis über die tatsächlich entstandenen Mehrkosten. Der Corona-Mehrkostenzuschlag ist Ende 2021 ausgelaufen. Eine weitere Maßnahme zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Krankenhäuser war unter anderem die Einführung eines befristeten Versorgungsaufschlags je Covid-Patient.

Vor dem Hintergrund der erheblichen personellen Belastung durch die Corona-Pandemie wurden auch in diesem Bereich Sonderregelungen getroffen. So wurden beispielsweise durch den GBA Ausnahmen bei Dokumentationsvorgaben zur Qualitätssicherung getroffen oder die Regelung der Strafzahlungen für das Prüfgeschehen des Medizinischen Dienstes ausgesetzt. Als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für Pflegekräfte wurden Mittel für Corona-Prämien bereitgestellt. Trotz sämtlicher Maßnahmen, die von den Akteuren ergriffen werden, führt die Corona-Pandemie die deutschen Krankenhäuser in eine prekäre Lage. Allerdings zeichnet sich der wirtschaftliche Abwärtstrend der deutschen Krankenhäuser bereits seit einigen Jahren ab:

Laut dem Krankenhaus Rating Report 2020 des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) befanden sich im Jahr 2018 13 % der Krankenhäuser im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr (VJ: 11 %), 64 % (VJ: 81 %) im „grünen Bereich“. Die Ertragslage hat sich 2018 ebenfalls verschlechtert: 29 % der Krankenhäuser schrieben auf Konzernebene einen Jahresverlust (VJ: 27%). Als ausschlaggebend hierfür wird der erneute Fallzahlrückgang im Jahr 2018 um 0,9 % aufgeführt. Als Gründe werden die wachsende Knappheit an Fachkräften und intensivere MDK-Prüfungen, verbunden mit der zunehmenden Ambulantisierung aufgeführt. Der wachsende Anteil an ambulanten Leistungen wird voraussichtlich dazu führen, dass die Fallzahlentwicklung, trotz Alterung der Gesellschaft, bis ins Jahr 2030 nahezu stagniert. Gleichzeitig geht das RWI davon aus, dass sich die Verweildauer von aktuell 7,2 Tage (Stand: 2018) bis zum Jahr 2030 auf 6,2 Tage reduzieren wird. Für rund 22 % der heutigen Krankenhausbetten gäbe es dann keinen Bedarf mehr.¹

¹ Augurzky et al (2020): Krankenhaus Rating Report 2020

Neben den steigenden Defiziten und den schwierigen Marktbedingungen wird der Druck auf die Krankenhäuser durch neue Gesetzesanforderungen verschärft.

Die Gesetzgeber setzten dabei an unterschiedlichen Stellschauben an, die von Personalvorgaben über die Restrukturierung der Notfallversorgung bis hin zu gravierenden Änderungen des Vergütungssystems reichen. Die bereits im Jahr 2020 beschlossenen wesentlichen Gesetzesänderungen, wie die Einführung weiterer Pflegepersonaluntergrenzen (siehe PpUGV), die Einführung des Pflegebudgets im Rahmen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpsG) und die Umsetzung des MDK-Reformgesetzes beschäftigten die Einrichtungen auch im Jahr 2021 maßgeblich. Hinzu kamen Verschärfungen von Qualitätsvorgaben und Mindestmengen durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Obwohl die Ansätze der Gesetze in weiten Teilen nachvollziehbar sind, sind viele der Maßnahmen unausgereift und erfordern Korrektur. Die Folgen für die Krankenhäuser sind oftmals nicht abzuschätzen.

Covid-19 wird oft als Katalysator zur Beschleunigung des Fortschritts in Telemedizin, von Gesundheits-Apps und der elektronischen Patientenakte bezeichnet. Doch auch zuvor rückte der Gesetzgeber den Ausbau der digitalen Strukturen in den Fokus: Das 2019 in Kraft getretene Digitale-Versorgungs-Gesetz (DVG) sieht vor, dass Krankenhäuser zum 01. Januar 2021 den Anschluss an die Telematikinfrastruktur sicherstellen müssen.

Damit wird die zentrale Voraussetzung geschaffen, verschiedene IT-Anwendungen einzuführen, wie beispielsweise die elektronische Patientenakte. Denn die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben den Stellenwert der Digitalisierung in der Krankenhausversorgung verdeutlicht. Als Antwort darauf wurde das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) beschlossen und am 28. Oktober 2020 in Kraft gesetzt. Es stellt u. a. 3 Mrd. Euro des Bundes für den Ausbau der Krankenhaus-IT zur Verfügung, die durch 1,3 Mrd. Euro der Länder ergänzt werden müssen. Um Mittel aus dem Krankenhauszukunftsfonds zu erhalten, müssen die Digitalisierungsprojekte der Krankenhäuser eine Reihe von gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Dazu gehören § 19 Absatz 2 und 3 der Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV) sowie § 14a Absatz 5 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG). Die entsprechenden Anträge mussten bis zum 31.12.2021 beim Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) eingereicht werden. Seit dem 01.01.2021 hält allein das BAS mit dem Krankenhauszukunftsfonds (KHZF) rund 3 Mrd. Euro für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Krankenhäusern bereit. Weitere rund 1,3 Mrd. Euro tragen Länder und Krankenhausträger. Förderfähig sind laut Gesetz Vorhaben zur Verbesserung der internen und sektorenübergreifenden Versorgung, Ablauforganisation, Dokumentation, Kommunikation, Telemedizin, Robotik, und Hightechmedizin als auch der Ausbau moderner Notfallkapazitäten. 15% der beantragten Fördermittel müssen dabei als Grundvoraussetzung in die IT-Sicherheit fließen.

Die Digitalisierung von Arbeitsabläufen und Strukturen bietet für die Krankenhäuser eine große Chance mit beachtlichen Effizienzpotenzialen. Allerdings stehen Krankenhäuser mit veralteten IT-Strukturen und mangelnden Datenschutzmechanismen vor hohen, nicht abwendbaren Investitionskosten.

Die beschriebenen wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen werden die Krankenhäuser zu weiteren Konsolidierungen zwingen. Wie bereits in den vergangenen Jahren wird es zu weiteren Schließungen von Abteilungen, Klinikstandorten, aber auch ganzen Krankenhäusern kommen. Die strategische Anpassung des Leistungsportfolios, verbunden mit der Entwicklung neuer sektorenübergreifender Versorgungsmodelle und der Aufbau von digitalen Partnerschaften wird für den Erhalt der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar werden.

Geschäftsverlauf

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Fallzahl nach DRG-Definition (mit Überlieger) betrug im Geschäftsjahr 2021 4.643 (VJ: 5.210) auf Grund der Corona-Pandemie.

Im Berichtsjahr wurden 3.626 Case-Mix-Punkte (CMP) erreicht (inkl. Überlieger). Dies bedeutet einen Rückgang zum Vorjahr (3.639 CMP) um -0,4 %. Die Ursache liegt weiterhin an der Pandemie. Mit den Kassen konnte im Berichtsjahr keine Vereinbarung getroffen werden.

In der Kurzzeitpflegeeinheit konnten insgesamt 367 Pflagetage (VJ: 1.507) mit Gesamterlösen von TEUR 47 (VJ: TEUR 175) erreicht werden. Dies entspricht durchschnittlich rd. 1 Gast pro Tag (VJ: 4,1 Gäste).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,7 % von TEUR 23.376 auf TEUR 24.711. Dabei sind die tagesbezogenen Ausgleichsbeträge nach § 21 Abs. 2 und Abs. 5 KHG sowie der Anstieg des Landesbasisfallwertes für die a-DRGs berücksichtigt.

Der gestiegene Umsatz beruht im Wesentlichen auf Ausgleichsforderungen für das Pflegebudget. Das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. erzielte im Geschäftsjahr 2021 eine Umsatzrendite von + 2,8 % (VJ: + 4,6 %) unter Zugrundelegung des Betriebsergebnisses im Verhältnis zu den Umsatzerlösen.

Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von TEUR 774 durchgeführt. Schwerpunkte waren hierbei: Narkosegerät, zwei Ultraschallgeräte, zwei Hüft- und drei Kniesiebe, fünf große Akkubohrmaschinen und eine Bandspülmaschine.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der Investitionen im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 774 erfolgte aus Pauschalfördermitteln des Landes nach § 15 LKHG in Höhe von TEUR 427, einer Pauschale des Bundes für die Schaffung zusätzlicher Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit in Höhe von TEUR 89 sowie aus Eigenmitteln in Höhe von TEUR 258. Des Weiteren wurde ein kompletter OP-Tisch über Leasing finanziert (Aktivierung beim Leasinggeber).

Personal- und Sozialbereich

Zum 31.12.2021 waren in der Gesellschaft 293 Mitarbeiter (einschl. 36 Auszubildenden) beschäftigt (VJ: 294). Die Zahl der Vollkräfte verringerte sich im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um - 0,6 % von 175,7 auf 174,7.

Die Personalkosten betragen im Geschäftsjahr TEUR 14.220 (VJ: TEUR 13.785), was einen Anstieg um 3,2 % darstellt.

Im Berichtsjahr bestanden im ärztlichen Dienst und weiterhin im Bereich der Intensivpflege ein Fachkräftemangel. Zur Versorgung der Patienten und Erbringung der Leistungen im stationären Bereich musste auf externe Kräfte in Arbeitnehmerüberlassung zurückgegriffen werden. Die Aufwendungen im Berichtsjahr erhöhten sich hierbei von 1,04 Mio. um rd. 0,04 Mio. € auf 1,08 Mio. €, was auch unter dem Planansatz lag.

Die Umsatzproduktivität je VK stieg dabei auf TEUR 137,6 (VJ: TEUR 133).

Über die SRH-Dienstleistungsgesellschaft sind 33 Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt = 24,8 VK) angestellt. Des Weiteren waren im Berichtsjahr 4 Marienschwestern (= 0,7 VK) in der Gesellschaft tätig sowie durchschnittlich 3,7 VK ANÜ-Kräfte. Diese Aufwendungen sind im Sachaufwand enthalten.

Insgesamt arbeiten also rd. 204 VK im Jahresdurchschnitt im SRH Krankenhaus Oberndorf. Die durchschnittlich 40 Auszubildenden in der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege sind dabei mit 1 zu 9,5 angerechnet (= 4,2 VK).

Auch im Jahr 2022 wird es weiterhin schwierig bleiben qualifiziertes Personal im Pflegedienst und auf Assistenzarztebene zu gewinnen. In einem angespannten Marktumfeld werden hierfür zeitliche und finanzielle Ressourcen aufzuwenden sein. Der wachsende Bedarf im Bereich der Pflege wird dabei voraussichtlich erst mit dem nächsten Abschlussjahrgang im Herbst gedeckt werden können.

Tarifverhandlungen mit ver.di und Marburger Bund

Die Gewerkschaft ver.di hat den bestehenden Entgelttarifvertrag für das nicht-ärztliche Personal in den SRH Kliniken fristgerecht zum 31. Dezember 2020 gekündigt. Zusätzlich wurde der Tarifvertrag für die Auszubildenden zum gleichen Zeitpunkt gekündigt.

Die Tarifverhandlungen wurden aufgenommen und nach insgesamt fünf Verhandlungsterminen sowie drohenden Arbeitsk Kampfmaßnahmen erfolgte am 08.04.2021 eine Einigung zwischen den Tarifparteien. Die geeinten Punkte umfassen unter anderem eine Erhöhung der Entgelttabelle in drei Stufen: Ab dem 01.04.21 erfolgt eine Erhöhung um 2,3 %, mind. 60 €, ab dem 01.04.22 um 2,3 %, mind. 60 € sowie ab dem 01.09.22 um 1,3 %. Auszubildende erhalten die gleichen Erhöhungen, jedoch ohne Mindestbeträge. Darüber hinaus gibt es eine Erhöhung des steuerfreien Nachtzuschlages. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2022.

Die Tarifparteien der Gewerkschaften ver.di und Marburger Bund haben sich zudem in einem separaten Vertrag auf eine Corona-Prämie i. H. v. 150 € entsprechend des Beschäftigungsumfangs, mindestens jedoch 100 €, geeinigt. Auszubildende erhalten eine Prämie von 100 €. Diese Prämie wurde im Januar 2021 ausgeschüttet.

Nach Kündigung des bestehenden Tarifvertrages für das Ärztliche Personal zum 30.09.2021 wurden die Tarifverhandlungen im Oktober 2021 mit dem Marburger Bund aufgenommen.

Der Fokus der Verhandlungen lag schwerpunktmäßig auf der Erhöhung der Tabellenentgelte sowie auf der Höherbewertung und Begrenzung von Bereitschaftsdiensten und Zuschlägen für Sonderformen der Arbeit.

Betriebliche Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung erfolgt über die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg. Zum Stichtag 31.12.2021 waren alle Mitarbeiter bei der ZVK angemeldet.

Aus- und Fortbildung

Im Jahr 2021 wurden für die Finanzierung der Weiterbildung der Mitarbeiter insgesamt TEUR 75 (VJ: TEUR 42) aufgewendet. Zum 31.12.2021 befanden sich 36 Pflegefachfrauen und -männer in Ausbildung.

Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im August wurde das zweite Überwachungsaudit, das auf die erstmalige Zertifizierung nach DIN ISO 9001/2015 im Jahr 2018 erfolgte, erfolgreich abgeschlossen.

Im September 2021 ist die SRH mit seiner gesellschaftsübergreifenden IT-Infrastruktur Opfer eines Cyberangriffs geworden. Aus Sicherheitsgründen mussten einige IT-Systeme zeitweise vom Netz genommen werden.

Die Patientenversorgung war dabei zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Seit Mitte 2021 betreiben die niedergelassenen Ärzte von Oberndorf, Sulz und Schramberg eine ambulante KV-Notfallpraxis an Wochenenden und Feiertagen in den Räumlichkeiten des Krankenhauses. Auf Grund der Pandemie sanken die stationären Fallzahlen.

Das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. ist Mitglied bei der Initiative Qualitäts-mezizin (IQM). Des Weiteren wurden im Berichtsjahr verschiedene Projekte im Bereich der Patientensicherheit zusammen mit der SRH Gesundheit GmbH durchgeführt (u.a. Ausbau des Hygienemanagements, Einführung Sicherheitschecklisten).

Die Kooperation mit der Orthoklinik und dem Orthozentrum Sulz/Oberndorf sowie dem Universitätsklinikum Tübingen (insb. Teleradiologie) bestand weiter.

Die Kooperation mit dem SRH Klinikum Karlsbad-Langensteinbach im Bereich der Wirbelsäulenerkrankungen wurde pandemiebedingt ausgesetzt.

2. Darstellung der Lage

Ertragslage

Bei Gesamterträgen von TEUR 25.920 (VJ: TEUR 25.049) und Gesamtaufwendungen von TEUR 25.231 (VJ: TEUR 24.230) ergibt sich ein Jahresüberschuss von TEUR 689 (VJ: TEUR 819); jeweils einschließlich Fördermittel- und Finanzergebnis sowie Steuern. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die nicht geförderten Abschreibungen in Höhe von TEUR 584 (VJ: TEUR 712) und Zinsaufwendungen mit TEUR 226 (VJ: TEUR 265) im Ergebnis enthalten sind.

Das Betriebsergebnis von TEUR 916 (VJ: TEUR 1.084), welches um TEUR 466 über Plan liegt, ergibt sich aus betrieblichen Erträgen von TEUR 25.058 (VJ: TEUR 23.826) und betrieblichen Aufwendungen von TEUR 24.142 (VJ: TEUR 22.742), davon sind TEUR 14.220 (VJ: TEUR 13.785) Personalaufwendungen und TEUR 9.922 (VJ: TEUR 8.957) Sachaufwendungen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erreichten im Berichtsjahr ein Volumen von TEUR 21.944 (VJ: TEUR 20.903). Dies stellt eine Verbesserung von + 5 % dar. Die Steigerung der Erlöse beruht im Wesentlichen auf der tagesbezogenen Pauschale nach § 21 Abs. 2 S. 2 KHG sowie sonstigen Zuschlägen nach KHG. Pandemiebedingt reduzierten sich die Erlöse aus der Kurzzeitpflege im Berichtsjahr um TEUR 128 auf TEUR 47 (VJ: TEUR 175).

Eine MDK-Rückstellung in Höhe von TEUR 91 (Vorjahr: TEUR 183) ist eingestellt.

Beim Ausbildungsfond und -budget Baden-Württemberg nach § 17a KHG mit einem Gesamtvolumen von TEUR 383 ergibt sich zum Jahresende 2021 eine Forderung in Höhe von insgesamt TEUR 114, die entsprechend im Ertrag enthalten ist. In der neuen Ausbildungsform nach § 33 PflBG, der generalistischen Pflegeausbildung, ergibt sich saldiert eine Forderung in Höhe von TEUR 94. Das gesamte Ausbildungsbudget beträgt TEUR 1.368.

Die Steigerung der Sachaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus einer Steigerung des medizinischen Sachbedarfs (+TEUR 414, insbesondere Laborbedarf), den bezogenen Leistungen (+ TEUR 367 für fremd vergebene Dienste/Leasingkräfte; insb. externe Ärzte/Orthopäden) und der höheren Instandhaltungsaufwendung für das Gebäude (+ TEUR 155, notwendige Dachsanierung Altbau).

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -226 (VJ: TEUR - 265). Der Rückgang resultiert aus der fortschreitenden Tilgung der Darlehen aus der Generalsanierung sowie einer Umschuldung.

Finanzlage

Der Bestand an liquiden Mitteln des SRH Krankenhauses Oberndorf belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 1.927 (VJ: TEUR 2.951). Für die Finanzierung des laufenden Geschäftes standen im Berichtszeitraum jederzeit ausreichend Mittel zur Verfügung. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 473 (VJ: TEUR 3.209).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des SRH Krankenhauses Oberndorf hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 29.971 um TEUR 120 auf TEUR 30.091 (+0,4 %) erhöht.

Im Zuge der umfangreichen Generalsanierung hat das Anlagevermögen einen Stand von TEUR 23.761 erreicht.

Die Anlagenintensität beträgt 79,0 % (VJ: 80,6 %).

Das Umlaufvermögen hat sich von TEUR 5.780 um TEUR 545 auf TEUR 6.325 erhöht. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um TEUR 397 auf TEUR 2.286 erhöht. Auch haben sich die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht um TEUR 1.257 auf TEUR 1.408 erhöht. Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2021 ist um TEUR 1.024 auf TEUR 1.927 gesunken.

Der „Überliegerbestand“ (unfertige Leistungen) betrug zum 31.12.2021 TEUR 106 (VJ: TEUR 93).

Das Eigenkapital erhöhte sich von TEUR 9.292 um TEUR 689 auf TEUR 9.981.

Nach Abschluss der Baumaßnahmen sanken die Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG von TEUR 7.941 um TEUR 59 auf TEUR 7.882.

Die gesamten Rückstellungen stiegen von einem Anfangsbestand von TEUR 1.091 um TEUR 43 auf TEUR 1.134.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen TEUR 5.537. Hinzu kommen noch ein internes Darlehen bei der SRH Gesundheit GmbH in Höhe von TEUR 3.110 und eine Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 117. Diese wurde zwischenzeitlich reguliert.

Die Summe der noch nicht zweckentsprechend verwendeten § 15 LKHG-Pauschalfördermittel beträgt zum Jahresende TEUR 176. Der Betrag steht für künftige Beschaffungen zur Verfügung. Der Stand der nicht verwendeten Mittel nach § 21 Abs. 5 KHG beträgt TEUR 44. Diese sind für künftige zweckentsprechende Investitionen vorgesehen.

Bei einem Jahresüberschuss von TEUR 689 (VJ: TEUR 819) beträgt die Eigenkapitalrendite rd. 6,9 % (VJ: 8,8 %) und die Gesamtkapitalrendite 3 % (VJ: 3,5 %).

Zusammenfassung

Insgesamt ist der Geschäftsverlauf für das SRH Krankenhaus Oberndorf trotz der Pandemie als erfolgreich zu bewerten.

Die Geschäftsführung ist mit der Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zins- und Abschreibungsaufwendungen aus der Generalsanierung, im abgelaufenen Geschäftsjahr zufrieden.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognose 2022

Die Geschäftsführung der SRH Krankenhauses Oberndorf a.N. GmbH rechnet für das kommende Geschäftsjahr mit einem rückläufigen Betriebsergebnis. Hierbei erfolgte die Planung unter kaufmännischem Vorsichtsprinzip, da auf Grund fehlender praktischer Erfahrungen zu den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Thema Pflege sowie bezüglich MDK-Reformgesetz derzeit keine sichere Prognose abgegeben werden kann. Zum Zeitpunkt der Planung für das Jahr 2022 wurde die Annahme eines normalen Geschäftsbetriebes ohne Pandemiegeschehen getroffen.

Um unsere Ziele im Jahr 2022 erreichen zu können, will das Krankenhaus u.a. weiter ein breites Leistungsspektrum für die Patienten sichern. Bei unserer Planung für das kommende Geschäftsjahr sind wir von nachfolgenden Prämissen ausgegangen:

Da das Jahr 2021 wirtschaftlich auch weiterhin unter dem Einfluss des Pandemiegeschehens stand, bietet es keine solide Ausgangsbasis für künftige Planungszeiträume. Es ist daher beabsichtigt, die Bewertungsrelationen auf dem hohen Niveau von 2019 zu stabilisieren. Für 2022 sind wir von einer Steigerung des Landesbasisfallwertes um 2 % ausgegangen und einer Leistungssteigerung in der Orthopädie. Das Pflegebudget wurde mit einer Steigerung von 3 % mit dem voraussichtlichen niedrigsten Wert aus 2021 geplant.

Unter Beachtung der Entwicklung der sonstigen Umsatzerlöse wird für das Geschäftsjahr 2022 mit Umsatzerlösen in Höhe von insgesamt 24,77 Mio. € geplant. Dabei sind nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Abschläge durch den MDK realistisch berücksichtigt worden.

Im Bereich der Kosten gehen wir in der Planung von 3 % Tarifsteigerung im ärztlichen und nichtärztlichen Dienst aus, bei einem gleichzeitigen Aufbau der durchschnittlichen beschäftigten Vollkräfte auf 184. Für das Geschäftsjahr 2022 werden daher insgesamt steigende Aufwendungen, davon u.a. Personalaufwand von 15,2 Mio. € erwartet. Den anstehenden Personalkostensteigerungen durch Gehaltssteigerungen sowie den inflationsbedingten Preissteigerungen im Sachaufwand soll durch gezielte Prozessoptimierung und Verbesserungen der Kostenstrukturen gegengesteuert werden, so dass im nächsten Geschäftsjahr von einer konstanten Personal- und Materialaufwandsquote ausgegangen wird.

Für das Geschäftsjahr sind Investitionen von TEUR 1.585 eingeplant. Es sind u.a. Softwarelösungen, Photovoltaikanlage, 2. BHKW, neue Wahlleistungszimmer, diverse Beschaffungen in der Medizintechnik und Krankenbetten geplant. Die Finanzierung der Gesamtinvestitionen soll über pauschale Fördermittel und Eigenmittel erfolgen.

Auf Grund des aktuellen Pandemiegeschehens ist es eine Herausforderung, die Leistungsziele zu erreichen. Die Gewährung kompensierender Zuschüsse hängt von den politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene ab.

Zusammengefasst wird in der Erfolgsplanung für das Geschäftsjahr 2022 mit steigenden Umsatzerlösen bedingt durch die Veränderung des Landesbasisfallwertes und einer Leistungssteigerung in der Orthopädie, sowie einem nicht auf Vorjahresniveau haltbaren Jahresergebnis gerechnet. Der Umfang der Umsetzung der Planung wird in hohem Maße von der Entwicklung des Pandemiegeschehens sowie gesetzgeberischen Maßnahmen abhängen.

2. Risikomanagement

- Im SRH Konzern sind Ziele und Struktur, Elemente sowie Vorgehensweise des Risikomanagementsystems in einer Konzernrichtlinie geregelt. Verantwortlich für das Risikomanagement ist das Konzerncontrolling.

Das Risikomanagementsystem der SRH setzt sich aus folgenden Teilsystemen zusammen:

Erfolgsplanung:

Die jährlich zu erstellende Erfolgsplanung umfasst grundsätzlich den Zeitraum des folgenden Geschäftsjahres. Ab 2018 wurde monatlich revolvierend die Vorschau auf das Jahresende aktualisiert, was eine kontinuierliche Anpassung des Unternehmens an der Entwicklung des Marktes und der sich daraus ergebenden Chancen und Risiken ermöglicht.

Monatsbericht:

Monatlicher Plan-Ist-Vergleich pro Gesellschaft auf Basis von Leistungs-, Finanz- und Liquiditätskennzahlen.

Risikobericht:

Das jährlich zweimal erfolgende Risiko-Reporting an den Gesellschafter beinhaltet die Elemente Risikoidentifikation, Risikobewertung und Risikosteuerung.

Risikoprofile:

Werden anhand von operativen und strategischen Risikomanagement-Abfragen erhoben.

Einzelanalysen:

Werden nach Notwendigkeit Ad-hoc für verschiedene Themen erstellt.

Konzernrichtlinien:

Handlungsvorschriften und Verhaltensrichtlinien zu einzelnen Managementbereichen. Die Konzernrichtlinien werden bei komplexen Themen durch Handbücher ergänzt, die Hintergrundinformationen und erläuternde Hinweise darüber geben, wie die Richtlinien wirksam umgesetzt werden können.

Interne Prüfungen:

Erfolgen in allen Betriebs- und Geschäftsbereichen durch die Konzernrevision.

Externe Prüfungen:

Erfolgen durch Wirtschaftsprüfer und spezielle Gutachter.

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ist die Geschäftsführung der Unternehmen für die Einrichtung, Anwendung und den Nachweis des Risikomanagementsystems verantwortlich.

Das Risikomanagement ist in der SRH durch eine Konzernrichtlinie geregelt, nach der das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. GmbH gezielt zur Risikolage zu berichten hat.

Liquidität

Die Liquidität wird auf Monatsbasis geplant. Beim Auftreten gravierender Abweichungen im Rahmen des monatlichen Plan-Ist-Vergleichs wird der Liquiditätsplan für den Rest des Geschäftsjahres an die aktuelle Entwicklung angepasst. Grundsätzlich wird angestrebt, die Auszahlungen eines Monats in Form von Bankguthaben bzw. Guthaben im Cash Pool des SRH Konzerns vorzuhalten. Die Liquiditätsreichweite wird quartalsweise errechnet und Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Das Beteiligungscontrolling des SRH Konzerns überwacht darüber hinaus täglich anhand der Cash Pool-Guthaben und der zentralen Finanzanlagen die kurzfristig verfügbaren Finanzmittel der Tochtergesellschaften. Im Falle absehbarer Liquiditätsengpässe wird eine aktuelle kurzfristige Liquiditätsplanung (Zeithorizont 4-6 Wochen) erstellt sowie Gegenmaßnahmen zeitnah eingeleitet.

Die Liquidität zur Erfüllung der Unternehmenszwecke ist unter den dargestellten Rahmenbedingungen ausreichend.

Weitere Liquiditätsrisiken sind derzeit nicht vorhanden. Die Liquidität wird täglich überwacht.

3. Chancen und Risiken

Chancen

bestehen im Wesentlichen durch eine weitere Steigerung der Leistungszahlen, v.a. in der Chirurgie / Orthopädie durch bestehende und zusätzliche Leistungsanbieter bzw. durch strukturelle Anbindung von Zuweisern an das Krankenhaus. Darüber hinaus bestehen nicht unwesentliche Kostensenkungspotentiale, die durch interne Reorganisationsprojekte realisiert werden sollen. Zudem soll durch den angedachten Ausbau der Krankenpflegeschule die Personalsituation im Pflegebereich deutlich verbessert werden. Nach Abschluss der Generalsanierung im Jahre 2015 bietet das SRH Krankenhaus Oberndorf a.N. attraktive Rahmenbedingungen für die zeitgemäße Patientenbehandlung.

Risiken

liegen vor allem in der Gewinnung von Fachkräften sowie den damit verbundenen hohen Aufwendungen für die Gewinnung von Personal bzw. für externe Kräfte in Arbeitnehmerüberlassung um kurz- / mittelfristig Engpässe zu kompensieren. Darüber hinaus besteht das grundsätzliche Problem eines kleinen Krankenhauses, hinsichtlich des Ausfalls von Führungskräften, die kurzfristig nicht adäquat vertreten / besetzt werden können. Ein generelles Risiko wird auch in den sich immer wieder ändernden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen gesehen, die regelhaft zu Lasten kleiner Krankenhäuser ausgerichtet sind.

Weder die aktuelle Vermögenslage noch laufende Projekte bieten Hinweise auf bestandsgefährdende Risiken.

Hinweise auf drohende Umweltschäden oder andere Haftungstatbestände sind nicht ersichtlich.

Zur Bewältigung der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise werden gemeinsame Maßnahmen durch den SRH-Konzern und die Gesellschaft in die Wege geleitet.

Oberndorf a.N., den 14.07.2022

Dr. Andor Toth
Geschäftsführer

2. Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH

Gründung:

13. Dezember 1996

Eintragung:

am 11. Juni 1997 in das Handelsregister Amtsgericht Stuttgart unter der Nummer HRB 480911.

Gegenstand des Unternehmens:

1. Die Gesellschaft ist diakonisch tätig. Die Diakonie als Lebens- und Wesensäußerung der christlichen Gemeinde ist Zeugnis von Gottes Liebe zur Welt in Jesus Christus. Sie bemüht sich um Wohl und Heil des Menschen. Sie nimmt sich besonders der Menschen in Not- und Konfliktsituationen an, gewährt ihnen Beratung und Hilfe und sucht die Ursachen von Notständen zu beheben.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe und des Wohlfahrtswesens, die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 AO sowie die Verfolgung kirchlicher Zwecke im Sinne des § 54 AO.
3. Der Zweck der Gesellschaft wird verwirklicht insbesondere durch das Errichten und Betreiben von ambulanten, Behandlungs-, Pflege-, Betreuungseinrichtungen zur häuslichen Pflege sowie zur Kranken- und Altenpflege. Die Gesellschaft unterhält eine ökumenische Hospizgruppe und bietet Essen auf Rädern an. Sie gewährt ganzheitliche Hilfe und betätigt sich in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe durch helfenden Beistand überall dort, wo Menschen ihrer Hilfe und Betreuung bedürfen.
4. Der Zweck der Gesellschaft kann gemäß § 58 Nr. 1 AO auch verwirklicht werden durch Mittelbeschaffung zur Förderung der in Ziffer 2 genannten Zwecke durch andere steuerbegünstigte Körperschaften oder durch Körperschaften des öffentlichen Rechts. Diese haben die ihnen zugewandten Mittel ausschließlich und unmittelbar für ihre steuerbegünstigten Zwecke zu verwenden.
5. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die zur Erreichung und Förderung des Zwecks beitragen.
6. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Insbesondere kann die Gesellschaft gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und deren Vertretung und Geschäftsführung übernehmen, sowie Zweigniederlassungen errichten.

7. Die Gesellschaft ist Mitglied im Evangelischen Landesverband für Diakonie- und Sozialstationen in Württemberg e.V. und über diese Mitgliedschaft auch Mitglied im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V. und damit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zugeordnet. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Voraussetzung hierfür, insbesondere die in der Satzung des Diakonischen Werks geregelten Mitgliedspflichten zu erfüllen. Sie versteht ihren Beitrag als Lebens- und Willensäußerung der christlichen Kirchen.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **8.800,00 Euro** an der Stammeinlage von 51.400 Euro beteiligt, dies entspricht einem Anteil von rund **17,1 %**.

Organe des Unternehmens:

- a) Geschäftsführer:

Herr Andreas Bronner

- b) Verwaltungsrat:

- Vorsitzende:

Dr. Kathrin Sauer

(für evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.)

- Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Paul Fischer (für katholische Kirchengemeinden)

- Weitere Mitglieder:

Frau Angelika Moch (für evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.),

Herr Bernd Vosseler (für evangelische Kirchengemeinden),

Herr Bürgermeister Marc Priellipp (für Kommunen)

- c) Gesellschafterversammlung:

Je 50 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme

Geschäftsanteile des Unternehmens:

Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG

500,00 Euro

Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N.

Bilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVSEITE

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	31.925,00	8.076,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	2.718.986,54	2.724.714,54
2. Technische Anlagen	41.148,00	43.478,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	224.918,00	181.052,00
4. Fahrzeuge	45.227,00	56.104,00
	<u>3.030.279,54</u>	<u>3.005.348,54</u>
III. Finanzanlagen Beteiligungen	500,00	500,00
	<u>3.062.704,54</u>	<u>3.013.924,54</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	292.627,99	226.180,84
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung	0,00	286,26
3. Forderungen aus öffentlicher Förderung	25.889,93	0,00
4. Forderungen aus nicht-öffentlicher Förderung	26.121,00	14.121,00
5. Sonstige Vermögensgegenstände	45.650,74	58.534,55
	<u>390.289,66</u>	<u>299.122,65</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	190.797,52	234.007,63
	<u>581.087,18</u>	<u>533.130,28</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	22.766,26	20.148,01
	<u>3.666.557,98</u>	<u>3.567.202,83</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	51.400,00	51.400,00
II. Gewinnrücklagen	744.593,63	650.265,74
III. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	795.993,63	701.665,74
B. Stille Einlage/Einlagen stiller Gesellschafter	297.360,29	297.360,29
C. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	248.254,00	233.113,00
2. Sonderposten aus nicht-öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	<u>505.077,00</u>	<u>529.622,00</u>
	753.331,00	762.735,00
D. Rückstellungen	156.736,57	156.374,44
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	109.004,98	71.884,25
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 109.004,98		(71.884,25)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.005.194,28	1.034.356,76
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 55.288,23		(31.070,47)
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern oder dem Träger der Einrichtung	470.105,17	484.352,82
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 18.905,17		(19.052,82)
4. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	23.149,19	0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 23.149,19		(0,00)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	55.682,87	56.817,43
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 55.682,87		(56.817,43)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 7.470,02		<u>(7.539,29)</u>
	1.663.136,49	1.647.411,26
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	1.656,10
	<u>3.666.557,98</u>	<u>3.567.202,83</u>

Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	2 0 2 1		2020
	€	€	€
1. Erträge aus ambulanter und teilstationärer Pflege	1.509.335,74		1.290.345,90
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	36.848,00		1.648,50
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	7.087,50		339,00
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	100.883,56		61.518,39
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs, soweit nicht in den Nummern 1 bis 2 enthalten	1.205.626,56		1.188.110,79
5. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	36.343,28		61.932,40
6. Sonstige betriebliche Erträge	76.781,14		72.014,93
		2.972.905,78	2.675.909,91
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.618.007,05		1.486.630,14
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	484.239,74		423.261,91
		2.102.246,79	1.909.892,05
8. Materialaufwand			
a) Lebensmittel	170.502,21		164.391,84
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	11.492,80		5.960,76
c) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	250.360,35		264.825,46
		432.355,36	435.178,06
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen		52.779,94	50.185,26
10. Mieten, Pacht, Leasing		114.932,35	78.188,59
		2.702.314,44	2.473.443,96
Zwischenergebnis		270.591,34	202.465,95
11. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen		48.234,09	0,00
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		34.488,90	18.026,65
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten		48.234,09	0,00
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		157.966,49	112.336,19
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		4.200,77	2.641,26
16. Sonstige betriebliche Aufwendungen		27.525,99	70.767,30
		155.204,35	167.718,10
Zwischenergebnis/Übertrag		115.386,99	34.747,85

Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	2021	2020
	€	€
Übertrag/Zwischenergebnis	115.386,99	34.747,85
17. Zinsen und ähnliche Erträge	7,37	582,30
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 0,00		(582,30)
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.066,47	16.422,40
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 244,51		(0,00)
	21.059,10	15.840,10
19. Jahresüberschuss	94.327,89	18.907,75
20. Einstellungen in Gewinnrücklagen	- 94.327,89	- 19.554,12
21. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0,00	646,37
22. Bilanzgewinn	0,00	0,00

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021

A. Allgemeine Angaben

Die Sozialstation Raum Oberndorf gGmbH, Oberndorf a. N., ist unter der Nummer HRB 480911 in das Handelsregister des Amtsgericht Stuttgart eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO).

Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 wurde unter Beachtung der Ausweisschriften der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) sowie der Bestimmungen der §§ 264 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

B. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

Aktivposten

Das Anlagevermögen wird mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, erhöht um die Anschaffungsnebenkosten und vermindert um Ermäßigungen wie Rabatte und Skonti. Es kommt ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei den Gebäuden beläuft sich auf 33 Jahre. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der übrigen abnutzbaren Vermögensgegenstände richtet sich nach den amtlichen steuerlichen Abschreibungstabellen.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt.

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Deckung der Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, wurden mit dem beizulegenden Zeitwert in Höhe € 31.133,74 bewertet und mit den entsprechenden Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von € 49.590,31 saldiert. Soweit der beizulegende Zeitwert den Wert der korrespondierenden Verpflichtungen übersteigt, wird der Überhang als Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung aktiviert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Passivposten

Mit Datum vom 30. Juni 2017 / 30. Oktober 2017 wurde mit der Evangelischen Kirchengemeinde Oberndorf a. N. ein Vertrag über eine atypische stille Beteiligung geschlossen. Im Rahmen der Unterstützung der Gesellschaft durch die Kirchengemeinde hat diese der Gesellschaft im Jahr 2014 einen Geldbetrag von € 303.460,29 zur Verfügung gestellt, der als atypische stille Beteiligung an der Gesellschaft durch die Kirchengemeinde gehalten werden soll. Die Beteiligung erfolgt zur Unterstützung der laufenden Geschäfte der Gesellschaft und wurde vollständig in das Anlagevermögen investiert. Die Mittel sind im Rahmen des gemeinnützigen und diakonischen Gesellschaftszweckes gebunden. Die Beteiligung wird nicht verzinst. Sie kann von beiden Vertragspartnern mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende des Geschäftsjahres ordentlich gekündigt werden. Mit Änderung zum Vertrag über die atypische stille Beteiligung vom 11. März 2019 / 13. März 2019 wurde die Beteiligungshöhe um € 6.100,00 auf € 297.360,29 reduziert. Der Betrag wurde der stillen Einlage zur Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft entnommen.

Investitionszuschüsse von öffentlichen und nicht-öffentlichen Zuschussgebern werden nicht von dem aktivierten Anlagevermögen gekürzt, sondern als Passivposten ausgewiesen und analog der Abschreibung des betreffenden Anlagevermögens aufgelöst.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg. Die Zusatzversorgungskasse ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zweck der Versorgungskasse ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Auf eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB verzichtet.

Die Altersversorgung wird durch Umlagen finanziert. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt 6,3 %. Dieser setzt sich aus einem Arbeitgeberanteil von 5,75 % und einem Arbeitnehmeranteil von 0,55 % zusammen. Der zusätzlich vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeldzuschuss beträgt 2,3 %. Es wird ein Zusatzbeitrag von 0,54 % erhoben. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter € 1.414.786,07.

Die Rückstellungen sind zu voraussichtlichen Erfüllungsbeträgen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung nach Maßgabe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet worden.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde in Anlehnung an IDW RS HFA 3 gebildet. Sie wurde mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2021 veröffentlichten laufzeitadäquaten Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Des Weiteren wurde bei der Bemessung der Rückstellung ein Lohn- und Gehaltssteigerungstrend von 2,0 % p. a. angenommen.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ergibt sich aus Anlage 1.

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung aus dem Vorjahr betreffen ausschließlich Forderungen aus laufenden Verrechnungen.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens ergibt sich aus Anlage 2.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben € 949.906,05 (Vorjahr: € 1.003.286,29) und von den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben € 451.200,00 (Vorjahr: € 465.300,00) eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Verbindlichkeiten in Höhe von € 1.164.254,85 (Vorjahr: € 1.223.467,65) haben eine Restlaufzeit von über 5 Jahren.

Von den Verbindlichkeiten sind € 1.444.247,40 (Vorjahr: € 1.482.031,60) grundbuchamtlich gesichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern oder dem Träger der Einrichtung resultierten aus einem Darlehen € 469.953,00 (Vorjahr: € 484.194,00) sowie aus laufenden Verrechnungen € 152,17 (Vorjahr: € 158,82).

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr 2021 sind Erstattungen aus diversen Corona Rettungsschirmen sowohl in den „Erträgen aus ambulanter und teilstationärer Pflege“ in Höhe von € 71.940,30 als auch in den „Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten“ in Höhe von € 34.587,44 enthalten.

Für Altersversorgung wurden aufgewendet € 134.895,34 (Vorjahr: € 109.486,84).

E. Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Im Geschäftsjahr wurden derivative Finanzinstrumente (Zinsswap) zur Absicherung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen (EURIBOR) Darlehen verwendet. Dem Zinsswap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbarem, gegenläufigem Risiko zu Grunde. Dass mit der aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsgeschäft gebildeten Bewertungseinheit nach § 254 HGB gesicherte Kreditvolumen beträgt zum Bilanzstichtag € 384.868,45. Die Höhe der mit Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken beträgt € 36.021,44.

Geschäftsführung

Vertretungsberechtigter Geschäftsführer im Geschäftsjahr war Herr Andreas Bronner, staatlich anerkannter Sozialwirt, 78727 Oberndorf.

Gesellschafter

	€	%
Evangelische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.	12.200,00	23,7
Evangelische Kirchengemeinde Aistaig	3.000,00	5,8
Evangelische Kirchengemeinde Boll	3.000,00	5,8
Evangelische Kirchengemeinde Fluorn	4.000,00	7,8
Evangelische Kirchengemeinde Trichtingen	4.000,00	7,8
Katholische Kirchengemeinde Oberndorf a. N.	4.300,00	8,4
Katholische Kirchengemeinde Bochingen	1.400,00	2,7
Katholische Kirchengemeinde Altoberndorf	600,00	1,2
Katholische Kirchengemeinde Beffendorf	900,00	1,8
Katholische Kirchengemeinde Hochmössingen	1.100,00	2,1
Katholische Kirchengemeinde Epfendorf	1.500,00	2,9
Katholische Kirchengemeinde Talhausen	200,00	0,4
Katholische Kirchengemeinde Harthausen	700,00	1,4
Katholische Kirchengemeinde Winzeln	1.900,00	3,7
Stadt Oberndorf a. N.	8.800,00	17,1
Gemeinde Fluorn-Winzeln	1.800,00	3,5
Gemeinde Epfendorf	2.000,00	3,9
	<u>51.400,00</u>	<u>100,0</u>

Arbeitnehmer

Im Berichtsjahr waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 84 Mitarbeiter beschäftigt.

Oberndorf am Neckar, am 30.06.2022

Andreas Bronner (Geschäftsführer)

Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens in 2021

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Endstand	Anfangsbestand	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2021)	(Stand am 31.12.2020)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	115.508,86	31.102,06	1.685,02	144.925,90	107.432,86	7.202,06	1.634,02	113.000,90	31.925,00	8.076,00
II. Sachanlagen										
1.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	3.002.596,87 (2.762.887,33)	80.829,45 (80.829,45)	0,00 (0,00)	3.083.426,32 (2.843.716,78)	277.882,33 (277.882,33)	86.557,45 (0,00)	0,00 (0,00)	364.439,78 (277.882,33)	2.718.986,54 (2.565.834,45)	2.724.714,54 (2.485.005,00)
1.2 darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	115.768,80 (115.768,80)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	115.768,80 (115.768,80)	72.290,80 (72.290,80)	2.330,00 (2.330,00)	0,00 (0,00)	74.620,80 (74.620,80)	41.148,00 (41.148,00)	43.478,00 (43.478,00)
2.1 Technische Anlagen										
2.2 darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen										
3.1 Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	339.711,19	94.049,64	8.847,24	424.913,59	158.659,19	49.944,64	8.608,24	199.995,59	224.918,00	181.052,00
3.2 darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	(339.711,19)	(94.049,64)	(8.847,24)	(424.913,59)	(158.659,19)	(49.944,64)	(8.608,24)	(199.995,59)	(224.918,00)	(181.052,00)
4. Fahrzeuge	64.388,67	1.055,34	0,00	65.444,01	8.284,67	11.932,34	0,00	20.217,01	45.227,00	56.104,00
	3.522.465,53	175.934,43	8.847,24	3.689.552,72	517.116,99	150.764,43	8.608,24	659.273,18	3.030.279,54	3.005.348,54
darunter: Summe der Positionen 1.2, 2.2, 3.2 und 4.:	(3.282.755,99)	(175.934,43)	(8.847,24)	(3.449.843,18)	(517.116,99)	(64.206,98)	(8.608,24)	(572.715,73)	(2.877.127,45)	(2.765.639,00)
III. Finanzanlagen										
Beteiligungen	500,00	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	500,00	500,00
	3.638.474,39	207.036,49	10.532,26	3.834.978,62	624.549,85	157.966,49	10.242,26	772.274,08	3.062.704,54	3.013.924,54

Fördernachweis 2021

Fördernachweis aus öffentlicher Förderung

Bilanzposten	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte					Entwicklung der geförderten Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsbestand	Zugänge	Umbuchung	Abgang	Endstand	Anfangsbestand	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2021)	(Stand am 31.12.2020)
1	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Sachanlagen												
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	232.574,00 (232.574,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	232.574,00 (232.574,00)	1.162,00 (1.162,00)	6.977,00 (6.977,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	8.139,00 (8.139,00)	224.435,00 (224.435,00)	231.412,00 (231.412,00)
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	2.323,52 (2.323,52)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	2.323,52 (2.323,52)	622,52 (622,52)	464,00 (464,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	1.086,52 (1.086,52)	1.237,00 (1.237,00)	1.701,00 (1.701,00)
2.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen												
3.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	0,00	24.134,09	0,00	0,00	24.134,09	0,00	1.552,09	0,00	0,00	1.552,09	22.582,00	0,00
3.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	(0,00)	(24.134,09)	(0,00)	(0,00)	(24.134,09)	(0,00)	(1.552,09)	(0,00)	(0,00)	(1.552,09)	(22.582,00)	(0,00)
darunter: Summe der Positionen 1.2., 2.2. und 3.2	234.897,52 (234.897,52)	24.134,09 (24.134,09)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	259.031,61 (259.031,61)	1.784,52 (1.784,52)	8.993,09 (8.993,09)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	10.777,61 (10.777,61)	248.254,00 (248.254,00)	233.113,00 (233.113,00)

Fördernachweis aus nicht-öffentlicher Förderung

Bilanzposten	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte					Entwicklung der geförderten Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsbestand	Zugänge	Umbuchung	Abgang	Endstand	Anfangsbestand	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2021)	(Stand am 31.12.2020)
1	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Sachanlagen												
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	526.254,36 (526.254,36)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	526.254,36 (526.254,36)	51.268,36 (51.268,36)	16.143,00 (16.143,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	67.411,36 (67.411,36)	458.843,00 (458.843,00)	474.986,00 (474.986,00)
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen												
2.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	28.699,21	950,81	0,00	0,00	29.650,02	986,21	3.684,81	0,00	0,00	4.671,02	24.979,00	27.713,00
2.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	(28.699,21)	(950,81)	(0,00)	(0,00)	(29.650,02)	(986,21)	(3.684,81)	(0,00)	(0,00)	(4.671,02)	(24.979,00)	(27.713,00)
3. Fahrzeuge	583.289,29 (583.289,29)	950,81 (950,81)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	584.240,10 (584.240,10)	53.667,29 (53.667,29)	25.495,81 (25.495,81)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	79.163,10 (79.163,10)	505.077,00 (505.077,00)	529.622,00 (529.622,00)
darunter: Summe der Positionen 1.2. und 2.2. und 3.												

3. Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH, Sitz Villingen-Schwenningen

Gründung:

3. Juli 2001

Eintragung:

am 21. November 2001 in das Handelsregister Abt. B des Amtsgerichts Villingen-Schwenningen unter der Nummer HRB 2681

Nach der Zentralisierung der Registerführung wird die Gesellschaft seit 30. November 2006 unter der Nummer HRB 602681 beim Amtsgericht Freiburg i. Br. geführt

Gegenstand der Gesellschaft:

- a) Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, die Entwicklung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen, das Betreiben eines regionalen Standortmarketings sowie die Information, Kooperation und Koordination in allen Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung. Dazu gehört auch die Projektentwicklung und Vermarktung eines regionalen Gewerbegebietes.
- b) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.
- c) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 1 Abs. 2 und 102 ff. Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist ausgeschlossen.
- d) Die Gesellschaft ist eine steuerbefreite Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **2.500 Euro** am Stammkapital von **65.000 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **4 %**.

Des Weiteren sind mit je 2.500 Euro beteiligt:

die Städte

Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil, Donaueschingen, Schramberg, Bad Dürrenheim, Bräunlingen, Geisingen, Hüfingen, St. Georgen, Sulz a. N., Trossingen und Spaichingen

die Gemeinden

Immendingen, Königsfeld i. Schw., Unterkirnach und Zimmern ob Rottweil und Neuhausen ob Eck

die Landkreise

Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis und Tuttlingen

der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Schwenningen

der Gemeindeverwaltungsverband Heuberg, Wehingen

die Handwerkskammer Konstanz, Konstanz

die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Villingen

Die eingezogene Stammeinlage von 2.500 Euro der zum 31.12.2011 ausgeschiedenen Stadt Furtwangen ist dem Stammkapital ebenfalls hinzuzurechnen.

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführung:

Frau Henriette Stanley

b) Aufsichtsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschafter.

Als beratende und unterstützende Gremien wurde ein Beirat gegründet (Mitglieder siehe Anlage).

Beteiligungen des Unternehmens:

PE Gewinnerregion UG, Villingen-Schwenningen

100-%ige Tochtergesellschaft, Stammkapital 3.000 Euro

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
Villingen - Schwenningen
Bilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVA	2021 EUR	2020 EUR	PASSIVA
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL
I. Sachanlagen			I. Gezeichnetes Kapital
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.661,00	20.812,00	67.500,00
III. Finanzanlagen			309.787,80
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.000,00	9.000,00	377.287,80
B. UMLAUFVERMÖGEN			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			B. RÜCKSTELLUNGEN
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	833,00	0,00	1. sonstige Rückstellungen
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	111.100,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	18.760,59	4.043,26	
	19.593,59	4.043,26	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	466.228,50	656.261,18	C. VERBINDLICHKEITEN
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.305,37	1.018,19	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
	<u>522.788,46</u>	<u>691.134,63</u>	- davon mit einer Restlaufzeit von
	<u>522.788,46</u>	<u>691.134,63</u>	bis zu einem Jahr: EUR 28.123,51
			(EUR 9.825,81)
			2. sonstige Verbindlichkeiten
			- davon aus Steuern: EUR 4.263,34 (EUR 5.873,20)
			- davon im Rahmen der sozialen
			Sicherheit: EUR 0,0 (EUR 1.150,49)
			- davon mit einer Restlaufzeit von
			mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (EUR 0,00)
			<u>6.277,15</u>
			34.400,66
			<u>522.788,46</u>
			<u>691.134,63</u>

**Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit
01. Januar bis zum 31. Dezember 2021**

	2021 EUR	2020 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	0,00
b) Erträge aus der Auflösung für Rückstellungen	0,00	4.343,11
c) übrige sonstige betriebliche Erträge	149.549,62	183.710,43
	(149.549,62)	(188.053,54)
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	295.638,30	281.394,85
b) soziale Abgaben und Aufwendungen Aufwendungen für Altersversorgung	66.319,21	68.015,95
	(361.957,51)	(349.410,80)
3. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.287,42	4.921,37
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	485.511,04	288.428,25
5. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	2.400,00
6. Ergebnis nach Steuern	-703.206,35	-457.106,88
7. sonstige Steuern	208,00	208,00
8. Jahresfehlbetrag	-703.414,35	-457.314,88
9. Entnahme aus der Kapitalrücklage	703.414,35	457.314,88
10. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Anhang
für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021
der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB) und den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages in der Fassung des BilRUG aufgestellt.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz gemacht werden können, sind insgesamt im Anhang aufgeführt.

Nach den in § 267 a HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine Kleinst-Kapitalgesellschaft.

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
Firmensitz laut Registergericht:	Villingen-Schwenningen
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Amtsgericht Freiburg i.Br.
Register-Nr.:	602681

2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorschriften des HGB und des GmbH-Gesetzes.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Vorhersehbare Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet und sind mit ihren Nennbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

3. Angaben zur Bilanz

Guthaben bei Kreditinstituten

Bankkonten mit einem Stand per 31.12.2021 von EUR 179.237,60 EUR (Vj. EUR 353.340,28) unterliegen der Zweckbindung für das Vorhaben "Regionales Gewerbegebiet Sulz am Neckar", das zusammen mit dem Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg und der Stadt Sulz am Neckar verwirklicht wird.

Darüber hinaus besteht ein Bankkonto mit Stand zum 31.12.2021 von EUR 25.536,19 (Vj. EUR 26.356,53 EUR), das für das Welcome Center zweckgebunden ist.

Forderung gegen verbundene Unternehmen

Gegenüber der Tochtergesellschaft PE Gewinnerregion UG (haftungsbeschränkt) besteht eine Forderung in Höhe von EUR 11.662,49 (Vj. EUR 12.306,42 EUR). Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses zur Übernahme der Verluste wurde eine Einzelwertberichtigung in Höhe der Jahresfehlbeträge seit 2018 in derselben Höhe gebildet und darüber hinaus eine Rückstellung für die Verlustübernahme in Höhe von 2.400 EUR gebildet.

Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre und der Sicherungsrechte

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen wie im Vorjahr nicht.

Die in Abschnitt C. der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag fällig.

4. Sonstige Angaben

Im Jahr 2021 wurden durchschnittlich 6,25 Arbeitnehmer beschäftigt.

5. Ergebnisverwendung

Der im Geschäftsjahr 2021 entstandene Jahresfehlbetrag von EUR 703.414,35 wurde durch eine Entnahme zu Lasten der bestehenden Kapitalrücklage ausgeglichen.

Villingen-Schwenningen, den 31.03.2022

Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH



Henriette Stanley
Geschäftsführerin

**Entwicklung des Anlagevermögens
der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH
im Geschäftsjahr 2021**

	Anschaffungs-/Herstellungskosten		Kumulierte Abschreibungen		Buchwerte				
	Stand am 01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchung EUR	Stand am 31.12.2021 EUR	Abgänge EUR	Zugänge EUR	Stand am 31.12.2021 EUR	Stand am 31.12.2020 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.362,42	0,00	0,00	0,00	9.362,42	0,00	0,00	9.362,42	0,00
II. Sachanlagen									
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	130.537,68	7.136,42	0,00	0,00	137.674,10	109.725,68	5.287,42	115.013,10	22.661,00
Sachanlagen	130.537,68	7.136,42	0,00	0,00	137.674,10	109.725,68	5.287,42	115.013,10	22.661,00
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.000,00	4.000,00	0,00	0,00	13.000,00	0,00	0,00	0,00	13.000,00
	148.900,10	11.136,42	0,00	0,00	160.036,52	119.088,10	5.287,42	124.375,52	35.661,00
									29.812,00

Lagebericht

Ertragsituation

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 1 Abs. 2 und 102 ff. Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Jegliche Gewinnerzielungsabsicht ist ausgeschlossen. Die Finanzierung des Wirtschaftsplans wird durch die jährlich in zwei Tranchen zu erbringenden Finanzierungsanteile der Gesellschafterinnen gewährleistet.

2021 erhielt die Gesellschaft außerdem Fördermittel des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg für das Projekt „Welcome Center“.

Außerdem unterstützten 36 Förderinnen (Unternehmen, Institutionen, eine Kommune) die Arbeit des Welcome Centers mit ihren Förderbeiträgen.

Vermögenssituation

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Eigenkapitalquote beträgt 72,17%. Am 26.10.2021 wurden im Rahmen einer Kapitalerhöhung die Stadt Spaichingen und die Gemeinde Neuhausen ob Eck weitere Gesellschafter der Wirtschaftsförderung SBH mit Geschäftsanteilen von je 2,5 TEUR.

Finanzsituation

Die Finanzsituation der Gesellschaft war stets gut und ihre Liquidität zu jeder Zeit gegeben.

Personalsituation

Die Personalsituation gestaltete sich schwierig. Zwei der insgesamt sechs Mitarbeiterinnen (Bereich Immobilien und Regionales Gewerbegebiet (100%) und Bereich Finanzen, Personal, Organisation (75%)) kündigten zum 31.03.2021. Die Nachbesetzung beider Stellen erwies sich als problematisch. Im Bereich Immobilien und Regionales Gewerbegebiet wurde die Stelle vom 01.06.2021 bis zum 07.12.2021 besetzt. Leider musste innerhalb der Probezeit seitens der Wirtschaftsförderung gekündigt werden. Im Bereich Finanzen, Personal, Organisation wurde die Stelle vom 15.02.2021 bis zum 17.05.2021 besetzt. Hier erfolgte die Kündigung innerhalb der Probezeit seitens der Arbeitnehmerin. Im Bereich der Finanzen wurde die Buchhaltung ausgesourct. Die restlichen anfallenden Tätigkeiten beider Stellen wurden auf das übrige Team verteilt. Um eine Entlastung zu erreichen, wurde eine zusätzliche Mitarbeiterin für das WelcomeCenter eingestellt (20.07.2021 bis zum 21.09.2021). Hier erfolgte die Kündigung innerhalb der Probezeit durch die Arbeitnehmerin. Ab dem 01.10.2021 konnte die Stelle im Bereich Finanzen, Personal Organisation wieder besetzt werden. Ab dem 01.10.2021 bestand das Team aus fünf Personen mit einem Stellenanteil von 4,35 Vollzeitäquivalenten.

Chancen und Risiken

Die Umsetzung des Markenbildungsprozesses wurde mit unterschiedlichen Kampagnen begonnen. Leider konnten aufgrund der Coronakrise nicht alle Aktionen so wie geplant ausgeführt werden.

Im Jahr 2022 werden verschiedene Kommunikationsmittel zur Markenbildung für Kommunen und Unternehmen bereitgestellt. Auch wird auf Messen, kommunalen Veranstaltungen und sonstigen Events mittels eines Informationsanhängers die Regionenmarke beworben.

Positiv kann bewertet werden, dass die Wirtschaftsförderung erneut eine Förderung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus das Welcome Center bis zum 31.12.2023 erhalten wird. In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg wurde in 2021 auch die Region Hochrhein-Bodensee betreut.

Außerdem werden in 2022 weitere Kommunen als Gesellschafter der Wirtschaftsförderung beitreten.

Regionales Gewerbegebiet

Am 12.07.2021 stimmte der Gemeinderat der Stadt Sulz dem Bebauungsplan zum „Regionalen Gewerbegebiet Sulz a. N. zu.

Dieser Bebauungsplan sieht die Ausweisung eines regionalen Gewerbegebietes für Großbetriebe vor, deren Ansiedlung in den übrigen Gewerbe- und Industriegebieten der Stadt nicht möglich ist.

Es gab weiterhin vielversprechende Kontakte zu Interessenten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Ende des Geschäftsjahres eingetreten sind

Infolge der Coronakrise wurden verschiedene Veranstaltungen virtuell abgehalten.

Die Welcome-Center-Mitarbeiterinnen widmeten sich wie im Jahr 2020 vermehrt der Beratung über Email und virtuellen Kanäle.

Es bleibt abzuwarten, ob die aktuelle Situation langfristige Auswirkungen auf die Gesellschaft über das Jahr 2021 hinaus haben wird.

Auf dieser Grundlage kann die Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg ihre Arbeit auch im Jahr 2022 erfolgreich fortsetzen.

Villingen-Schwenningen, 31.03.2022



Henriette Stanley



Rechtliche Grundlagen

1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Freiburg im Breisgau unter der Registernummer HRB 602681 eingetragen.

Firma: Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH

Sitz: Villingen-Schwenningen

Stammkapital: EUR 67.500,00

Geschäftsjahr: Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Es gilt der notariell beurkundete Gesellschaftsvertrag vom 03. Juli 2001 (Anlage zur Urkunde des Notariats IV Villingen über Gesellschaftsgründung vom 03. Juli 2001 IV UR 2212/01 des Notars Renz) mit Änderungen vom 16. Juli 2009 (Anlage zur Urkunde des Notariats IV UR 2485/2009 des Notars Renz) und vom 24.05.2018 (Anlage zur Urkunde der Notarin Mey über die Erhöhung des Stammkapitals und der Aufnahme eines weiteren Gesellschafters vom 24. Mai 2019 UR 1250/2018 der Notarin Mey) und vom 26.10.2021 (Anlage zur Urkunde des Notars Jürgen Kärcher UR K 2843/2021 über die Erhöhung des Stammkapitals und der Aufnahme weiterer Gesellschafter).

An der Gesellschaft sind derzeit folgende 26 Gesellschafter beteiligt:

die Städte Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil, Donaueschingen, Schramberg, Bad Dürkheim, Bräunlingen, Geisingen, Hüfingen, Oberndorf a.N., St. Georgen, Sulz a.N., Trossingen und Spaichingen

die Gemeinden Immendingen, Königfeld i. Schw., Unterkirnach und Zimmern ob Rottweil und Neuhausen ob Eck.

die Landkreise Schwarzwald-Baar-Kreis, Rottweil und Tuttlingen,

der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Schwenningen,

der Gemeindeverwaltungsverband Heuberg, Wehingen,

die Handwerkskammer Konstanz, Konstanz,

die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg, VS-Villingen.



Am Stammkapital der Gesellschaft ist jeder der 26 Gesellschafter mit einer Stammeinlage von EUR 2.500,00 beteiligt. Dem sich hieraus ergebenden Stammkapital von EUR 65.000,00 ist die frühere, eingezogene Stammeinlage von ebenfalls EUR 2.500,00 der zum 31. Dezember 2011 ausgeschiedenen Stadt Furtwangen hinzuzurechnen.

Die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht.
Bei einem Neueintritt von Gesellschaftern ist das Kapital um die von ihnen beim Eintritt zu übernehmende Stammeinlagen von je EUR 2.500,00 zu erhöhen.

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, die Entwicklung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen, das Betreiben eines regionalen Standortmarketings sowie die Information, Kooperation und Koordination in allen Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung. Dazu gehört auch die Projektentwicklung und Vermarktung eines regionalen Gewerbegebietes.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 1 Abs. 2 und 102 ff. der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist ausgeschlossen.

3. Geschäftsführung

Einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführerin ist Frau Henriette Stanley. Sie ist von den Beschränkungen des § 181 BGB (Verbot des Selbstkontrahierens) befreit.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus § 5 des Gesellschaftsvertrages.



4. Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Sie tritt mindestens einmal im Jahr in den ersten sechs Monaten zur Feststellung des Jahresabschlusses des vorangegangenen Geschäftsjahres zusammen.

Gesellschafterversammlungen werden durch den Geschäftsführer einberufen und durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats geleitet. Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.

Gesellschafterbeschlüsse erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit vorsehen.

Die Stimmrechte bestimmen sich nach der Höhe der jeweiligen Finanzierungsanteile, die gemäß § 4 Abs. 6 S. 2 des Gesellschaftsvertrags über die übernommenen Stammeinlagen hinaus auf der Grundlage eines jährlichen Wirtschaftsplans vorgenommen werden.

Die Finanzierungsanteile berechnen sich auf der Grundlage der durch das Statistische Landesamt zuletzt ermittelten Einwohnerzahlen. Für die beiden Kammern wurden Fixbeiträge festgelegt.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus § 7 des Gesellschaftsvertrages.



5. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht laut § 8 des Gesellschaftsvertrages aus 19 Mitgliedern. Für jedes ordentliche Mitglied wird ein persönlicher Stellvertreter bestellt, der im Verhinderungsfalle tätig wird.

In den Aufsichtsrat entsenden:

die Handwerkskammer Konstanz	1 Mitglied
die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg	1 Mitglied
jeder Landkreis	1 Mitglied
jede Große Kreisstadt	1 Mitglied
der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 Mitglieder
die Gemeinden und Gemeindeverwaltungsverbände pro Landkreis	2 Mitglieder
sowie der Beirat den jeweilig amtierenden Vorsitzenden des Beirats	1 Mitglied.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer von drei Jahren einen Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten Stellvertreter.

Dem Aufsichtsrat obliegt die Feststellung der strategischen Leitlinien und der konzeptionellen Gestaltung. Er berät, fördert und überwacht die Geschäftsführung bei der Wahrnehmung ihrer operativen Maßnahmen. Er kann sich der Unterstützung von Fachleuten bedienen. Er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und Untersuchung sowie ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsführung.

Weitere Einzelheiten zum Aufsichtsrat ergeben sich aus § 8 des Gesellschaftsvertrages.



Der Aufsichtsrat bestand im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern:

Herr Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer
Schwarzwald-Baar-Heuberg, Villingen-Schwenningen, Stv. Vorsitzender,

Herr Landrat Stefan Bär, Tuttlingen,

Herr Oberbürgermeister Michael Beck, Tuttlingen,

Herr Oberbürgermeister Ralf Broß, Rottweil,

Frau Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr, Schramberg,

Herr Bürgermeister Severin Graf, Donaueschingen,

Herr Marcel Herzberg, Verbandsdirektor Regionalverband Schwarzwald-Baar-
Heuberg, Villingen-Schwenningen,

Herr Bürgermeister Gerd Hieber, Sulz a.N.,

Herr Bürgemeister Markus Hugger, Spaichingen (ab 02.03.2021)

Herr Landrat Sven Hinterseh, Villingen-Schwenningen,

Herr Christian Kinzel, Kreissparkasse Rottweil, als Vorsitzender des Beirats ab
29.10.2021,

Herr Bürgermeister Michael Lehrer, Aichhalden,

Herr Bürgermeister Fritz Link, Königsfeld,

Herr Clemens Maurer, Firma H. Maurer GmbH & Co. KG, Schramberg, als
Vorsitzender des Beirats bis 29.10.2021,

Herr Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Rottweil, Vorsitzender des Regionalverbands
Schwarzwald-Baar-Heuberg,

Herr Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Rottweil,

Herr Bürgermeister Albin Ragg, Deilingen,

Herr Bürgermeister Michael Rieger, St. Georgen.

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roth, Villingen-Schwenningen, Vorsitzender,

Herr Werner Rottler, Villingen-Schwenningen, Präsident der Handwerkskammer
Konstanz.



6. Beirat

Auf Beschluss des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung wurde im Zuge des organisatorischen Ausbaus der Gesellschaft ein Beirat gegründet. Dessen Aufgabe ist es, den Aufsichtsrat in seinen Entscheidungen zu beraten. Der Beirat besteht zum Zeitpunkt der Prüfung aus 17 Mitgliedern.

Im Berichtsjahr setzt sich der Beirat wie folgt zusammen:

Herr Thomas Angst, Firma Angst-Drehteile GmbH, Frittlingen

Herr Martin Ballof, Villingen-Schwenningen, Kreishandwerkerschaft Schwarzwald-Baar-Kreis,

Frau Carina Bertram, VBM Medizintechnik GmbH, Sulz am Neckar,

Herr Jens Buchholz, Firma EGT AG, Triberg

Herr Markus Fink, Villingen-Schwenningen, Südwestmetall Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegeau, Villingen-Schwenningen,

Herr Joachim Hengstler, phg Peter Hengstler GmbH & Co. KG, Deißlingen,

Herr Christian Kinzel, Kreissparkasse Rottweil, Rottweil,

Herr Clemens Knoblauch, Firma Knoblauch GmbH, Immendingen,

Herr Prof. Dr. Ulrich Kotthaus, Villingen-Schwenningen, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen,

Frau Sigrid Krebs-Hattler, Hermann KREBS GmbH, Niedereschach

Herr Clemens Maurer, Firma H. Maurer GmbH & Co. KG, Schramberg,

Herr Dieter Merz, Merz Architekten, Bad Dürkheim,

Herr Dr. Hans-Rüdiger Schewe, Fürstlich Fürstenbergische Gesamtverwaltung, Donaueschingen

Herr Prof. Dr. Rolf Schofer, Furtwangen, für die Hochschule Furtwangen University,



Frau Sylvia Scholz, Agentur für Arbeit Rottweil-Villingen-Schwenningen,
Herr Bernd Simon, Kolbingen, Kreishandwerkerschaft Tuttlingen,
Frau Sonja Walter, Walter Straßenbau KG, Trossingen.

Der Beirat hat folgende Vorsitzenden gewählt:

bis 29.10.21 Herr Clemens Maurer, Firma H. Maurer GmbH & Co. KG,
Schramberg,

ab 29.10.21 Herr Christian Kinzel, Kreissparkasse Rottweil, Rottweil
(Stellvertretung Frau Carina Bertram, VBM Medizintechnik GmbH, Sulz am
Neckar).

Herr Christian Kinzel (bis zum 29.10.2021 Herr Clemens Maurer) nimmt in seiner
Funktion als Vorsitzender des Beirats den Sitz im Aufsichtsrat der GmbH wahr. Frau
Carina Bertram (bis zum 29.10.2021 Herr Christian Kinzel) ist seine Stellvertreterin im
Amt des Beiratsvorsitzenden und im Aufsichtsrat.

4. Zweckverband 4IT

Gründung:

Zum 01. Juli 2018 haben sich die Zweckverbände Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm (KIRU), Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart (KDRS) und Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zum Zweckverband 4IT zusammengeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweckverband 4IT hat die Trägerschaft an der Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts (ehemals ITEOS AöR) im Interesse seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen, über die grundlegenden Angelegenheiten der Komm.ONE AöR zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenstellung zu überwachen, die Verwendung des Vermögens zu kontrollieren und die Vertreter des Zweckverbandes 4IT in den Verwaltungsrat der Komm.ONE AöR zu bestellen. Ziel ist durch die gemeinsame Aufgabenerfüllung eine gesicherte, zukunftsorientierte Weiterentwicklung der kommunalen IT in Baden-Württemberg bereitzustellen. Der Sitz ist Karlsruhe.

Beteiligungsverhältnisse:

Neben anderen Städten, Gemeinden, Landkreisen und weiteren Mitgliedern ist die Stadt Oberndorf a. N. mit **43.106,67 Euro** am Zweckverband 4IT beteiligt. Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen (§ 13 Abs. 5 Satzung des Zweckverbandes 4IT).

Organe des Unternehmens:

a) Verbandsvorsitzende:

- Verbandsvorsitzender: OB Dr. Ulrich Fiedler, Stadt Metzingen
1. Stellvertreter: Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
 2. Stellvertreter: EBM Dr. Fabian Mayer, Stadt Stuttgart
 3. Stellvertreter: OB Dr. Frank Mentrup, Stadt Karlsruhe

b) Verwaltungsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Mitglieder

Beteiligungen des Unternehmens:

Der Zweckverband 4IT ist mit 88% neben dem Land Baden-Württemberg (12%) Träger der Komm.One AöR (ehemals ITEOS AöR). Das Stammkapital der Anstalt beträgt 10.000.000 Euro.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 und Lagebericht des Zweckverbandes



Inhalt:	Seite
➤ Bilanz zum 31.12.2021	1
➤ Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021	2
➤ Anhang	3
➤ Lagebericht	11
➤ Ergänzende Angaben	23
- Versicherungsschutz	
- Wichtige Verträge	
- Endgültige Umlage	
- Vermögensplan	
- Erfolgsplan	

		31.12.2021	31.12.2020
AKTIVA		EUR	EUR
A.	ANLAGEVERMÖGEN		
	Finanzanlagen		
	Anteile an verbundene Unternehmen	65.403.377,95	65.556.874,60
	Summe Finanzanlagen	65.403.377,95	65.556.874,60
	Summe Anlagevermögen	65.403.377,95	65.556.874,60
B.	UMLAUFVERMÖGEN		
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Umlage gegen Mitglieder	2.358,40	29.013,48
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.216,87	0,00
	Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.575,27	29.013,48
II.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	964.856,49	1.100.161,41
	Summe Umlaufvermögen	968.431,76	1.129.174,89
	Summe Aktiva	66.371.809,71	66.686.049,49
		31.12.2021	31.12.2020
PASSIVA		EUR	EUR
A.	EIGENKAPITAL		
I.	Kapitalrücklagen		
1.	Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	8.800.000,00	8.800.000,00
2.	Allgemeine Rücklagen	41.341.915,23	41.341.915,23
3.	Ausgleichsrücklage	15.261.462,72	15.414.959,37
4.	Verbandsrücklage	386.550,38	386.550,38
II.	Jahresüberschuss	0,00	0,00
	Summe Eigenkapital	65.789.928,33	65.943.424,98
B.	RÜCKSTELLUNGEN		
	Sonstige Rückstellungen	10.000,00	223.500,00
	Summe Rückstellungen	10.000,00	223.500,00
C.	VERBINDLICHKEITEN		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.854,88	3.268,59
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	66.482,85	183.981,81
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitglieder	381.671,14	214.903,44
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	65.080,85	116.970,67
	davon aus Steuern	0,00	
	Summe Verbindlichkeiten	537.089,72	519.124,51
D.	PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	34.791,66	0,00
	Summe passive Rechnungsabgrenzungsposten	34.791,66	0,00
	Summe Passiva	66.371.809,71	66.686.049,49

	2021 EUR	2020 EUR
1. Umlage und sonstige Erträge		
a) Umlagevorauszahlungen	614.287,97	607.699,08
Umlageüberzahlung	-166.767,70	-214.903,44
b) Sonstige betriebliche Erträge	1.942,77	114,39
SUMME Umlage und sonstige Erträge	449.463,04	392.910,03
2. Betrieblicher Aufwand		
a) Verwaltungsaufwand	-286.087,80	-223.248,57
b) Verwaltungsrat	-113.512,99	-161.614,06
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Sonstige Aufwendungen	-49.862,25	-8.047,40
SUMME betriebliche Aufwendungen	-449.463,04	-392.910,03
4. Abschreibungen		
Abschreibungen auf Finanzanlagen (Beteiligung Komm.ONE)	-153.496,65	0,00
SUMME Abschreibungen auf Finanzanlagen	-153.496,65	0,00
5. Jahresfehlbetrag	-153.496,65	-0,00
NACHRICHTLICH		
Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	153.496,65	0,00
Jahresergebnis nach Beschluss der Verbandsversammlung	0,00	0,00

➤ **Allgemeine Angaben**

Der Sitz des Zweckverbandes 4IT ist Karlsruhe. Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 ist nach geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Eigenbetriebsgesetzes Baden-Württemberg (EigBG) gemäß § 13 (5) der Verbandssatzung aufgestellt worden. Er umfasst die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, den Anhang und den Lagebericht. Die Geschäftsvorfälle werden mit dem Softwareprogramm SAP R/3 gebucht.

➤ **Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Bei den einzelnen Positionen der Bilanz wurden folgende Bewertungsmethoden angewandt:

Anlagevermögen:

Die Finanzanlagen sind zum Nennbetrag ausgewiesen.

Umlaufvermögen:

Forderungen sind mit ihrem Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen:

In den Rückstellungen ist den erkennbaren Einzelrisiken angemessen Rechnung getragen worden. Sie sind in der Höhe des Erfüllungsbetrages dotiert, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten:

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 (1) Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Gewinn- und Verlustrechnung:

Die Aufwendungen und Erträge sind entsprechend ihrer wirtschaftlichen Verursachung und unabhängig vom Zeitpunkt der entsprechenden Zahlung dem jeweiligen Geschäftsjahr zugeordnet.

➤ **Angaben zur Bilanz**

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Anschaffungskosten				Abschreibungen					Restbuchwerte		
	Anfangsbestand	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Endbestand	Anfangsbestand	Zugänge	Abgänge	AfA auf Umbu- chungen	Endbestand	Berichtsjahr	Vorjahr
	01.01.2021 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2021 EUR	01.01.2021 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Finanzanlagen												
Anteile an verbundenen Unternehmen	66.555.305,52	0,00	0,00	0,00	66.555.305,52	998.430,92	153.496,65	0,00	0,00	1.151.927,57	65.403.377,95	65.556.874,60
Summe Finanzanlagen	66.555.305,52	0,00	0,00	0,00	66.555.305,52	998.430,92	153.496,65	0,00	0,00	1.151.927,57	65.403.377,95	65.556.874,60
	66.555.305,52	0,00	0,00	0,00	66.555.305,52	998.430,92	153.496,65	0,00	0,00	1.151.927,57	65.403.377,95	65.556.874,60

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Finanzanlagen:

Anteile an verbundenen Unternehmen:

Die Anteile in Höhe von EUR 65.403.377,95 (i.Vj. EUR 65.556.874,60) setzen sich wie folgt zusammen:

Komm.ONE AöR; Sitz in Stuttgart Anteil am Stammkapital EUR: 8.800.000,00

Komm.ONE AöR; Sitz in Stuttgart Anteil an Rücklagen EUR: 56.603.377,95

Der Verband 4IT ist mit 88% neben dem Land Baden-Württemberg 12% Träger der Komm.ONE AöR Anstalt des öffentlichen Rechts. Das Stammkapital der Anstalt beträgt gemäß § 3 deren Satzung EUR 10.000.000,00.

Entwicklung der Finanzanlagen im Einzelnen:

	31.12.2021
	EUR
Stand 01.01.2021	8.800.000,00
Veränderung	0,00
Anteil Stammkapital Komm.ONE 31.12.2021	8.800.000,00
Stand 01.01.2021	56.756.874,60
Veränderung Abschreibung Finanzanlagen	-153.496,65
Anteil Rücklage Komm.ONE 31.12.2021	56.603.377,95
Summe Finanzanlagen 31.12.2021	65.403.377,95

Die am 14.07.2022 seitens dem Verwaltungsrat beschlossene Rücklagenentnahme zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2021 der Komm.ONE, schmälert dementsprechend die Finanzanlagen im Verhältnis der Beteiligung von 88%.

Forderungen:

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und betreffen ausschließlich Umlagevorauszahlungen gegen die Mitglieder.

Eigenkapital:

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen § 13 (5) Satzung.

Das Eigenkapital (Kapitalrücklagen) gliedert sich im Einzelnen wie folgt:

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Rücklage Komm.ONE AöR Stammkapitaleinlage	8.800.000,00	8.800.000,00
Allgemeine Rücklage Komm.ONE AöR	56.603.377,95	56.756.874,60
Verbandsrücklage	386.550,38	386.550,38
Summe	<u>65.789.928,33</u>	<u>65.943.424,98</u>

Entwicklung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr:

	31.12.2021
	EUR
Stand 01.01.2021	8.800.000,00
Veränderung	0,00
Anteil Stammkapital Komm.ONE 31.12.2021	<u>8.800.000,00</u>
Stand 01.01.2021	56.756.874,60
Veränderungen gemäß § 272 Abs. 4 HGB	-153.496,65
Allgemeine Rücklage 31.12.2021	<u>56.603.377,95</u>
Stand 01.01.2021	386.550,38
Veränderungen	0,00
Verbandsrücklage 31.12.2021	<u>386.550,38</u>
Summe Eigenkapital 31.12.2021	<u><u>65.789.928,33</u></u>

Die Entnahme aus der Rücklage ist vorbehaltlich des Beschlusses der Versammlung.

Rückstellungen:

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Ausstehende Rechnung Komm.ONE AöR Geschäftsbesorgung 2018	0,00	100.000,00
Ausstehende Rechnung Komm.ONE AöR Beratungsleistungen. Anteil ZV 4IT 2018	0,00	110.000,00
Ausstehende Rechnung Komm.ONE AöR Sonstiger Aufwand 2018	0,00	5.000,00
Rückstellung Jahresabschlussprüfung	7.300,00	6.300,00
Rückstellung Veröffentlichung Staatsanzeiger	2.700,00	2.200,00
Summe	<u>10.000,00</u>	<u>223.500,00</u>

Verbindlichkeiten:

Die nach § 285 Nr.1 und 2 HGB zu den Verbindlichkeiten erforderlichen Angaben werden im folgendem Verbindlichkeitsspiegel aufgeführt:

	Gesamt EUR	mit einer Restlaufzeit		
		bis Jahr EUR	über 1 Jahr EUR	über 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.854,88	23.854,88	0,00	0,00
Verbindlichkeiten ggü. verbundene Unternehmen	66.482,85	66.482,85	0,00	0,00
Verbindlichkeiten ggü. Verbandsmitglieder	381.671,14	381.671,14	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	65.080,85	65.080,85	0,00	0,00
	<u>537.089,72</u>	<u>537.089,72</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Alle Verbindlichkeiten sind ungesichert.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen:

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verbandsversammlung sowie Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2020.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Einzelnen:

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Auslagen Komm.ONE Verbandsversammlung	27.224,65	0,00
Sonstige Auslagen D&O Versicherung	2.261,00	2.261,00
Sonstige Auslagen Komm.ONE	0,00	21.506,85
Kurzfristiger Kassenkredit Komm.ONE AöR	0,00	100.000,00
Geschäftsbesorgung Komm.ONE AöR	36.997,20	60.213,96
Summe	<u>66.482,85</u>	<u>183.981,81</u>

Die Rückzahlung des kurzfristigen Kassenkredits erfolgte am 28.04.2021.

Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitglieder im Einzelnen:

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Umlageüberzahlung Vorjahr	214.903,44	0,00
Umlageüberzahlung Geschäftsjahr	166.767,70	214.903,44
Summe	<u>381.671,14</u>	<u>214.903,44</u>

Die nicht zum Ausgleich der Gewinn- und Verlustrechnung notwendigen Umlagevorauszahlungen in Höhe von EUR 166.767,70 wurden den Verbindlichkeiten gegenüber Mitglieder zugeführt.

Sonstigen Verbindlichkeiten im Einzelnen:

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Sitzungsgeld und Aufwandsersatz	57.156,04	116.579,76
Kunden Falschzahlungen	7.924,81	390,91
Summe	<u>65.080,85</u>	<u>116.970,67</u>

➤ **Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:**

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen im üblichen Umfang.

➤ **Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Gemäß § 13 (2) der Verbandssatzung wird der Finanzbedarf, soweit er nicht durch Beträge Dritter, sonstiger Erträge und Einzahlungen oder Darlehen gedeckt wird, durch Umlage finanziert. Aufgrund der besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit wird der Materialaufwand nebst den bezogenen Leistungen in der Gewinn- und Verlustrechnung als betrieblicher Aufwand in einen Verwaltungsaufwand und Aufwendungen für Verwaltungsrat aufgliedert. Aufwendungen die weder dem Verwaltungsaufwand noch den Aufwendungen für Verwaltungsrat zugeordnet werden können, werden unter den sonstigen Aufwendungen ausgewiesen.

➤ **Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge:**

Die Umsatzerlöse Zweckverbandes 4IT resultieren aus den vorläufigen Umlagezahlungen der Mitglieder des Geschäftsjahres zur Deckung der laufenden Verpflichtungen abzüglich der nicht zum Ausgleich der Gewinn- und Verlustrechnung benötigten Mittel.

Betrieblicher Aufwand:

Die betrieblichen Aufwendungen gliedern sich im Einzelnen wie folgt:

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Allgemeiner Verwaltungsaufwand:		
Software Pflegegebühren	3.358,65	357,00
Geschäftsbesorgung Komm.ONE	191.706,72	180.063,96
Versicherung D&O (WGV)	2.261,00	2.261,00
Inserate und Veröffentlichungen Staatsanzeiger	3.974,40	19.173,28
Bewirtungen Dritte aus geschäftlichem Anlass	0,00	269,01
Betrieblich veranlasste Veranstaltung	76.137,03	13.724,32
Prüfungs- und Abschlusskosten	8.650,00	7.400,00
	<u>286.087,80</u>	<u>223.248,57</u>
Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten:		
Aufwandsentschädigung Verbandsvorsitz und Vertreter	13.800,00	13.800,00
Sitzungsgelder	76.700,00	144.500,00
Reisekosten	23.012,99	3.314,06
	<u>113.512,99</u>	<u>161.614,06</u>
Übrige sonstige Aufwendungen	49.862,25	8.047,40
Abschreibungen auf Finanzanlagen	153.496,65	0,00
Summe	<u>602.959,69</u>	<u>392.910,03</u>

Da es im Jahr 2020 neben der Verbandsversammlung auch eine außerordentliche Verbandsversammlung zur Änderung der Verbandssatzung gegeben hat, sind die Aufwendungen für Sitzungsgelder sowie für Inserate und Veröffentlichungen im Berichtsjahr deutlich niedriger als im Vorjahr. Die Erhöhung der übrigen sonstigen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen periodenfremde Aufwendungen für die Geschäftsbesorgungsleistungen 2018 der Komm.ONE AöR. Die am 14.07.2022 seitens dem Verwaltungsrat beschlossene Rücklagenentnahme zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2021 der Komm.ONE, begründet die Abschreibung der Finanzanlagen entsprechend dem Verhältnis der Beteiligung von 88%.

Sonstige Angaben

Organe des Zweckverbandes:

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und Verbandsvorsitzende. Der Verbandsvorsitzende und dessen Stellvertreter erhalten fixe monatliche Aufwandsentschädigungen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten je Teilnahme an den Sitzungen eine Aufwandsentschädigung sowie die Erstattung der Reisekosten. Im Geschäftsjahr 2021 wurden an den Verbandsvorsitzenden, dessen Vertreter und an die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Verbandsversammlung Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen gemäß dem Landesreisekostengesetz in Höhe von EUR 113.512,99 (i.Vj. EUR 161.614,06) für deren Tätigkeiten aufgewendet.

Mitglieder des Zweckverbandes:

Die Mitglieder des Zweckverbandes 4IT sind Städte, Gemeinden, Landkreise und weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Mitglieder.

Die Mitglieder des Zweckverbandvorsitzes und des Verwaltungsrates des Zweckverbandes 4IT zum 31.12.2021 setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

Vorsitzende des Zweckverbandes und des Verwaltungsrats zum 31.12.2021:

Verbandsvorsitzender: OB Dr. Ulrich Fiedler, Stadt Metzingen

1. Stellvertreter: Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis

2. Stellvertreter: EBM Dr. Fabian Mayer, Stadt Stuttgart

3. Stellvertreter: OB Dr. Frank Mentrup, Stadt Karlsruhe

Verwaltungsräte:

Mitgliedersegment bis 7.500 Einwohner								
Mitglied	BM Reutter Hattenhofen	BM Warthon Benningen	BM Holsch Dusslingen	BM Hänle Mittelbiberach	BM Link Neckargerach	BM Binnig Michelfeld	BM Lachenauer U-Reichenbach	BM Bruder Eichstetten
Stellvertreter	BM Kälberer Altdorf	BM Szuka Althütte	BM Schiele Bitz	BM Mangold Berghülen	BM Oeldorf Wilhelmsfeld	BM Burger Loffenau	BM Haas Dornstetten	BM Bühler Hausen/W
Mitgliedersegment bis 20.000 Einwohner								
Mitglied	BM Lutz Waldenbuch	BM Schäfer Hemmingen	BM Münder Langenargen	BM Acker Oberndorf	BM Spanberger Mühlhausen	BM Waldenberger Lauffen	BM Nowitzki Oberderdingen	BM Guderjan Kenzingen
Stellvertreter	BM Faißt Renningen	BM Buß Plochingen	BM Schafft Riedlingen	BM Nußbaum Lichtenstein	BM Krieger Laufenburg	BM Neumann Künzelsau	BM Bünger Wildberg	BM Hagenacker Teningen
Mitgliedersegment Große Kreisstädte								
Mitglied	OB Makurath Ditzingen	OB Hesky Waiblingen (bis 12.03.2022)	BM Hubertz Metzingen	OB Baumann Ehingen	OB Dr. Pörtl Schwetzingen	OBin Petzold-Schick Bruchsal	OB Götzmann Waldkirch	OB Lutz Lorrach
Stellvertreter	OB Dr. Fridrich Nürtingen	OB Traub Filderstadt (Nachfolger für OB Hesky als Mitglied ab 13.03.2022)	BM Schäfer Balingen	Frau Burg Weingarten	OB Jann Mosbach	OB Großmann Nagold	OB Schlatterer Emmendingen	OB Holaschke Eppingen
Mitgliedersegment Landkreise								
Mitglied	LR Bernhard Böblingen	LR Dr. Sigel Rems-Murr	LR Dr. Fiedler Reutlingen	Ltd. KVwD. Wolf Ostalb	LR S. Dallinger Rhein-Neckar	LR Dr. Schnaudigel Karlsruhe	LR Scherer Ortenau	LRin Dammann Lorrach
Stellvertreter	LR Wolf Göppingen	LR Eininger Esslingen	Ltd. KVwD. Wolf Zollernalbkreis	Herr Pfau Ravensburg	LR Heuser Heilbronn	LR Dr. Dusch Rastatt	LR Riegger Calw	LR Dr. Kistler Waldshut
Mitgliedersegment Stadtkreise								
Mitglied	EBM Dr. Mayer Stuttgart	Herr Vaas Stuttgart	EBM Bendel Ulm	BM Hahn Reutlingen	BM Erichson Heidelberg	EBM Diepffen Heilbronn	OB Dr. Mentrup Karlsruhe	BM Breiter Freiburg
Stellvertreter	Herr Reichert Stuttgart	Herr Weusthof Stuttgart	Herr Tschernernjak Ulm	Herr Queisser Reutlingen	EBM Specht Mannheim	Hr. Schilling Heilbronn	Herr Enderes Pforzheim	Herr Mutter Freiburg

Mitgliedersegment Sonstige		
Mitglied	Herr Steck Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg	Herr Reimold Kommunaler Versorgungsverbund Baden-Württemberg
Stellvertreter	Herr Zwanziger Verband Region Stuttgart	Frau Hund Unfallkasse Baden-Württemberg

Höhe des Honorars der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr:

Das für die Jahresabschlussprüfung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Karlsruhe berechnete Honorar beträgt voraussichtlich EUR 7.300,00.

Personal:

Der Zweckverband beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Die Personalleistungen erfolgen im Rahmen der Geschäftsbesorgung seitens der Komm.ONE AöR.

► Nachtragsbericht:

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ergeben.

Karlsruhe, den 14.06.2022

Landrat Stefan Dallinger
Verbandsvorsitzender

➤ A. Allgemeine Rahmenbedingungen

Im Jahr 2021 wurde das mit der Fusion auf die civillent GmbH und Komm.ONE AöR übergegangene Lösungs- und Serviceangebot der vorfusionalen Betriebsgesellschaften und Zweckverbände den Mitgliedern des Zweckverbands 4 IT bis zum 30.6.2021 zur Verfügung gestellt. Seit dem 1.7.2021 wird das Lösungs- und Serviceangebot der Komm.ONE Unternehmensgruppe gegenüber den Mitgliedern auf Grundlage des neuen Preis- und Leistungskatalogs erbracht, um sie bei der Erledigung ihrer vielfältigen gewerblichen und kommunalen Aufgaben zu unterstützen. Dazu betreibt die Komm.ONE-Gruppe Leistungszentren und erbringt Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung in den Geschäftsfeldern Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen, Betrieb von Rechnern sowie Schulungen und organisatorische Beratung in datenverarbeitungs-relevanten Bereichen.

Daneben sind die Firmen der Komm.ONE-Gruppe in der Softwareentwicklung- und -beratung für Unternehmen der öffentlichen Verwaltung tätig. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Entwicklung und dauerhaften Pflege von landeseinheitlichen Datenverarbeitungsverfahren für die Kommunen und die hoheitlichen und gewerblichen kommunalen Einrichtungen in Baden-Württemberg. Ferner erbringt die Komm.ONE-Gruppe eine Vielzahl von Dienstleistungen gegenüber dem Land, den kommunalen Landesverbänden und anderen Stellen. Seit den 1990er-Jahren ist die Komm.ONE-Gruppe mit ihren Verfahren auch bundesweit und damit auch außerhalb von Baden-Württemberg tätig.

Die civillent GmbH hat neben ihrem Sitz in Reutlingen rechtlich unselbstständige Betriebstätten in Ulm, Karlsruhe, Heidelberg, Heilbronn, Freiburg und Stuttgart.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Das Jahr 2021 war für die deutsche Wirtschaft ein abwechslungsreiches Jahr. Bis ins Frühjahr hinein war die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch die Pandemie und entsprechende Eindämmungsmaßnahmen gekennzeichnet. Die erfolgreiche Impfkampagne ermöglichte zum Sommer hin eine Erholung nahezu aller Wirtschaftsbereiche. Lieferengpässe und Materialknappheiten, die insbesondere die Industriekonjunktur belasteten, spielten im Jahresverlauf allerdings eine zunehmende Rolle. Im Herbst 2021 kam es dann abermals zu einer deutlichen Zunahme der Infektionszahlen, in deren Folge die wirtschaftliche Erholung im Schlussquartal einen spürbaren Dämpfer hinnehmen musste. Im Ergebnis stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 mit einer Rate von 2,7 Prozent (Vorjahr -4,9 %).

Im Jahreswirtschaftsbericht 2022 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMF) vom Januar wird mit einem Wachstum von 3,6 % für das Jahr 2022 gerechnet. Diese Prognose wurde jedoch vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 getroffen. Im Monatsbericht des März 2022 geht das BMF davon aus, dass der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine sowie die in der Folge umgesetzten Sanktionen sich negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken wird. Die möglichen Folgen steigender

Energiepreise und gestörter Lieferketten treffen dabei in Deutschland auf eine Wirtschaft, deren Erholung von der Pandemie seit dem Herbst des vergangenen Jahres zwar durch die Wiederanstiege im Corona-Infektionsgeschehen sowie anhaltende Lieferengpässe ausgebremst war. Daneben werden sich steigende Energiepreise sowohl auf die Inflation als auch auf die gesamtwirtschaftliche Dynamik selbst auswirken. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im Februar 2022 um 18,7 Prozent über dem Ergebnis vom Februar 2021. Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftsteuern stieg im Berichtszeitraum um 8,1 Prozent. Die Einnahmen der Gemeinden aus den Steuern vom Umsatz stiegen um 3,0 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit war am Stichtag 28.02.2022 mit 2,43 Millionen Personen um 33 Tsd. niedriger als im Vormonat und sank auf 5,0 %. Die Inflationsrate ist im Februar 2022 auf bereits stark erhöhtem Niveau wieder gestiegen. Sie lag nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bei 5,1 Prozent; dies entspricht einem (nicht-saisonbereinigten) Anstieg des Index um 0,9 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Einzelnen betrug die Inflationsrate beim Gesamtindex für Waren 7,9 Prozent (nach 7,2 Prozent im Januar), darunter 22,5 Prozent für Energie (nach 20,5 Prozent) und 5,3 Prozent für Nahrungsmittel (nach 5,0 Prozent). Mit der russischen Invasion der Ukraine haben sich die ökonomische Unsicherheit und auch die Aufwärtsrisiken für die Inflation, insbesondere mit Blick auf die Energiepreisentwicklung, nochmals merklich erhöht.

Für die ITK-Branche prognostizierte der Branchenverband BITKOM im März 2022 einen diesjährigen weiteren Anstieg des Umsatzes um 3,6 % und der Beschäftigten um 3,0%. Laut Prognose sollten die Umsätze 2022 im Bereich der Informationstechnik am stärksten steigen: um 5,9% auf insgesamt 108,6 Mrd. Euro.

► B. Geschäftsverlauf

Die Komm.ONE-Gruppe befindet sich in einem noch anhaltenden Transformationsprozess, um die gesellschaftlichen Anforderungen an die Digitalisierung umzusetzen. Daher wurde der Aufbau der Organisation 2021 nochmals überprüft und angepasst, die Ablaufstrukturen werden 2022 sukzessive weiter verbessert. Dieser Transformationsprozess wird auch mit den gesellschaftlichen Anforderungen an die Digitalisierung verbunden. Dabei geht es nicht nur um die Beratung der Kommunen, sondern auch um das Vordenken der Herausforderungen, die die Digitalisierung für die Kommunen und ihre Bürger und Bürgerinnen mit sich bringt. Die civillent GmbH und Komm.ONE AöR wollen Wegbereiter der Kommunen sein und die geeigneten, zukunftsorientierten Produkte und Dienstleistungen für deren Weiterentwicklung bereitstellen. Damit soll auch die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung gesichert und gestärkt werden, denn starke Kommunen sind in einer Welt mit vielen Unwägbarkeiten der Garant für eine gute und langfristig stabile Entwicklung der Gesellschaft. Ein wesentlicher Grundpfeiler zu Erhaltung der digitalen Souveränität ist der Einsatz von Open Source Software. Die Komm.ONE-Gruppe hat es sich daher zu Aufgabe gemacht, Open Source Software bevorzugt einzusetzen und zu fördern. In 2021 hat die Komm.ONE AöR begonnen mit weiteren

bundesweiten Institutionen ein Open Source Repository aufzubauen, um dem öffentlichen Sektor die Bereitstellung und die Verbreitung von Open Source Software zu erleichtern. Auch nimmt die Komm.ONE-Gruppe an Forschungsprojekten, z.B.: PlanQK teil, um neue Software Technologien zur Sicherung der digitalen Souveränität zu verproben.

Um die eigene digitale Souveränität der Komm.ONE-Gruppe nachhaltig zu sichern ist ein Projekt eingerichtet worden, in dem alle rund 80 internen Digitalisierungsinitiativen gebündelt werden. Daraus werden pro Center einzelne Maßnahmen – mit interner und externer Wirkung – priorisiert bearbeitet. Wir erproben so die Digitalisierung an sich selbst und stellen den Kunden Best Practice-Expertise, neue Produkte und neue Dienstleistungen bereit. Dabei bindet die Komm.ONE-Gruppe die Erfahrungen führender Digitalnationen wie Dänemark, Schweden, Estland und kommunaler Kunden und Mitglieder mit ein und geht Kooperationen mit etablierten Firmen, Startups und Hochschulen ein. Im Ergebnis soll so ein umfassendes internationales Innovationsnetzwerk entstehen, das Best Practices für die innovative Onlineverwaltung bündelt und diese Expertise über einen klar definierten Zugangskanal den Mitgliedern und Kunden bereitstellt. Ergänzend wird hierzu an einem Standort der Komm.ONE-Gruppe ein „Innovations-Hub“ eingerichtet, der als Basis für vernetzte Forschungsvorhaben und Innovationsprojekte genutzt werden soll. Die Unternehmensstrategie wird die aktive Mitwirkung und Gestaltung einer konsequenten Digitalisierungsstrategie sein.

Die civillent GmbH bedient die gewerblichen Kunden in Baden-Württemberg sowie kommunale und gewerbliche Kunden außerhalb Baden-Württembergs wohingegen die Komm.ONE AöR im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags die Mitglieder des Zweckverbandes 4IT (Baden-Württemberg, sogenannter Heimatmarkt) bedient.

Die Unternehmensgruppe Komm.ONE beschafft, entwickelt und betreibt Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung für kommunale Körperschaften sowie deren Zusammenschlüsse und Unternehmen im Land. Der Betrieb umfasst die Beschaffung, den Betrieb, die Einrichtung, die Wartung und die Pflege von Anlagen und Programmen sowie von Rechnern und Rechnersystemen.

Durch die Fusion hat die Komm.ONE-Gruppe aufgrund ihrer Größe und Leistungsfähigkeit ihre Position im Markt Baden-Württemberg weiter ausgebaut. Der eingeschlagene Weg der Kundenzentrierung und Prozessorientierung wird konsequent weiterverfolgt und resultiert in einer vollständig neuen Organisationsform. Das Geschäftswachstum erfolgt innerhalb der Mitgliedergruppen und Branchen unter der Prämisse, dass hierdurch keine Gefährdung der Inhouse-Fähigkeit entsteht.

Darüber hinaus bietet die Komm.ONE-Gruppe ihre Software und Dienstleistungen über die civillent GmbH auch im Markt außerhalb von Baden-Württemberg an, dies aber in einem deutlich untergeordneten Umfang (< 20% des Gesamtumsatzes). Im bundesweiten Markt liegt der Fokus auf zusätzlichen Erlösen über Lizenz- und Pflegeeinnahmen. Bundesweite Projekte werden nahezu ausschließlich über Partner

abgewickelt. Die wichtigsten Zielgruppen im bundesweiten Markt sind kommunale Gebietsrechenzentren und IT-Abteilungen von Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Im Zuge der Vereinheitlichung wurden weitere Tätigkeiten im Bereich der Versorgung auf das Schwesterunternehmen endica GmbH übertragen. Die von der Komm.ONE und 14 kommunalen Versorgungsbetrieben gemeinsam betriebene endica GmbH unterstützt Energieversorgungsunternehmen in den Sparten Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kälte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (Datenverarbeitung, Datenspeicherung, Datenübermittlung) sowie bei Prozess- und Servicedienstleistungen.

Grundlage für die Aufnahme neuer Produkte in das Komm.ONE-Portfolio sowie für die Weiterentwicklungen der bestehenden Produkte im Sinne eines product lifecycle ist der Bedarf unserer Kunden und ein darauf basierendes Anforderungsmanagement. In diesem Zusammenhang ist es für die Komm.ONE-Gruppe von strategischer Bedeutung, sich vom Image des reinen Softwarelieferanten von Fachverfahren hin zu einem prozessorientierten Dienstleister durch ein erweitertes Produktangebot, hervorragende Leistungsqualität und ein qualifiziertes Beratungsangebot zu entwickeln. Die Anpassung an die technischen und rechtlichen Gegebenheiten ist ebenso Bestandteil unserer Lösungen wie der Support, der sichere Betrieb inkl. K-Fallvorsorge, die Datenübermittlung von und an zentrale Register und Clearingstellen sowie die RZ-spezifischen Dienstleistungen wie Druck, Kuvertierung und Logistik.

Bei der Weiterentwicklung des Portfolios in den kommenden Jahren wird die Komm.ONE-Gruppe weit mehr als früher auf Grundzüge der Architektur achten und diese fortwährend in die Weiterentwicklungen einfließen lassen. Leitlinien werden dabei Wiederverwendbarkeit, Interoperabilität, Produkt- und Datenstandards und die Komposition von Business-Services aus mehreren Bausteinen, die nicht notwendigerweise alle aus unserem Haus stammen werden.

Das Produktportfolio der Komm.ONE AöR ist untergliedert in die sechs Produktkategorien:

- Finanzen & Personal
- Digitale Daten
- Bürgerservices
- Infrastrukturlösungen
- Bildung & Soziales
- Bauen und Umwelt

Es wird weiter durch Kommunalberatung und digitale Innovationen ergänzt. Die aktuell laufenden vier Programme „Online-Verwaltung“, „Magellan“, „Service-Exzellenz“ und „S/4HANA“ haben in ganz unterschiedlicher Weise große Tragweite für die Komm.ONE-Gruppe.

1. Programm „Online-Verwaltung“:

Die Onlineverwaltung ist dabei für uns die IT-technische Umsetzung der heutigen Verwaltungsleistungen (VWL) in digitale Bürgerprozesse mit durchgängiger Datenverarbeitung bis in die kommunalen

Fachverfahren (FV) hinein. Daneben müssen sich die Kommunen mit der dadurch notwendig werdenden neuen Ausrichtung ihrer Verwaltung und der für die neuen Abläufe erforderlichen Organisation schneller und konsequenter denn je beschäftigen.

Seit dem Sommer 2020 verfolgt das Land Baden-Württemberg eine Doppelstrategie. Einerseits die vereinfachte Umsetzung von ggf. kommunenindividuellen Prozessen mit dem Universalprozessbaukasten (UNIP) und andererseits „landesweite Standardprozesse“ aus dem DL-Vertrag mit der Komm.ONE-Gruppe.

Dies resultiert aus dem 3 Mrd.€ Konjunkturpaket der Bundesregierung, welches die Bundesländer für die Verwaltungsdigitalisierung generell und bezüglich der Bereitstellung von digitalen Bürgerservices speziell adressiert. Konzeptionell wurde hierzu in den IT-technischen Gestaltungsgremien (IT-Planungsrat, FITCO u.a.) die „Einer-für-Alle-Umsetzungskonzeption (EFA-Prinzip)“ als dringende Handlungsempfehlung für die Bundesländer ausgegeben.

Das EFA-Prinzip bedeutet: die jeweils themenfeldführenden Bundesländer (BL) implementieren die dort zugewiesenen VWL auf deren jeweiliger Infrastruktur und Portal- und Prozessplattform. Ein sogenanntes „umsetzendes BL (UL)“ stellt somit a) für sich selbst und b) den Zugang von mindestens 8 weiteren „nachnutzenden BL (NL)“ mit mindestens 50%-Akzeptanz der dortigen Kommunen auf dergleichen Plattform bereit. Im Falle von Baden-Württemberg ist die Plattform service-bw. Zum Erhalt der dafür dem Land BW verfügbaren Konjunkturpaketmittel in Höhe von rund 91,5 Mio.€ hat der Bund die Bedingung vorgegeben, dass alle Förderkriterien eingehalten werden und die vollständige Umsetzung bis zum 31.12.22 erfolgt.

2. Programm „MAGELLAN Komm.ONE-Cloud“

Zentrale Aufgaben des Programms Magellan (Komm.ONE-Cloud) sind der Aufbau und der Betrieb der erforderlichen Technologien und Systeme sowie der benötigten Dienstleistungen und Services unter Berücksichtigung auch der zukünftigen Anforderungen und Ressourcen, um die erfolgreiche geschäftliche Entwicklung für die kommenden Jahre zu gewährleisten.

Durch diese Maßnahmen will die Komm.ONE-Gruppe zum einen den gestiegenen Anforderungen aus Digitalisierung und Datenschutz an die technische Infrastruktur Rechnung tragen. Zum anderen werden die Bereitstellung und die Verfügbarkeit der technischen Services und der eigenen Verfahren durch die Standardisierung der Technik und die Automatisierung der Abläufe beschleunigt und ausgeweitet.

3. Programm „Service Exzellenz“

Die Komm.ONE-Gruppe möchte die erste Ansprechpartnerin rund um die kommunale IT für alle Kommunen in Baden-Württemberg sein und zufriedene Mitglieder haben.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen hierzu bei und sind wichtige Akteure. Von zentraler Bedeutung sind die Kolleginnen und Kollegen mit direktem Kontakt zu unseren Mitgliedern, insbesondere vom Service Desk. Sie sind so geschult, dass sie schnell und kompetent helfen können oder an die richtigen

Ansprechpartner vermitteln. Parallel gibt es die Kümmerer, die jeder Kommune zur Seite gestellt werden und den persönlichen Kontakt pflegen. Zur Erreichung des Zielbildes sind Veränderungen durchzuführen, die sich vor allem auf den Support, die Steuerung, die Prozessqualität und Mitglieder-/Kundenmanagement und Personalentwicklung/Change auswirken. Die Arbeiten werden in sechs gleichnamige Projekte umgesetzt und gesteuert. Das Projekt Support ist darauf ausgerichtet, dass die Mitglieder guten Service und schnelle Unterstützung bei allen Anfragen und Problemen bekommen, so dass die Zufriedenheit spürbar steigt.

4. Programm „Produktnachfolge mit S/4HANA“

Das interne Programm S/4HANA hat den Forschungsstatus verlassen und befindet sich aktuell in der Gründung/ Umsetzung. Ziel des Programms ist, für die Produkte der gewerblichen Verfahren sowie der hoheitlichen Verfahren (z. B. KM-Doppik, KM-Personal, KM-StA und KM-Immobilien) die notwendige Entwicklung, den Betrieb und den Rollout für den anstehenden Technologiewechsel auf S4/HANA zu konzipieren und durchzuführen.

Weitere wichtige Modernisierungsprojekte stellen das Ausländer- und Kraftfahrzeugwesen dar. Aufgabe des Modernisierungsprojekts „Ausländerwesen“ ist die Entwicklung eines webbasierten Ausländer- und Einbürgerungsverfahrens, das die bisherige Lösung LaDiVa bei allen Bestandskunden in und außerhalb Baden-Württembergs ablöst. KM-Ausländer ist das letzte Verfahren der Produktfamilie KM-Bürgerservices, welches auf eine moderne Webanwendung umgestellt wird.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Nach der Fusion zum 01.07.2018 war das Geschäftsjahr 2021 der Konsolidierung und Umsetzung, insbesondere der Umsetzung der Rückzahlung des virtuellen Eigenkapitals durch die Komm.ONE AöR gewidmet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 66,4 Mio. € (- 0,3 Mio. € oder - 0,5 %) verringert. Wesentliche Veränderungen gab es auf der Aktivseite im Anlagevermögen durch Abschreibungen auf Finanzanlagen (- 153 T€) sowie im Umlaufvermögen durch die Verringerung der Forderungen (- 25 T€) und eine starke Abnahme der flüssigen Mittel (- 135 T€).

Auf der Passivseite beruht die geringere Bilanzsumme im Wesentlichen auf der Verminderung der sonstigen Rückstellungen (- 214 T€), gesunkenen Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen (- 117 T€) sowie dem gesunkenen Eigenkapital (- 153 €) durch die Entnahme der Ausgleichsrücklage zum Ergebnisausgleich 2021.

Gegenläufig ist die Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber den Mitgliedern. Diese haben sich im Jahr 2021 um 166 T€ bzw. 77,6 % erhöht.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden in Höhe von 35 T€ gebildet.

Finanzlage:

Der Finanzmittelbestand zum Jahresende verringerte sich um 12,3 % auf insgesamt 965 T€.

Die Zahlungsfähigkeit des Zweckverbandes 4IT war jederzeit gewährleistet.

Ertragslage:

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge liegt mit EUR 210 T€ über dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse setzen sich im Wesentlichen aus Vorauszahlungen in Höhe von 614 T€ sowie der Rückzahlung der Überzahlung von 167 T€ zusammen. Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich aus Entnahmen aus Rücklagen zum Ergebnisausgleich mit 153 T€, periodenfremden Erträgen von 725,90 € sowie sonstigen Erträgen in Höhe von 1.216,87 € zusammen. Der betriebliche Aufwand fällt in Summe mit 400 T€ um 15 T€ höher aus als im Vorjahr. Dieser Anstieg wurde durch die höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen aus der Geschäftsbesorgung (+ 12 T€) und der Softwarepflege (+ 3 T€) mitverursacht. Bedingt durch nur eine Verbandsversammlung sind die Aufwendungen für Sitzungsgelder um 68 T€ niedriger als im Vorjahr. Die Präsenzsitzungen des Verwaltungsrats und der Verbandsversammlung führten dagegen zum Anstieg der Reisekosten um 20 T€ auf 23 T€ sowie die Ausrichtung zu Kosten von 76 T€. Der sonstige betriebliche Aufwand ist in Summe um fast 42 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+ 519,6 %).

Dies führt zu einem ausgeglichenen Betriebsergebnis, vorbehaltlich der Zustimmung der Verbandsversammlung.

Personal:

Der Zweckverband 4IT hält kein eigenes Personal vor. Die Personalleistungen erfolgen im Rahmen der Geschäftsbesorgung seitens der Komm.ONE AöR.

Investitionen:

Der Zweckverband 4IT tätigt keine Investitionen in Sachanlagevermögen. Vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung wird der Jahresverlust der Komm.ONE AöR den Beteiligungsanteil sowie das Eigenkapital um 153.496,65 € reduzieren.

➤ C. Prognosebericht

Die Startschwierigkeiten einer jeden Fusion, insbesondere dann, wenn vier Systemhäuser zusammenkommen, sind inzwischen weitestgehend überwunden. Bedenkt man die zum Teil schwierigen Begleitumstände unter denen die Fusion an den Start gehen musste, können wir heute mit dem erreichten Stand zufrieden sein. Zum 01.07.2021 ist das neue harmonisierte Produktportfolio der Komm.ONE-Gruppe an den Start gegangen. Die Mitglieder und Kunden haben die neuen Verträge übersandt bekommen und mit Stand vom Oktober 2021 haben bereits über 95% die Verträge akzeptiert und unterschrieben. Zurzeit wird daran

gearbeitet, den Vertragsübergang auch für die Kunden der civillent, also die Nicht-Mitglieder ebenfalls erfolgreich abzuschließen. Die Vertrags- und Produktharmonisierung ist Voraussetzung für die gemeinsame Weiterentwicklung des Portfolios und damit deren geschäftlicher Entwicklung und stellt somit einen wesentlichen Meilenstein in der Fusion dar. Zudem stellt die Harmonisierung die Basis für die Einbindung der Mitglieder bei der Weiterentwicklung eines einheitlichen Portfolios dar.

Das Jahr 2022 und die Folgejahre stehen weiterhin im Zeichen der Optimierung. Insbesondere muss die Zufriedenheit der Kunden und Mitarbeiter verbessert und der Reifegrad der eingeführten Prozesse weiter optimiert werden, damit die interne Leistungserbringung schlanker und effizienter wird. Neben den bereits laufenden Programmen wird die Komm.ONE-Gruppe in den kommenden fünf Jahren vor allem die Harmonisierung und Standardisierung der Betriebs- und Prozessstrukturen auf Basis von Cloud-Technologien beschäftigen. Die neu entstandene Betriebsumgebung aus dem Programm MAGELLAN wird in Einsatz gebracht, Doppelstrukturen werden aufgelöst und vermeidbare Individualisierungen werden abgebaut. In dieser Phase wird die Komm.ONE-Gruppe gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Kunden erforderliche Standardisierungen angehen und dadurch auch Synergien heben. In den gleichen Zeitraum fallen auch die wichtigen Modernisierungsprojekte in den Produkten KM-Ausländer, KM-Einbürgerung, KM-Fahrzeug und Ordnungswidrigkeiten und natürlich der Wechsel der SAP Basisplattform S4/HANA.

Von Seiten des (Arbeits-)Marktes und dessen Veränderungen stehen vor allem vier Herausforderungen im Blickpunkt der Komm.ONE-Gruppe.

A) Die Veränderungen durch die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes in Verbindung mit der Registermodernisierung werden bei konsequenter Umsetzung die Rahmenbedingungen extrem stark verändern. Die Anforderungen der 1.101 Gemeinden, 35 Land- und 9 Stadtkreisen in Baden-Württemberg an ihre benötigten IT-Umgebungen ändern sich damit und sind durchaus als disruptiv einzustufen. Allein diese Entwicklungen werden die Geschäftsmodelle nachhaltig verändern und uns vor große Herausforderungen stellen.

B) Die IT-Anforderungen von morgen sind nur noch wirtschaftlich sinnvoll im Rahmen von Kooperationen und belastbaren Verbänden zu bewältigen. Genossenschaften wie GovDigital gewinnen deshalb in Zukunft an Bedeutung und Komm.ONE AöR ist froh hier als Mitglied von Anfang an mitwirken zu können. Auch die Partnerschaft mit einem sogenannten HyperScaler ist ein wichtiger Schritt, um Anforderungen im Bereich der Skalierungsfähigkeit und Agilität zukünftig besser gerecht werden zu können. Im Zusammenhang mit Technologiepartnern ist es wichtig die implementierten Lösungen cloudbasiert, standardisiert und schnell von einer auf die andere Plattform portieren zu können. Deshalb wird und muss sich die Komm.ONE-Gruppe zukünftig auf Docker- und Kubernetes Technologie fokussieren, um hier Knowhow aufzubauen und damit zukunftsfähig zu bleiben.

C) Die zunehmende Anzahl an Cyberattacken, virtuell geführten Handelskriegen und digitaler Beeinflussung von politischen Entwicklung und Wahlen zeigt jedoch, dass die Digitalisierung, Vernetzung und Integration von Services, insbesondere durch die Monopolisierung einiger weniger großer Anbieter, ein erhebliches Gefahrenpotenzial in sich birgt, dem mit digitaler Souveränität erfolgreich begegnet werden kann. Informationssicherheit, Datenschutz und souveräne Wertschöpfungsketten sind kritische Erfolgsfaktoren für die Gewährleistung einer solchen digitalen Souveränität, denn sie stärken das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in digitale Produkte und sind essentiell für die informationelle Selbstbestimmung.

D) Bedingt durch den demographischen Wandel und begleitende gesellschaftliche Veränderungen ist es eine große Aufgabe erfolgreich Personal für anstehende Aufgaben zu gewinnen, es auszubilden und möglichst langfristig an die Firmen der Komm.ONE-Gruppe zu binden. Wir haben mit der Einführung neuer Arbeitsplatzkonzepte und einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die richtigen Schritte eingeleitet. Dieser Weg muss weiter konsequent verfolgt werden, um nachhaltig den positiven Trend zu erhalten. Um bei Auftragsspitzen und der Umsetzung großer

Programme wie OZG oder SAP S4/HANA erfolgreich zu sein, ist die Komm.ONE AöR auf die Unterstützung von externen Dienstleistern angewiesen. Dies gestaltet sich aber zunehmend schwieriger, denn zum einen ist der Markt an freien Kapazitäten in den letzten beiden Jahren deutlich kleiner geworden und zum anderen muss die Komm.ONE-Gruppe im Rahmen der Vergabe Möglichkeiten finden, deutlich schneller an Kapazitäten zu kommen. Dies ist ein erhebliches Risiko, kann sich zu einem großen Wettbewerbsnachteil entwickeln und sich deutlich negativ auf die Zufriedenheit der Kunden, Gesellschafter und Mitglieder der Komm.ONE-Gruppe auswirken.

Durch die Fokussierung auf diese genannten Herausforderungen positioniert sich die Komm.ONE-Gruppe zukunftsorientiert, um ihre Dienstleistungen optimal an künftige gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie an die Bedürfnisse ihrer Mitglieder und Kunden auszurichten und damit ihrem Anspruch als Wegbegleiterin der Kommunen durch die Digitalisierung gerecht zu werden.

Glaubwürdigkeit entsteht durch eigenes Vorleben. Wir haben daher zunächst die internen Veränderungsprozesse vorangetrieben, den Kulturwandel eingeleitet und ein Innovations- und Ideenmanagement eingerichtet, das in einem zweiten Schritt rasch auch für kommunale Kunden und Mitglieder geöffnet werden soll. So werden sukzessive neue, innovative Produkte und Dienstleistungen bereitgestellt und gleichzeitig die Produkte im Bestandsportfolio schrittweise modernisiert und um weitere Leistungsmerkmale ergänzt. Diese Veränderungen werden durch einen intensiven Kommunikationsprozess begleitet. Oberstes Ziel ist es, dass die Komm.ONE-Gruppe die künftigen Anforderungen an die öffentliche Verwaltung in Baden-Württemberg immer im Fokus hat. Die Kommunen, Landkreise und sonstigen Mitglieder haben in den Gremien des Zweckverbands 4IT (Verwaltungsrat, Mitgliederbeiräte) sowie im Verwaltungsrat und Organisationsbeirat der Komm.ONE AöR die Möglichkeit, die Weiterentwicklung der Komm.ONE-Gruppe und ihre Angebote aktiv mitzugestalten und so langfristig auf ihre Bedürfnisse in einer zunehmend digitalisierten Welt auszurichten.

Für unsere Kunden und Mitglieder hat die Komm.ONE-Gruppe folgende Schwerpunkte vorgesehen:

- Innovative, neue Produkte

Hierzu werden insbesondere Themen im Bereich der „Künstlichen Intelligenz“ beitragen. Wir vernetzen uns hier umfassend und bieten z.B. eine erste Lösung für so genannte „Chatbots“ an (text- bzw. sprachbasierende Dialogsysteme, die maschinelles Lernen unterstützen). Aktuell stehen wir in Kooperationsgesprächen im Bereich sensorgestützter Daten auf der Basis von LoRaWAN (Nutzung von Sensoren z.B. für automatisierte Meldungen: Feuerwehreinfaht belegt, Mülleimer voll).

- Optimierung der Prozesse und Dienstleistungen

Wir wollen unseren Kunden und Mitgliedern einen einfacheren Zugang zur Komm.ONE AöR und sukzessive verbesserte digitale Prozesse und Beratung anbieten. Hierzu gehören z.B. ein weiter verbesserter Service für die Gremienmitglieder, ein Ausbau des Online-Angebots, eine Komm.ONE-App und ein umfassendes Consultingangebot für die digitale Verwaltung.

Wir bieten so fortlaufend innovative, qualitativ hochwertige und aus Effizienzgründen standardisierte Produkte und Dienstleistungen zu marktgerechten Preisen an, die die Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit zu jeder Zeit gewährleisten.

Ein wichtiges Ziel unseres unternehmerischen Handelns ist, durch Synergien und neue Dienstleistungen den bundesweiten Konzentrationsprozessen der kommunalen Rechenzentren und IT-Dienstleister adäquat Rechnung zu tragen und unsere Spitzenposition im Bundesvergleich zu erhalten und auszubauen. Dies

geschieht vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung und dem daraus stetig wachsenden Kundenwunsch nach ganzheitlichen Services.

Die Sicherung der digitalen Identitäten und Daten der Bürger und Bürgerinnen und der kommunalen Verwaltungen spielt dabei die größte Rolle. Dabei achtet die Komm.ONE-Gruppe darauf, dass die Daten den Rechtsraum der Europäischen Union nicht verlassen und die Anforderungen der EU-DSGVO jederzeit eingehalten werden.

Um dieses zu ermöglichen, wird die Komm.ONE-Gruppe sehr stark auf IT-Services und Anbieter setzen, die diese Rahmenbedingungen erfüllen. Das im Aufbau befindliche eigene Cloud-Rechenzentrum der Komm.ONE-Gruppe dient dabei als sicherer Hafen für die digitalen Identitäten und Daten. Um die souveräne Kontrolle über die Software und die Datenströme zu behalten, werden wir intensiv Open-Source-Software einsetzen, diese bei Bedarf weiterentwickeln und somit der Nachhaltigkeit von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung einen Vorschub gewähren.

Die Investition der finanziellen Mittel, die zum Großteil aus öffentlichen Haushalten kommen, gehen dann zunehmend zurück an die Gesellschaft, indem öffentliche und freie Software und deren Communities gefördert werden.

Als Gesellschafter der Komm.ONE AöR stellt der Zweckverband 4IT die benötigten Mittel durch die Vermögensverwaltung bereit, dass diese als Mitglied in der VITAKO (Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister e. V.) und die civillent GmbH bei deren Genossenschaft ProVitako (Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG) als wichtige Stützen agieren können. Die Mitglieder der ProVitako wollen durch gemeinsame Beschaffung und ein einheitliches Angebot von Gütern und Dienstleistungen Ressourcen besser ausnutzen und für sich und ihre kommunalen Trägerverwaltungen wirtschaftliche Vorteile erzielen.

Über die die Komm.ONE AöR ist der Zweckverband 4IT weiter Mitglied der govdigital. Ziel der govdigital ist es, neue Technologien auf Basis digitaler Infrastrukturen in öffentlicher Hand voranzutreiben und mit anderen Gebietskörperschaften zu teilen. govdigital und ihre Mitglieder agieren als Plattform für Austausch und Entwicklung rund um das Thema innovative IT-Technologien. Der partnerschaftliche Austausch von Knowhow und Kompetenz der Mitglieder schafft einen wichtigen Mehrwert für die digitale Zukunft des öffentlichen Sektors.

Der Verbandsvorsitzende erwartet aufgrund des Russland-Ukraine-Konflikts sowie der anhaltenden Corona-Pandemie weiterhin ein schwieriges Geschäftsumfeld für die Jahre 2022 und 2023. Für das laufende Jahr wird mit gleichbleibenden Steuereinnahmen für die Kommunen gerechnet, denen jedoch eine Vielzahl von neuen Finanzaufgaben wie der Versorgung von Flüchtlingen, den höheren Energiekosten sowie den inflationsbedingten höheren Kosten gegenüberstehen. Ohne weitere Hilfsprogramme des Bundes und der Länder werden die Kommunen deutliche Einsparungen in den öffentlichen Haushalten vornehmen müssen.

Aufgrund der anhaltend großen Nachfrage nach Hardware und digitalen Verfahrenslösungen infolge der Pandemie geht der Vorstand davon aus, dass der IT-Bereich der Kommunen von den Kürzungen in den kommunalen Haushalten nicht allzu stark betroffen sein wird. Vielmehr rechnet der Vorstand damit, dass durch die gesetzlichen Vorgaben zur Eindämmung der Pandemie und den hieraus notwendigen Änderungen in den kommunalen Verwaltungsprozessen weitere Möglichkeiten bzw. Anforderungen zur Beschleunigung der Digitalisierung in den angebotenen Dienstleistungen bestehen. Trotz der aufgezeigten Chancen und Risiken in der Digitalisierung und den kommunalen Haushaltskürzungen werden deshalb weiterhin mit ausgeglichenen Ergebnissen für den Zweckverband 4IT gerechnet. Für 2022 sind für die Finanzierung keine Kredite von Dritten geplant.

➤ D. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Auch als öffentliche Wirtschaftsunternehmen müssen sich die Unternehmen der Komm.ONE-Gruppe einer verschärften Wettbewerbssituation stellen – unter anderem auch wegen der zunehmend steigenden rechtlichen Anforderungen. Hinzu kommen die ständig steigenden Anforderungen an die IT- und Datensicherheit, die im Zusammenwirken der Prozesse und der IT für zusätzliche Komplexität sorgen.

Die Komm.ONE-Gruppe unterhält ein dokumentiertes Risikomanagementsystem. Die Geschäftsrisiken und Chancen werden regelmäßig überwacht sowie gesteuert. Zu den klassischen Risiken eines IT-Unternehmens gehören u.a. die Risiken der Abwanderung von Kunden, Ressourcenengpässe, fehlendes Neugeschäft sowie ausbleibende Geschäftsfeldentwicklungen oder fehlende Neukunden. Das Risikomanagement sorgt für Transparenz über die aktuelle Risikosituation und ermöglicht rechtzeitig notwendige Eventualentscheidungen im Gesamtkontext von Chancen und Risiken zu treffen. Durch die Verankerung des Risikomanagements in den täglichen Prozessen wird die Unternehmensleitung durch regelmäßige Berichte informiert. Hier ist insbesondere der Zweckverband 4IT als Gemeinschaft gefordert seine Mitglieder auf die Risiken vorzubereiten und zu sensibilisieren.

Als praktisches Beispiel dient die Vorsorge bei der Klageerhebung gegen das Finanzamt Reutlingen. Hier wurden aktiv zur Zinsvermeidung die entsprechenden Zahlungen geleistet, sowie für die Klageführung entsprechende Rückstellungen gebildet.

2. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risiken der zukünftigen Entwicklung bestehen in Bezug auf den weiteren Absatz der eigenen Produkte am Dritt- und Heimatmarkt. Aufgrund des Inkrafttretens der Regelungen des § 2b UStG zum 1. Januar 2023 wird im Heimatmarkt für die bislang hoheitlichen Leistungen mit einer gesetzlichen Entgelterhöhung in Höhe von 15 % gerechnet. Diese Erhöhung wird Wettbewerber ermutigen eigene Leistungen zu Lasten der Komm.ONE AöR Verfahren zu platzieren. Die Mitglieder von Komm.ONE AöR haben keine Abnahmeverpflichtung. Die Anstalt des öffentlichen Rechts steht im Wettbewerb mit zahlreichen Mitbewerbern. Viele Unternehmen haben den öffentlichen Sektor als Markt für sich erkannt und im Heimatmarkt hat sich die Konkurrenzsituation durch private und öffentlich-rechtliche Mitbewerber weiter verschärft.

Die Rahmenbedingungen unserer Verfasstheit führen im Wettbewerb dabei immer wieder zu Nachteilen im Bereich der Umsetzungsgeschwindigkeit. Diese leiten sich unter anderem aus rechtlichen Vorgaben und Strukturen ab. So sind wir beispielsweise im Bereich der Vergabeprozesse starken Reglementierungen unterworfen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Akquisition weiterer Kundenaufträge, sowohl im Heimatmarkt, als auch im Drittmarkt in einem immer schwierigeren Wettbewerbsumfeld erfolgt. Hinsichtlich des Drittmarkts zeigt sich ein hoher Verdrängungswettbewerb, der sich insbesondere in zunehmend niedrigen Verkaufs- und Absatzpreisen widerspiegelt.

Die Komm.ONE-Gruppe hat auf die Entwicklungen im Heimat- und Drittmarkt reagiert und erforderliche Gegenmaßnahmen eingeleitet. Sie ist mit ihrem Produktportfolio im Markt für kommunale Software gut aufgestellt und sieht trotz des schwierigen Kundenumfelds Chancen für weiteres Umsatzwachstum.

Ein weiteres Risiko besteht für die Komm.ONE-Gruppe im Fachkräftemangel. Dieses wollen wir insbesondere durch die Hebung eigener Potentiale ausgleichen und gleichzeitig in den Nachwuchs investieren.

Große Chancen für die Zukunft sieht der Vorstand hingegen im Aufbau des Programms „Souveränität“. Hier werden die wichtigen Zukunftsprojekte der Komm.ONE-Gruppe unter einer übergreifenden Vision gebündelt, die Sicherung der digitalen Souveränität Deutschlands. Wir bauen weitere Angebote mit zusätzlichen Services auf und aus und bieten über die Kommunalberatung Begleitung und Unterstützung an. Auch für die weitere Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) besteht weiterhin Handlungs- und Unterstützungsbedarf. Hier werden weitere Angebot für die Mitglieder bereitgestellt.

Viele Mitglieder benötigen Dienstleistungen im Betrieb der technischen Infrastruktur. Hierfür werden Hosting-Lösungen und Services zum Betrieb von Client-Infrastruktur bereitgestellt.

Die Nachfrage im Bereich Dokumentenmanagement und der E-Rechnung bleibt weiter hoch. Maßnahmen zu einer verbesserten Lieferfähigkeit wurden getroffen, die Gewinnung von Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gestaltet sich jedoch weiterhin schwierig. Ziel ist es, die Umsetzungszeiträume für die Projektplatzplanung zu verkürzen.

Mit der Digitalisierung gerät auch das Thema Informationssicherheit und Datenschutz in den Vordergrund und die Nachfrage nach Beratung hält weiter an. Hier werden wir neue Dienstleistungen anbieten.

Übergreifende Zielsetzung des Programms ist die Entwicklung der Komm.ONE-Gruppe zur Vordenkerin und Wegbereiterin dieses Geschäftsfeldes, um die Digitalisierung den Mitgliedern und der Mitarbeiterschaft erlebbar zu machen. Die civillent GmbH wird hierzu ihr technisches Knowhow im Betrieb und der sicheren Anbindung einbringen. Da dies nicht an den Grenzen Baden-Württembergs Halt machen wird, geht der Vorstand von der Generierung zusätzlicher Umsätze im Drittmarkt aus.

Die Komm.ONE-Gruppe ist gemäß ihrem Selbstverständnis aber nicht nur Begleiterin der Kommunen auf dem Weg in die Digitalisierung, sondern auch Entdeckerin und Wegbereiterin von Innovationen. So wird auch im Jahr 2022 intensiv an Innovationen auf Open-Source-Basis und an weiteren Forschungsprojekten gearbeitet.

Für die Smart City greifen intelligente Lösungen für so unterschiedliche Lebensbereiche wie z.B. Wohnen, Leben, Arbeiten, Mobilität, Versorgung, Entsorgung, usw. dergestalt ineinander, dass sie sich ergänzen und eine nachhaltige Steigerung der Lebensqualität schaffen. Dabei ist es für die Komm.ONE-Gruppe selbstverständlich, dass die Smart City über die Stadtgrenzen hinaus auch die umliegende ländliche Region mit einbezieht, was ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen im urbanen und im ländlichen Raum erforderlich macht.

Die zunehmende Anzahl an Cyberattacken und an virtuell geführten Handelskriegen zeigt jedoch, dass die Digitalisierung, Vernetzung und Integration von Services auch ein erhebliches Gefahrenpotenzial in sich birgt, dem allerdings mit digitaler Souveränität erfolgreich begegnet werden kann. Informationssicherheit und Datenschutz sind kritische Erfolgsfaktoren für die Gewährleistung einer solchen digitalen Souveränität, denn sie stärken das Vertrauen der Bürgerschaft in digitale Produkte und sind essentiell für die informationelle Selbstbestimmung.

Als eine Konsequenz steht deshalb für die Komm.ONE-Gruppe die Einhaltung der Datensicherheit gemeinsam mit der Vernetzung und der Integration von Datenstrukturen an oberster Stelle. Das eigene Cloud-Rechenzentrum dient dabei als sicherer Hafen für die digitalen Identitäten und Daten der Bürgerschaft und der kommunalen Verwaltungen.

In diesem Sinne sieht der Zweckverband 4IT als Vermögensverwalter die Komm.ONE-Gruppe bestens aufgestellt, um ihre Dienstleistungen optimal an den Bedürfnissen ihrer Kunden auszurichten und ihrem Anspruch als Wegbegleiterin der Kommunen durch die Digitalisierung gerecht zu werden. Die Komm.ONE-Gruppe wurde gegründet, um dem anstehenden Fachkräftemangel und den Herausforderungen der digitalen Transformation der kommunalen Verwaltungen erfolgreich zu begegnen und die digitale Souveränität der Gesellschaft zu sichern. Die Bündelung der vorhandenen Kräfte schafft dabei die für die Veränderungen notwendigen Freiräume.

Karlsruhe, den 14.06.2022

Landrat Stefan Dallinger
Verbandsvorsitzender

➤ **Versicherungsschutz**

Zur Absicherung des Risikos eines Vermögensschadens (D&O Versicherung) besteht Versicherungsschutz bei der Württembergische Gemeinde-Versicherung in Höhe von EUR 2.500.000,00.

Zur Abdeckung weiterer Risiken besteht für den Zweckverband 4IT als Versicherungsnehmer über die Verträge der Komm.ONE AöR mittelbar bei der Württembergische Gemeinde-Versicherung folgender Versicherungsschutz:

- **Haftpflichtversicherung**
(Deckungssumme EUR 10.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie EUR 5.000.000,00 für Vermögensschäden)
- **Eigenschadenversicherung** (Deckungssumme EUR 500.000,00)
- **Vertrauensschadenversicherung** (Deckungssumme EUR 1.000.000,00)
- **Rechtsschutzversicherung**
(Deckungssumme EUR 1.000.000,00 bzw. 100.000,00 für Verwaltungsrechtschutzfälle sowie 2.000.000,00 für Strafrechtsschutz)
- **Dienstreisefahrzeugversicherung** (Deckungssumme EUR 50.000,00)

➤ **Wichtige Verträge**

Zur Erledigung seiner Aufgaben bedient sich der Zweckverband mittels einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung seitens der Komm.ONE AöR.

Endgültige Umlage

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes 4IT wird durch die Erhebung einer Umlage gedeckt. Die Versammlung beschließt beim jeweiligen Jahresabschluss die endgültige Betriebsumlage.

	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
Aufwendungen		
Allgemeiner Verwaltungsaufwand:		
Software Pflegegebühren	-3.358,65	-357,00
Geschäftsbesorgung Komm.ONE AöR	-191.706,72	-180.063,96
Versicherung D&O	-2.261,00	-2.261,00
Inserate und Veröffentlichungen	-3.974,40	-19.173,28
Bewirtungen Dritte aus geschäftlichem Anlass	0,00	-269,01
Betrieblich veranlasste Veranstaltung	-76.137,03	-13.724,32
Prüfungs- und Abschlusskosten	-8.650,00	-7.400,00
	<u>-286.087,80</u>	<u>-223.248,57</u>
Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten:		
Aufwandsentschädigung Verbandsvorsitz und Vertreter	-13.800,00	-13.800,00
Sitzungsgelder	-76.700,00	-144.500,00
Reisekosten	-23.012,99	-3.314,06
	<u>-113.512,99</u>	<u>-161.614,06</u>
Sonstige Aufwendungen		
Übrige Sonstige Aufwendungen	-49.862,25	-8.047,40
Umzulegender Aufwand	<u>-449.463,04</u>	<u>-392.910,03</u>
Sonstige betriebliche Erträge		
Sonstige betriebliche Erträge	1.942,77	114,39
Sonstige Erträge	<u>1.942,77</u>	<u>114,39</u>
Summe Aufwendungen abzügl. Sonstige betriebliche Erträge	<u>-447.520,27</u>	<u>-392.795,64</u>
Endgültige Betriebsumlage	-447.520,27	-392.795,64
Umlagevorauszahlungen Geschäftsjahr	614.287,97	607.699,08
Zwischensumme	<u>166.767,70</u>	<u>214.903,44</u>
Abschreibungen auf Finanzanlagen (Beteiligung Komm.ONE)	-153.496,65	0,00
Verbindlichkeiten Mitglieder	-166.767,70	-214.903,44
Entnahme Ausgleichsrücklage	153.496,65	
Überschuss/-fehlbetrag Gewinn- und Verlustrechnung	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Der nicht zum Ausgleich der Gewinn- und Verlustrechnung erforderliche Anteil aus der Umlagevorauszahlung in Höhe von EUR 166.767,70 ist in der Bilanz unter „Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern“ ausgewiesen. Die endgültige Betriebsumlage wird vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung auf EUR 447.520,27 festgesetzt.

► Vermögensplanabrechnung 2021

	PLAN / EUR	IST / EUR	Abweichung
Finanzierungsmittel (Einnahmen):			
Zuführungen zum Stammkapital Komm.ONE (Eigenkapital)	0	0	0
Zuführung Rücklagen	0	0	0
Abschreibungen Finanzanlagen	2.955.000	153.497	2.801.503
Jahresüberschuss	0	0	0
Mittel aus Vorjahren	387.000	0	387.000
Gesamt Finanzierungsmittel	3.342.000	153.497	3.188.503
Finanzierungsbedarf (Ausgaben):			
Entnahme Ausgleichsrücklage	-2.955.000	-153.497	-2.801.503
Jahresfehlbetrag	0	-153.497	153.497
Tilgung Kassenkredit Komm.ONE	0	-100.000	100.000
Finanzierungsfehlbetrag aus Vorjahren	0	-125.330	125.330
Gesamt Finanzierungsbedarf	-2.955.000	-532.324	-2.422.676
Gesamt Finanzierungsmittel/-bedarf (+)/ (-)	387.000	-378.827	765.827

Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit, wurde bei der Darstellung die Bruttomethode des Formblatts 6 des Eigenbetriebsgesetz gewählt.

► Erfolgsplan 2021 (Erläuterung nach Kontengruppe)

	PLAN / EUR	IST / EUR	Abweichung
Umlage	614.000	447.520	-166.480
Umsatzerlöse	614.000	447.520	-166.480
Sonstige Erträge	0	1.943	-1.943
Sonstige betriebliche Erträge:	0	1.943	-1.943
Summe Erlöse und Erträge	614.000	449.463	164.537
Geschäftsbesorgung	-132.000	-191.707	-59.707
Betriebliche Veranstaltungen	-157.000	-76.137	80.863
Sonstiger Aufwand	0	-18.244	-18.244
Verwaltungsaufwand	-289.000	-286.088	2.912
Ehrenamtliche Aufwandsentschädigungen Vorsitz	-14.000	-13.800	200
Sitzungsgelder	-163.000	-76.700	86.300
Reisekosten	-133.000	-23.013	109.987
Vorsitz und Verwaltungsrat:	-310.000	-113.513	196.487
Übrige sonstige Aufwendungen	-15.000	-49.862	-34.862
Abschreibungen auf Beteiligungen	-5.909.000	-153.497	-5.755.503
Summe Aufwand	-6.523.000	-602.960	-5.920.040
Jahresfehlbetrag - / Jahresgewinn +	-5.909.000	-153.497	-5.755.503
Nachrichtlich			
Entnahme aus Rücklage	5.909.000	153.497	5.755.503
Jahresergebnis nach Beschluss der Versammlung	0	0	0

5. Schwarzwald Musikfestival gGmbH

Gründung:

23. Dezember 1999

Eintragung:

in das Handelsregister Amtsgericht Stuttgart unter der Nummer HRB 430952

Gegenstand des Unternehmens:

Hauptaktivität der Schwarzwald Musikfestival gGmbH ist die „Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten, Musiktheater- und Vortragsveranstaltungen in Gemeinden des Schwarzwaldes, insbesondere im Rahmen des Schwarzwald Musikfestivals“ (Auszug aus § 2 der Satzung der Schwarzwald Musikfestival gGmbH).

Die Schwarzwald Musikfestival gGmbH kann als Träger einer regionalen Kulturförderung zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur will die Gesellschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikkultur in der Region leisten.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **3.750 Euro** am Stammkapital von **56.250 Euro** beteiligt, dies entspricht einem Anteil von **6,7 %**.

Des Weiteren sind als Gesellschafter beteiligt:

Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e. V. 26,6 %
Gemeinde Baiersbronn 13,3%
Stadt Freudenstadt 13,3%
Hochschwarzwald Tourismus GmbH (HTG) 13,3%
Landkreis Calw 6,7%
Landkreis Rottweil 6,7%
Landkreis Freudenstadt 6,7%
Mark Mast 6,7%

Organe des Unternehmens:

a) Geschäftsführung:

Mark Mast, Geschäftsführender Intendant

b) Verwaltungsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Kuratorium (seit 2007):

Mitglieder siehe Anlage

d) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaftsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Gesellschafter (siehe Beteiligungsverhältnisse).

Beteiligungen des Unternehmens:

Keine

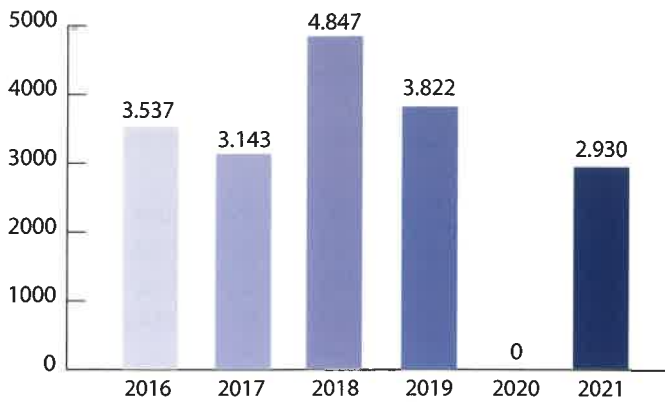
KENNZAHLEN 2016 – 2021

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konzertdaten						
Konzerte	18	17	17	15	18	14
Spielorte	16	17	16	14	14	11
Spielstätten	18	17	17	15	15	11
Kartenkontingent	4.339	4.289	5.583	5.438	5.670	5.290
Verkaufte Karten/Besucher	3.537	3.143	4.847	3.822	0	2.930
Auslastung	81,5 %	75 %	87 %	70 %	0 %	55 %
Besucher pro Konzert	197	197	285	255	0	195
Besucher Konzerteinführungen	1.154	1.176	1.735	1.395	0	956
Kinder entdecken Klassik	124	128	74	71	0	0
Mediadaten						
Medien-Meldungszahl	488	527	632	807	365	445
Medien-Reichweite	17.644.737	17.035.999	19.080.261	19.588.709	8.000.000	14.000.000
Anzeigenäquivalenzwert	259.673 €	658.564 €	1.125.789 €	872.687 €	565.000 €	431.000 €
Finanzdaten						
Gesamtjahresertrag	399.759 €	382.741 €	464.835 €	411.296 €	253.519 €	396.874 €
Gesamtjahresaufwand	-398.931 €	-376.439 €	-464.532 €	-411.228 €	-252.764 €	-376.360 €
Jahresergebnis	828 €	6.302 €	303 €	68 €	755 €	28.285 €

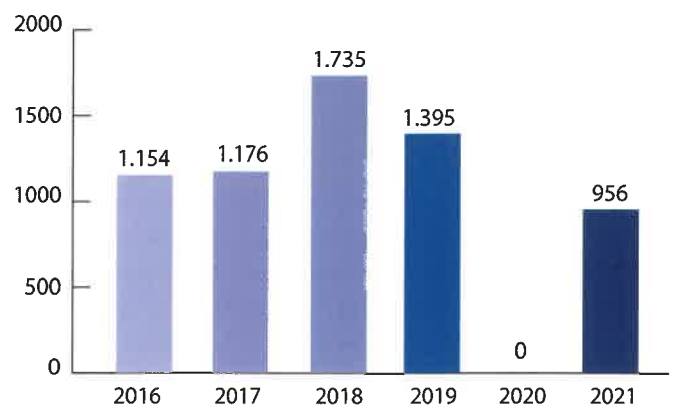
Für alle Daten gilt: Stand 21.2.2022

KENNZAHLEN 2016 – 2021

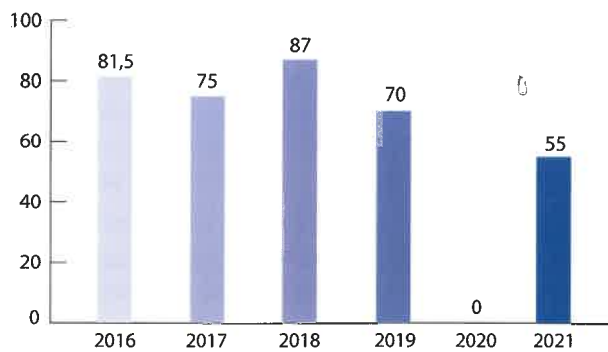
Besucher 2016 – 2021



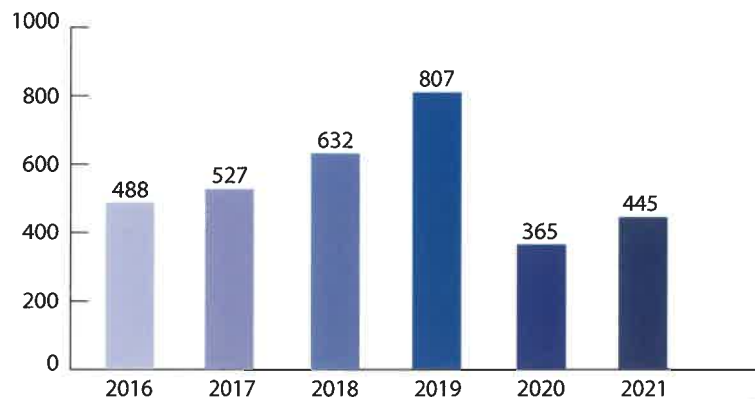
Besucher Konzerteinführungen 2016 – 2021



Auslastung 2016 – 2021 in %



Medien-Meldungszahlen 2016 – 2021



STRUKTUR, GREMIEN UND PERSONALIA

STRUKTUR DER SCHWARZWALD MUSIKFESTIVAL gGMBH

Hauptaktivität der am 23. Dezember 1999 gegründeten Schwarzwald Musikfestival gGmbH ist die „Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten, Musiktheater- und Vortragsveranstaltungen in Gemeinden des Schwarzwaldes, insbesondere im Rahmen des Schwarzwald Musikfestivals“ (Auszug aus §2 der Satzung der Schwarzwald Musikfestival gGmbH).

Die Schwarzwald Musikfestival gGmbH kann als Träger einer regionalen Kulturförderung zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur will die Gesellschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikkultur in der Region leisten.

Diese Veranstaltungen werden vom Intendanten Mark Mast konzipiert und vom Festivalbüro und der Partneragentur Zeitklänge Gesellschaft für musikalischen Mehrwert mbH durchgeführt. Unterstützt wird das Festivalteam von den Organen der gGmbH, dem Kuratorium, der Fördergesellschaft sowie vielen ehrenamtlichen Helfern.

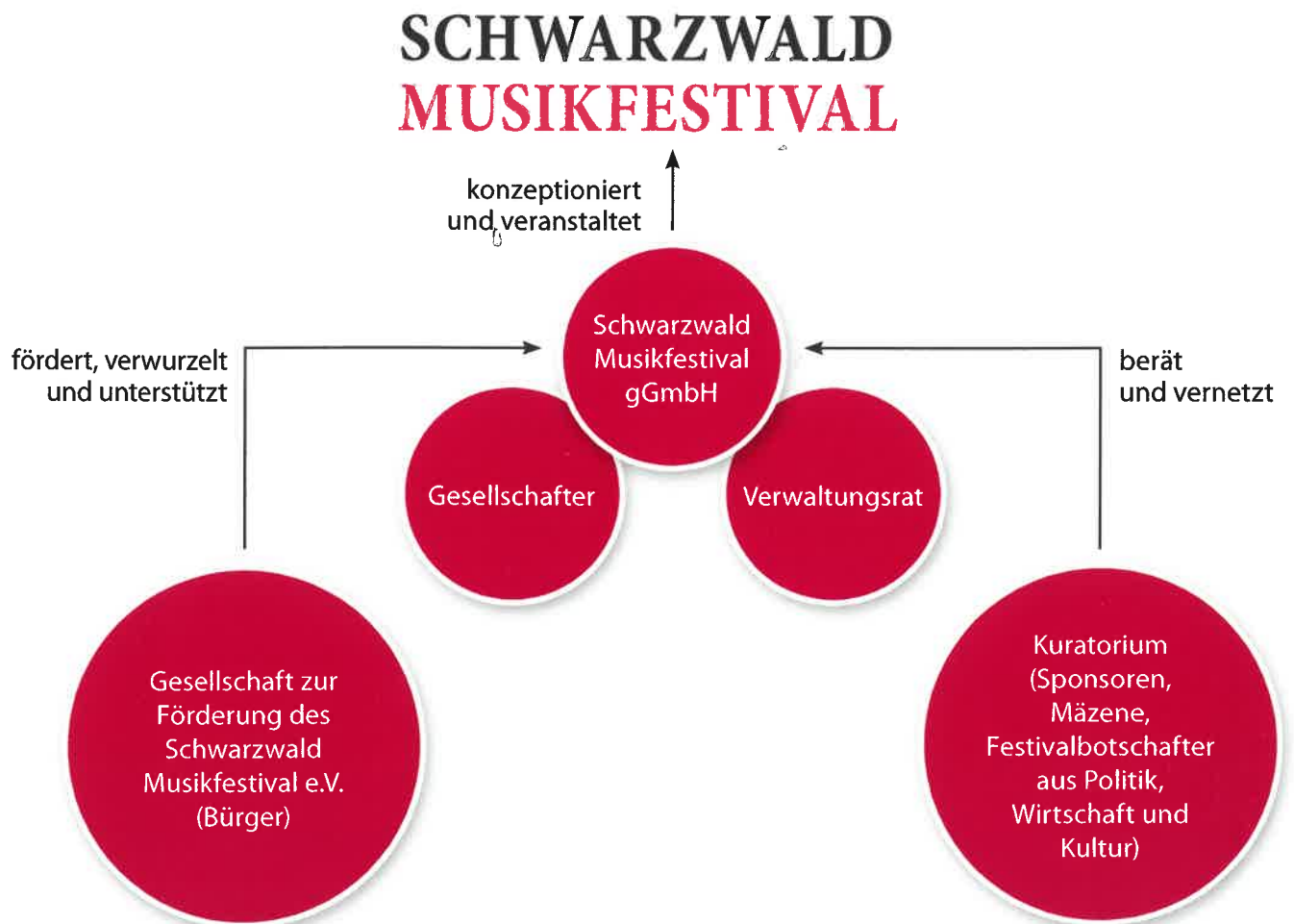
Schwarzwald Musikfestival heute

Aus 7 Veranstaltungen in 1998 sind 15 Veranstaltungen in 2021 geworden.

Aus 3 Veranstaltungsorten im Jahr 1998 sind 11 Veranstaltungsorte im Jahr 2021 geworden.

Seit seiner Gründung 1998 hat das Festival insgesamt an 57 Spielorten im gesamten Schwarzwald gespielt.

ORGANIGRAMM

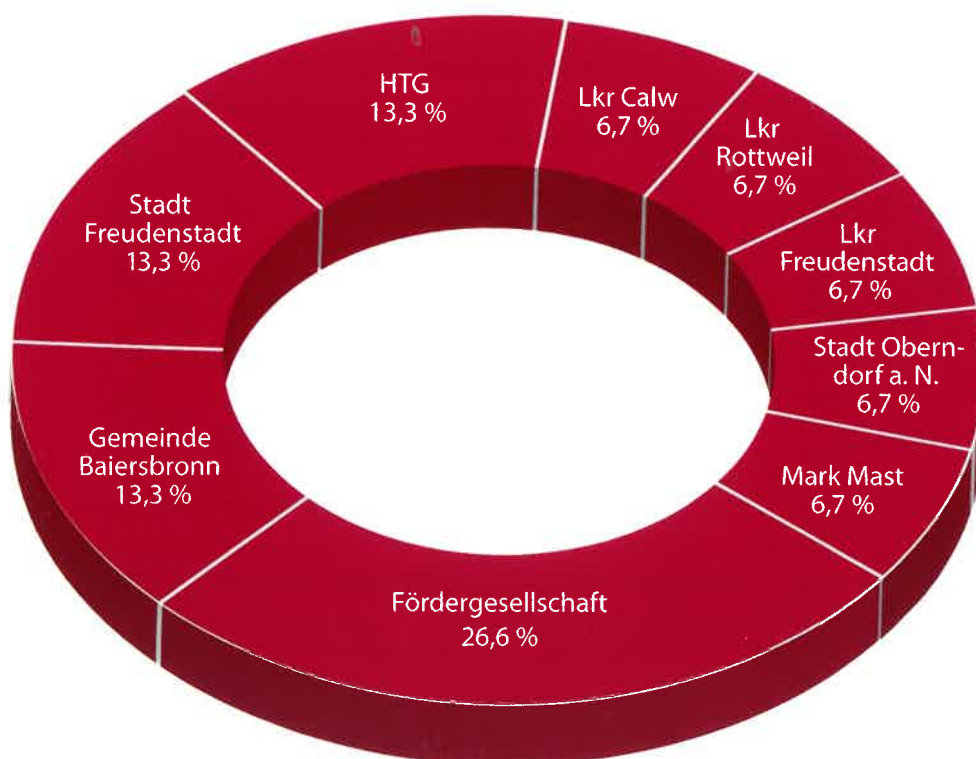


GESELLSCHAFTER

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den (gesetzlichen) Vertretern der Gesellschafter.

Gesellschafter	vertreten durch	Beitritt
Gemeinde Baiersbronn	Michael Ruf, Bürgermeister	1999
Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e. V.	Jochen Bischoff, 2. Vorsitzender	1999
Stadt Freudenstadt	Julian Osswald, Oberbürgermeister	1999
Landkreis Calw	Helmut Riegger, Landrat	2005
Mark Mast	denselben	2008
Landkreis Rottweil	Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Landrat	2008
Hochschwarzwald Tourismus GmbH (HTG)	Thorsten Rudolph, Geschäftsführer	2009
Landkreis Freudenstadt	Dr. Klaus Michael Rückert, Landrat	2010
Stadt Oberndorf a. N.	Herrmann Acker, Bürgermeister	2018

Das Stammkapital der SMF Schwarzwald Musikfestival gGmbH beträgt 56.250 Euro, welches sich wie folgt mit den entsprechenden Geschäftsanteilen zusammensetzt:



STRUKTUR, GREMIEN UND PERSONALIA

KURATORIUM

Unter Anwesenheit des damaligen Ministerpräsidenten Günther Oettinger wurde das Kuratorium des Schwarzwald Musikfestivals bei der Gründungsversammlung am 20. September 2007 ins Leben gerufen. In der konstituierenden Sitzung unter dem Patronat des damaligen Staatssekretärs Dr. Dietrich Birk am 1. Dezember 2007 wurden seine Aufgaben definiert und Hermann Bareiss, Geschäftsführer des Hotel Bareiss, zum Vorsitzenden ernannt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums wurden Dr. Bernhard Kallup und Jürgen Walther gewählt.

Kurator	Firma/Institution
Hermann Bareiss <i>Vorsitzender</i>	Hotel Bareiss
Dr. Bernhard Kallup <i>Stellvertretender Vorsitzender</i>	
Jürgen Walther <i>2. Stellvertretender Vorsitzender</i>	VUD Medien GmbH
Karin Abt-Straubinger	ABTART GmbH
Ann-Katrin Bauknecht	Honorargeneralkonsulat Königreich Nepal
Arnold Berens	
Dr. Dietrich Birk	
Jochen Bischoff	Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestival e. V.
Andreas Braun	TMBW
Prof. Klaus Fischer	fischerwerke GmbH & Co KG
Andreas Gaupp	Mineralbrunnen Teinach GmbH
Vera Haueisen	
Hans-Joachim Heer	
Erika Heim	Erika Heim Communication
Carmen Hettich-Günther	HOMAG Holzbearbeitungssysteme GmbH
Carsten Huber	Schwarzwälder Bote Mediengesellschaft mbH
Gerhard Kaufmann	Griesbacher Mineral- und Heilquellen GmbH

Kurator	Firma/Institution
Alexander A. Klein	Oest Holding GmbH
Herbert Klumpp	
Werner Loser	Kreissparkasse Freudenstadt
Hansjörg Mair	Schwarzwald Tourismus GmbH
Dr. Eleonore Mathier	Stiftung Lyra
Prof. Dr. Conny Mayer-Bonde	Duale Hochschule Ravensburg
Dr. Andreas Narr	SWR Tübingen
Jochen Protzer	Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH
Christian Rasch	Badische Staatsbrauerei Rothaus AG
Steffen Ringwald	EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH
Thomas Satinsky	J. Esslinger GmbH & Co. KG
Peter Schneider, MdL	Sparkassenverband Baden-Württemberg
Stephan Scholl	Sparkasse Pforzheim-Calw
Gerhard Schuler	(† Ehrenmitglied)
Christian Timmer	CTC Christian Timmer Consulting
Carsten Wenz	
Peter Wohlfarth	Badischer Weinbauverband e. V.
Dr. Ernst Wolf	Wolf Produktionssysteme GmbH

STRUKTUR, GREMIEN UND PERSONALIA

VERWALTUNGSRAT

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens neun Mitgliedern und wird von der Gesellschafterversammlung jeweils für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.

Die Mitglieder des amtierenden Verwaltungsrates sind wie folgt:

Verwaltungsrat	Firma/Institution
Julian Osswald <i>Vorsitzender</i>	Oberbürgermeister Stadt Freudenstadt
Eric Becker <i>Stellvertretender Vorsitzender</i>	Stellvertretender Gesamtverkaufsleiter Badische Staatsbrauerei Rothaus AG
Hans-Joachim Ahner	Amtsleiter für Kultur, Bildung und Sport der Stadt Oberndorf a. N.
Hannes Bareiss	Geschäftsführer Hotel Bareiss GmbH
Reinhard Geiser	Erster Landesbeamter des Landkreises Freudenstadt
Vera Haueisen	Beratung für Hotellerie und Dienstleistungsunternehmen
Michael Krause	Tourismusedirektor Freudenstadt (ausgeschieden im August 2021)
Uwe Braun	Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse Freudenstadt a. D.
Norbert Pietsch	Schatzmeister der Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e. V.
Thorsten Rudolph	Geschäftsführer der Hochschwarzwald Tourismus GmbH
Bernhard Rüth	Kulturamtsleiter Landkreis Rottweil
Patrick Schreib	Tourismusedirektor Baiersbronn Touristik
Dr. Anette Sidhu-Ingenhoff	Klassikredaktion SWR2 Studio Tübingen
Norbert Weiser	Bereichsleiter Jugend, Soziales und Schulen Landkreis Calw
Bernhard Zepf	Geschäftsführer Hotel-Restaurant Erbprinz GmbH

SCHIRMHERREN 1998 – 2018

Jahr	Schirmherr	Funktion
1998 – 1999	Professor August Everding	Bayerischer Staatsintendant
1999 – 2007	Gerlinde Hämmerle	Regierungspräsidentin Regierungspräsidium Karlsruhe
2008 – 2009	Günther H. Oettinger	Ministerpräsident Baden-Württemberg
2010 – 2011	Stefan Mappus	Ministerpräsident Baden-Württemberg
2012 – 2016	Alexander Bonde	Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
2017	Winfried Kretschmann	Ministerpräsident Baden-Württemberg
2018	Günther H. Oettinger	Mitglied der europäischen Kommission zuständig für Haushalt und Personal

SCHWARZWALD MUSIKFESTIVAL gGMBH

Geschäftsführung

Mark Mast *Geschäftsführender Intendant*

Mitarbeiterin des Festivalbüros

Julia Freitag *Verwaltung*

Anzeigen

Vera Haueisen

Zu B) weitere geringfügige Beteiligungen (Ausleihungen):

6. Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG

18 Geschäftsanteile mit jeweils 50 Euro, insgesamt 900 Euro

vgl. Kurzbericht zum Geschäftsjahr 2021, Anlage 1

7. Volksbank Rottweil

3 Geschäftsanteile mit je 150 Euro, insgesamt 450 Euro

vgl. Kurzbericht zum Geschäftsjahr 2021, Anlage 2

8. Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG

10 Geschäftsanteile mit insgesamt 204,52 Euro

vgl. Jahresabschluss 30.06.2021, Anlage 3

9. LOCALgenie eG

10 Genossenschaftsanteile mit insgesamt 250,00 Euro

Der geprüfte Jahresabschluss 2021 der LOCALgenie eG liegt noch nicht vor.

vgl. Anlage 4



GESCHÄFTSBERICHT 2021

Wege in eine nachhaltige Zukunft.

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand		15.933.718,86			19.482
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		125.248.620,94			121.790
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	125.248.620,94				(121.790)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	141.182.339,80		0
2. Schuldfrei öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00			0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel		0,00	0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig		174.248.793,86			212.110
b) andere Forderungen		19.202.631,91	193.451.425,77		9.240
4. Forderungen an Kunden			1.262.570.018,89		1.241.474
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	319.539.067,22				(276.676)
Kommunikalkredite	25.029.610,99				(23.966)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					0
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ba) von öffentlichen Emittenten		7.809.402,19			6.829
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	7.809.402,19				(6.829)
bb) von anderen Emittenten		174.383.208,33	182.192.610,52		215.912
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	110.434.278,85		182.192.610,52		(136.843)
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00			0
Nennbetrag		0,00			(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen		47.779.761,56			313.094
darunter:					0
an Kreditinstituten	668.600,51				
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00		47.867.131,56		(669)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					(0)
darunter:					87
bei Kreditgenossenschaften	32.900,00				(33)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			100.000,00		100
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen			7.100.985,10		5.960
darunter: Treuhandkredite	7.100.985,10				(5.960)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					0
11. Immaterielle Anlagewerte					0
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00			0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	44.181,00				7
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0,00				0
d) geleistete Anzahlungen	0,00		44.181,00		0
12. Sachanlagen			8.772.408,93		18.950
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.457.529,61		1.676
14. Rechnungsabgrenzungsposten			116.210,88		121
Summe der Aktiva			<u>2.207.890.925,43</u>		<u>2.213.142</u>

	EUR	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig			855.035,59			599
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			202.457.576,73		203.312.612,32	201.001
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		349.103.485,04				
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0,00				
b) andere Verbindlichkeiten			1.403.767,315,40		1.407.852	
ba) täglich fällig						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.816.809,34	1.405.584.124,74	1.754.687.609,78	11.818	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0,00	0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00		0,00	0
darunter:						
Geldmarktpapiere		0,00			(0)	
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0,00			(0)	
3a. Handelsbestand						
a) von anderen Emittenten			14.199.746,00		14.536	
ab) von anderen Emittenten			2.184.247,29		2.852	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			3.988.391,25		4.320	
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
bb) von anderen Emittenten						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
c) eigene Schuldverschreibungen						
Nennbetrag						
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere						
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften						
a) Beteiligungen						
darunter:						
an Kreditinstituten						
an Finanzdienstleistungsinstituten						
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften						
darunter:						
bei Kreditgenossenschaften						
bei Finanzdienstleistungsinstituten						
8. Anteile an verbundenen Unternehmen						
darunter:						
an Kreditinstituten						
an Finanzdienstleistungsinstituten						
9. Treuhandvermögen						
darunter: Treuhandkredite						
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch						
11. Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte						
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten						
c) Geschäfts- oder Firmenwert						
d) geleistete Anzahlungen						
12. Sachanlagen						
13. Sonstige Vermögensgegenstände						
14. Rechnungsabgrenzungsposten						
Summe der Passiva						
a) Bilanzgewinn						
b) Bilanzrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Eigenkapital						
a) Gezeichnetes Kapital						
b) Kapitalrücklage						
c) Ergebnisrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen						
b) Steuerrückstellungen						
c) andere Rückstellungen						
8. (gestrichen)						
9. Nachrangige Verbindlichkeiten						
10. Genussschuldkapital						
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig						
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken						
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB						
12. Eigenkapital						
a) Gezeichnetes Kapital						
b) Kapitalrücklage						
c) Ergebnisrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
1. Eventualverbindlichkeiten						
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen						
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten						
2. Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
Summe der Passiva						
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen						
b) Steuerrückstellungen						
c) andere Rückstellungen						
8. (gestrichen)						
9. Nachrangige Verbindlichkeiten						
10. Genussschuldkapital						
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig						
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken						
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB						
12. Eigenkapital						
a) Gezeichnetes Kapital						
b) Kapitalrücklage						
c) Ergebnisrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
Summe der Passiva						
a) Bilanzgewinn						
b) Bilanzrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
Summe der Passiva						
a) Bilanzgewinn						
b) Bilanzrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
Summe der Passiva						
a) Bilanzgewinn						
b) Bilanzrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
Summe der Passiva						
a) Bilanzgewinn						
b) Bilanzrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						
cb) andere Ergebnisrücklagen						
d) Bilanzgewinn						
Summe der Passiva						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften						
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen						
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften						
Summe der Passiva						
a) Bilanzgewinn						
b) Bilanzrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage						

Angaben zu Text- und Bildquellen

Seite 6-7 – Jahresrückblick Inhalt

RP-online.de, 30.12.2021, https://rp-online.de/panorama/jahresueckblick/wichtige-ereignisse-2021-was-passierte-in-der-welt-uebersicht_bid-9638139#5, letzter Zugriff 17.02.2022

MDR, 31.01.2021, <https://www.mdr.de/nachrichten/jahresueckblick/jahresueckblick-januar-zweitau-sendeinundzwanzig-ereignisse-nachrichten-100.html>, letzter Zugriff 17.02.2022

Seite 14-15 – Nachhaltig anlegen

Union Investment, 05.05.2021, <https://www.blog.union-investment.de/startseite-blog/finanzwissen/nachhaltige-geldanlagen.html>, letzter Zugriff 20.04.2022

Bilder

Seite 2:

Canal Amidst Buildings In City Against Sky (Quelle: cinzia vignati/EyeEm/stock.adobe.com);
Astronomische Uhr am Rathaus von Schramberg (Quelle: SiRo/stock.adobe.com)

Seite 4-5:

Mooresee (Quelle: waechter-media.de/stock.adobe.com);
Die Donau fließt durch die Stadt Tuttlingen (Quelle: Markus Keller/stock.adobe.com)

Seite 6-7:

Flutschäden in Eifel (Quelle: Dwi/stock.adobe.com);
Logos of the biggest German political parties (Quelle: Andreas Prott/stock.adobe.com)

Seite 8-9:

Global (Quelle: BillionPhotos.com/stock.adobe.com);
Group of businessmen team touching hands together (Quelle: ty/stock.adobe.com);
Digitales Auge (Quelle: by-studio/stock.adobe.com)

Seite 12-13:

Male team engineers installing stand-alone solar photovoltaic panel system (Quelle: anatoliy_gleb/stock.adobe.com);
altbau (Quelle: photo 5000/stock.adobe.com);
Altbau mit offener Tür 1 (Quelle: peterschreiber.media/stock.adobe.com);
House and tree (Quelle: Sunny studio/stock.adobe.com);
Worker installing new wooden windows (Quelle: zlikovec/stock.adobe.com)

Seite 14-15:

Ökoinvestment (Quelle: Johannes Essmann/stock.adobe.com);
Kind umarmt lachend einen riesigen Baumstamm (Quelle: coldwaterman/stock.adobe.com);
Geld wachsen aus den Blumentöpfen raus (Quelle: cstirri/stock.adobe.com)

Rückseite:

Mountains in Blackforest in Germany (Quelle: Birgit Reitz-Hofmann/stock.adobe.com)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		26.349.350,69			28.294
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.518.108,07	28.867.458,76		3.694
darunter: in a) und b)					(385)
angefallene negative Zinsen	567.054,31		926.916,64	27.940.542,12	2.126
2. Zinsaufwendungen					
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.156.717,47				(122)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		131.750,16			128
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		1.827.132,99			103
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	1.958.883,15		0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					
5. Provisionserträge		21.135.412,95		0,00	0
6. Provisionsaufwendungen		2.192.115,60		18.943.297,35	18.339
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands				0,00	2.591
8. Sonstige betriebliche Erträge		2.598.324,96		3.923	0
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand		14.548.020,66			14.734
aa) Löhne und Gehälter					3.489
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		3.417.297,22	17.965.317,88		(590)
darunter: für Altersversorgung					9.617
b) andere Verwaltungsaufwendungen	640.217,42		9.761.859,25	27.727.177,13	
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.452.355,50		1.793	1.793
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				1.409.394,58	1.350
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.897.069,55		3.720
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00			0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00			1.072
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		1.791.316,20	1.791.316,20		0
18. [gestrichen]			0,00		0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			19.746.367,02		13.988
20. Außerordentliche Erträge		0,00			0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00			0
22. Außerordentliches Ergebnis					(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		6.037.549,88		6.345	6.345
darunter: latente Steuern					(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	0,00	128.718,92	6.166.268,80		56
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.000.000,00		5.000
25. Jahresüberschuss			3.580.098,22		2.587
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			1.273,37		875
			3.581.371,59		3.462
27. Entnahmen aus Ergebnistrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00			0
b) aus anderen Ergebnistrücklagen		0,00			0
28. Einstellungen in Ergebnistrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00			0
b) in andere Ergebnistrücklagen		0,00			0
29. Bilanzgewinn			3.581.371,59		3.462

VOBA ZEIT

AUSGABE 2022

Anlage 2

„MEINE BANK“

VOLKSBANK ROTTWEIL –

ZEITENWENDE

ZAHLEN & FAKTEN

Kurz-Geschäftsbericht 2021

JUBILÄUM

160 Jahre Volksbank Rottweil

VORSTANDSWECHSEL

Gislinde Sachsenmaier
geht in den Ruhestand

BERICHT DES AUF SICHTSRATES

Geschäftsjahr 2021



Volksbank
Rottweil

ZEITEN WENDE

Jahresbilanz zum 31.12.2021

Aktiv	EUR
Barreserve	59.212.662,54
Forderungen an Kreditinstitute	29.205.062,71
Forderungen an Kunden	615.572.214,99
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	332.573.196,45
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	88.259.986,76
Beteiligungen und Geschäftguthaben bei Genossenschaften	17.781.278,05
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59
Treuhandvermögen	1.326.536,88
Immaterielle Anlagewerte	4.194,00
Sachanlagen	5.395.400,54
Sonstige Vermögensgegenstände	5.539.984,77
Summe der Aktiva	1.154.896.082,28

Passiv	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	66.764.301,70
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	917.151.690,52
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00
Treuhandverbindlichkeiten	1.326.536,88
Sonstige Verbindlichkeiten	567.271,27
Rechnungsabgrenzungsposten	3.917,00
Rückstellungen	11.073.883,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	73.500.000,00
Eigenkapital	
- Gezeichnetes Kapital	10.297.350,00
- ErgebnISRücklagen	72.000.000,00
- Bilanzgewinn	2.211.131,91
Summe der Passiva	1.154.896.082,28
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	5.710.635,52
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	45.537.281,44

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2021 – 31.12.2021	EUR
Zinserträge	17.668.057,25
Zinsaufwendungen	673.115,81
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Geschäftguthaben bei Genossenschaften	2.586.410,94
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	8.315,39
Provisionserträge	6.763.574,29
Provisionsaufwendungen	811.316,94
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	342.939,47
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	
- Personalaufwand	7.201.378,40
- andere Verwaltungsaufwendungen	4.644.536,93
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	557.281,21
Sonstige betriebliche Aufwendungen	295.951,84
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	528.927,33
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	677.368,80
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	11.979.420,08
Steuern	3.276.516,92
Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.500.000,00
Jahresüberschuss	2.202.903,16
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	8.228,75
Einstellung in ErgebnISRücklagen	0,00
Bilanzgewinn	2.211.131,91

Der vollständige Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. werden zur Offenlegung beim Bundesanzeiger eingereicht. Sie werden außerdem in den Geschäftsräumen der Volksbank Rottweil eG zur Einsicht ausgelegt.

Registergericht: Ulm
Registernummer: 640 157

Jahresabschluss

30.06.2021

Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG
Ravensburg

Bestandteile Jahresabschluss

1. Bilanz
2. Gewinn- und Verlustrechnung
3. Anhang

1. Bilanz zum 30. Juni 2021

Aktivseite

	30.06.2021 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.094,37	1.969,87
	<u>1.094,37</u>	<u>1.969,87</u>
	1.094,37	1.969,87
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	420.791,82	511.840,96
2. Sonstige Vermögensgegenstände	20.429,70	78.313,50
	<u>441.221,52</u>	<u>590.154,46</u>
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.143.162,11	755.170,43
	<u>1.584.383,63</u>	<u>1.345.324,89</u>
	1.584.383,63	1.345.324,89
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
Summe der Aktivseite	<u>1.595.602,65</u>	<u>1.358.850,73</u>

	Passivseite	
	30.06.2021	Vorjahr
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Geschäftsguthaben		
1. der verbleibenden Mitglieder	255.761,19	248.864,90
2. der ausscheidenden Mitglieder	1.365,14	715,89
- Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile: EUR 23.717,08 (Vorjahr: EUR 23.051,15)		
	<u>257.126,33</u>	<u>249.580,79</u>
II. Kapitalrücklage		
1. Kapitalrücklage	<u>33.272,41</u>	<u>33.272,41</u>
	33.272,41	33.272,41
III. Ergebnismrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	28.451,33	28.451,33
2. Andere Ergebnismrücklagen	<u>230.071,84</u>	<u>230.071,84</u>
	258.523,17	258.523,17
IV. Bilanzgewinn/-verlust		
1. Gewinn-/Verlustvortrag	-42.792,69	-72.114,79
2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>85.485,96</u>	<u>29.322,10</u>
	<u>42.693,27</u>	<u>-42.792,69</u>
	591.615,18	498.583,68
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	<u>15.527,50</u>	<u>13.000,00</u>
	15.527,50	13.000,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	939.898,74	814.803,43
2. Sonstige Verbindlichkeiten	48.561,23	32.463,62
- aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 142,14)		
	<u>988.459,97</u>	<u>847.267,05</u>
Summe der Passivseite	<u><u>1.595.602,65</u></u>	<u><u>1.358.850,73</u></u>

**2. Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021**

	2020/21 EUR	Rumpf- geschäftsjahr Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	724.213,38	158.735,04
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>542,52</u>	<u>1.080,40</u>
3. Gesamtleistung	<u>724.755,90</u>	<u>159.815,44</u>
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	<u>-308.620,33</u>	<u>0,00</u>
	<u>-308.620,33</u>	<u>0,00</u>
5. Rohergebnis	<u>416.135,57</u>	<u>159.815,44</u>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-19.912,62	-636,48
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - : EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	<u>-5.263,20</u>	<u>-123,40</u>
	<u>-25.175,82</u>	<u>-759,88</u>
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-875,50</u>	<u>-1.055,63</u>
	<u>-875,50</u>	<u>-1.055,63</u>
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-304.625,49</u>	<u>-128.677,83</u>
9. Zwischensumme	<u>85.458,76</u>	<u>29.322,10</u>
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27,20	0,00
Finanzergebnis	<u>27,20</u>	<u>0,00</u>
11. Ergebnis nach Steuern	<u>85.485,96</u>	<u>29.322,10</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>85.485,96</u>	<u>29.322,10</u>
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	<u>-42.792,69</u>	<u>-72.114,79</u>
14. Bilanzgewinn/-verlust	<u>42.693,27</u>	<u>-42.792,69</u>

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG hat ihren Sitz in 88212 Ravensburg und ist eingetragen in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Ulm. (Reg. Nr. 640 157)

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aufgestellt.

Die Genossenschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft gemäß § 267 a Abs. 1 HGB auf.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend den Bestimmungen des HGB gem. §§ 266 Abs. 2 und 3 HGB gegliedert. Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB erstellt. Leerposten wurden gemäß § 265 Abs. 8 HGB nicht angegeben.

In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

Die Genossenschaft hat im vorhergehenden Geschäftsjahr ihr Wirtschaftsjahr nunmehr beginnend zum 01.07 bis endend zum 30.06. des Folgejahres geändert. Der vorherige Jahresabschluss zum 30.06.2020 umfasste daher nur ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01.10.2019 bis 30.06.2020. Der laufende Jahresabschluss zum 30.06.2021 umfasst wieder ein vollständiges Wirtschaftsjahr.

Die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung angegebenen Vorjahresbeträge sind mit den entsprechenden Posten des Berichtsjahres, aufgrund des im Vorjahr im Vergleich zum Berichtsjahr verkürzten Zeitraums des Rumpfgeschäftsjahres, nicht vergleichbar.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis

(vermindert um Vorsteuer) von 800 EUR (410 EUR bis 31.12.2017) sind im Geschäftsjahr voll abgeschrieben und als Abgang behandelt worden.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bewertet.

Die flüssigen Mittel wurden in allen Fällen mit dem Nennwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben. Sie wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurde nicht abgewichen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

	im Geschäftsjahr									
	Zugänge EUR	Zuschreibungen EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zshg. mit Abgängen EUR	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt) EUR	Buchwert Geschäftsjahr EUR	Buchwert Vorjahr EUR
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zu Beginn des Ge- schäftsjahres EUR	2.626,50	0,00	0,00	0,00	656,63	875,50	0,00	1.532,13	1.094,37	1.969,87
	2.626,50	0,00	0,00	0,00	656,63	875,50	0,00	1.532,13	1.094,37	1.969,87
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.626,50	0,00	0,00	0,00	656,63	875,50	0,00	1.532,13	1.094,37	1.969,87
	2.626,50	0,00	0,00	0,00	656,63	875,50	0,00	1.532,13	1.094,37	1.969,87

A. ANLAGEVERMÖGEN

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Sachanlagen

Finanzanlagen

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. BILANZ

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögengegenständen mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr bestehen nicht.

Die Ergebnismrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage		Andere Ergebnismrücklagen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Anfangsbestand	<u>28.451,33</u>	<u>28.451,33</u>	<u>230.071,84</u>	<u>230.071,84</u>
Endbestand	<u>28.451,33</u>	<u>28.451,33</u>	<u>230.071,84</u>	<u>230.071,84</u>

In den sonstigen Rückstellungen sind insbesondere enthalten:

- Sachkostenrückstellungen: 15,5 TEUR

Von den Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit :

Verbindlichkeiten	bis zu einem Jahr		von einem bis zu fünf Jahren	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
- aus Lieferungen und Leistungen	939.898,74	814.803,43	0,00	0,00
- sonstige Verbindlichkeiten	48.561,23	32.463,62	0,00	0,00

Von den Verbindlichkeiten haben insgesamt EUR 0,00 eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

In den Posten der Gewinn und Verlustrechnung sind - soweit nicht bereits erläutert - folgende periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

	<u>EUR</u>
periodenfremde Erträge	542,37

E. Sonstige Angaben

Es bestehen keine, **nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte**, deren Risiken, Vorteile und finanziellen Auswirkungen wesentlich sind.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten **Arbeitnehmer** betrug:

	<u>Vollzeit- beschäftigte</u>	<u>Teilzeit- beschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	<u>0,5</u>	<u>0,0</u>
	<u>0,5</u>	<u>0,0</u>

Außerdem wurden durchschnittlich 0,0 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

	<u>Zahl der Mitglieder</u>	<u>Anzahl der Geschäftsanteile</u>	<u>Haftsummen EUR</u>
Anfangsbestand	7.738	26.479	0,00
Zugang	803	803	0,00
Abgang	<u>27</u>	<u>134</u>	<u>0,00</u>
Endbestand	<u>8.514</u>	<u>27.148</u>	<u>0,00</u>

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr verändert um	EUR	6.896,29
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	10,25

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Mitglieder des Vorstands (Vor- und Zuname):

hauptamtliches Vorstandsmitglied:

Sebastian Hornsteini - Vorsitzender - seit 21.03.2019

neben-/ehrenamtliche Mitglieder:

Stefan Laur - gf. Vorstandsmitglied seit 26.10.2015

Simon Vallaster seit 21.03.2019

Mitglieder des Aufsichtsrats (Vor- und Zuname):

Josef Jehle - Vorsitzender-

Josef Eichenhofer - stell. Vorsitzender seit 21.03.2019

weitere Mitglieder

Marijan Gogic seit 26.10.2015

Josef Halder seit 21.03.2019

Hans -Peter Hege seit 21.03.2019

Hermann Sommerfeld seit 21.03.2019

Manfred Ehrle seit 21.03.2019

Vertretung der Genossenschaft

Am Bilanzstichtag betragen die **Forderungen** an:

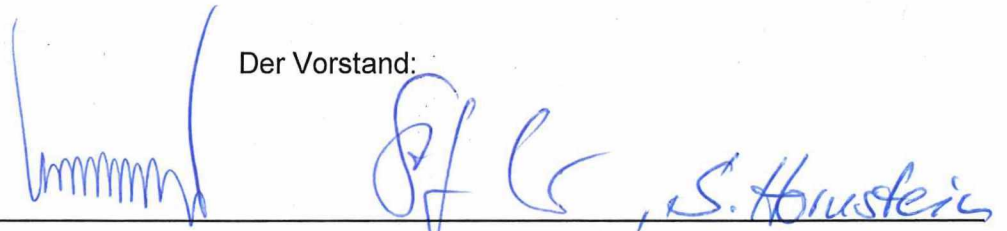
Mitglieder des Vorstands EUR 0,00

Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 0,00

Ravensburg, 28. Oktober 2021

Holzverwertungsgenossenschaft
Oberschwaben eG, Ravensburg

Der Vorstand:

Two handwritten signatures in blue ink are present. The first signature on the left is a dense, scribbled signature. The second signature on the right is more legible and appears to read 'S. Horstlein'.

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der General-/Vertreterversammlung am festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

LOCALgenie eG

Gründung:

15. Juni 2020

Eintragung:

in das Handelsregister Amtsgericht Stuttgart unter der Nummer HRB 720171

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Handel mit Waren und Dienstleistungen, der Betrieb einer e-Commerce-Plattform, Standortmarketing und lokale, unternehmensnahe Berichterstattung.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist mit **250 Euro** beteiligt, dies entspricht 10 Genossenschaftsanteilen.

Organe des Unternehmens:

a) Vorstand:

Herr Frank Bühler
Herr Gerd Ulrich Flaig
Frau Helga Schon
Frau Anja Wegenast-Bühler
Herr Vadim Maier

b) Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens sieben Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden.

c) Generalversammlung:

Die Generalversammlung besteht aus den Mitgliedern der Genossenschaft bzw. deren gesetzlichen Vertretern.

Beteiligungen des Unternehmens:

Keine

C) Mittelbare Beteiligungen über den Eigenbetrieb Wasserwerk Oberndorf a. N.

1. badenova AG & Co. KG

Gründung:

23. August 2001

Eintragung:

am 23. August 2001 in das Handelsregister Abt. A des Amtsgerichts Freiburg im Breisgau unter der Nummer HRA 4777

Gegenstand des Unternehmens:

Versorgung von Weiterverteilern und Endverbrauchern mit Erdgas, Strom, Wasser und Wärme unter Beachtung der Grundsätze von Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung sowie Klima- und Wasserschutz, das Erbringen von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie Dienstleistungen der Datenverarbeitung und Informationstechnologie wie auch der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der Netze.

Beteiligungsverhältnisse:

Die Stadt Oberndorf a. N. ist über den Eigenbetrieb Wasserwerk Oberndorf a. N. als Kommanditistin beteiligt.

Mit Auflösung der stillen Beteiligung (1 Mio. Euro) und der entsprechenden Aufstockung des Stammkapitals beträgt der Anteil der Stadt Oberndorf a. N. im Jahr 2021 **96.291 Euro** bei einem Stammkapital von **61.067.220 Euro**. Dies entspricht einem Anteil von **0,158%**.

Insgesamt sind beteiligt:

Thüga AG, München
Stadtwerke Freiburg GmbH
Offenburger Gasversorgung-Holding GmbH
Stadt Lörrach
Stadt Breisach am Rhein
Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH
Stadt Lahr
Stadt Wehr
Weitere Kommunen und Zweckverbände

Komplementärin:

Persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage, ohne Kapitalanteil und ohne Stimmrecht ist die badenova-Verwaltungs-AG. Alleinige Aktionärin der badenova- Verwaltungs-AG ist die Gesellschaft selbst. Die Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft obliegt der Komplementärin badenova Verwaltungs-AG.

Organe des Unternehmens:

a) Vorstand:

Dipl.-Kfm. Dr. Thorsten Radensleben (Vorsitzender)
Dipl.-Ing. Mathias Nikolay
Dipl.-Kfm. Hans-Martin Hellebrand
Dipl.-Ing. Heinz-Werner Hölscher

b) Aufsichtsrat:

Mitglieder siehe Anlage

c) Gesellschafterversammlung:

Mitglieder siehe Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungen des Unternehmens:

siehe Anlage

Oberndorf a. N., 03.09.2024

Rainer Weber

Stadtkämmerei

Ronja Blossl

Dilek Akdeniz

Erste Beigeordnete

KONZERNBILANZ DER badenova AG & Co. KG

ZUM 31. DEZEMBER 2021

AKTIVA IN EUR	31.12.2021	31.12.2020
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.359.898,75	5.162.052,94
	4.359.898,75	5.162.052,94
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	61.553.633,43	61.471.072,55
2. technische Anlagen und Maschinen	410.056.984,40	389.277.116,85
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.407.097,69	13.134.019,23
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.741.342,07	21.355.318,36
	513.759.057,59	485.237.526,99
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	15.355.007,32	16.430.013,49
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	800.016,12	400.016,12
3. Anteile an assoziierten Unternehmen	2.731.498,94	40.000,00
4. Beteiligungen	163.557.693,34	158.819.432,31
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.611.159,06	2.898.679,31
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	12.800,00	12.800,00
7. sonstige Ausleihungen	404.590,15	60.565,04
8. geleistete Anzahlungen auf Finanzanlagen	0,00	1.120.000,00
	190.472.764,93	179.781.506,27
	708.591.721,27	670.181.086,20
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	34.523.884,70	11.516.231,42
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	7.223.762,30	5.789.925,44
3. fertige Erzeugnisse und Waren	752.531,49	284.640,79
	42.500.178,49	17.590.797,65
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	390.093.917,62	341.602.271,94
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	242.551.101,27	229.929.427,77
	147.542.816,35	111.672.844,17
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.030.712,14	7.044.790,79
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.300.493,62	2.767.142,18
4. Forderungen gegen Gesellschafter	1.851.531,01	2.755.366,55
5. sonstige Vermögensgegenstände	43.248.948,20	32.961.945,88
	198.974.501,32	157.202.089,57
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	13.385.039,89	1.908.985,81
	254.859.719,70	176.701.873,03
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.846.428,06	1.852.507,78
>	965.297.869,03	848.735.467,01

PASSIVA IN EUR	31.12.2021	31.12.2020
A. EIGENKAPITAL		
I. Kapitalanteile		
Kommanditisten	61.067.220,00	58.665.970,00
II. Rücklagen		
1. gesellschaftsvertragliche Rücklagen (Innovationsfonds)	3.420.611,99	3.480.990,51
2. übrige Rücklagen	155.501.831,10	115.500.256,60
III. Konzernbilanzgewinn	53.661.533,06	52.022.568,59
IV. nicht beherrschende Anteile	3.363.701,05	2.648.593,38
	277.014.897,20	232.318.379,08
B. AUSGLEICHSPOSTEN FÜR AKTIVIERTE EIGENE ANTEILE	50.000,00	50.000,00
C. ZUSCHÜSSE		
1. Kapitalzuschüsse	47.335.952,72	46.088.930,80
2. Ertragszuschüsse	13.981.142,49	15.945.019,65
	61.317.095,21	62.033.950,45
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	48.374.947,64	47.076.479,64
2. Steuerrückstellungen	4.904.056,65	1.512.795,23
3. sonstige Rückstellungen	130.013.597,74	82.278.139,61
	183.292.602,03	130.867.414,48
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	308.230.825,77	290.682.954,49
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	13.983,52	173.200,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.475.064,79	68.989.824,16
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	20.516.071,50	17.235.499,19
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.096,25	335.539,84
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	217.340,81	8.966.503,98
7. sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 22.645.052,85 EUR (Vorjahr: 17.700.803,09 EUR)	43.507.517,68	36.314.171,82
	443.020.900,32	422.697.693,48
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	602.374,27	768.029,52
	965.297.869,03	848.735.467,01

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER badenova AG & Co. KG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2021

IN EUR	2021	2020
1. Umsatzerlöse	1.144.530.075,47	1.095.406.152,46
abzüglich abzuführende Stromsteuer/Erdgassteuer	-83.000.127,57	-82.678.896,30
Netto-Umsatzerlöse	1.061.529.947,90	1.012.727.256,16
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen und Erzeugnissen	1.295.613,36	1.957.471,46
3. andere aktivierte Eigenleistungen	18.594.773,07	18.267.251,08
4. sonstige betriebliche Erträge	21.953.847,62	14.241.022,23
	1.103.374.181,95	1.047.193.000,93
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-549.574.235,32	-513.771.940,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-235.605.155,92	-237.677.853,99
	-785.179.391,24	-751.449.794,94
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-94.222.370,09	-84.023.194,81
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: -4.811.410,15 EUR (Vorjahr: -7.725.090,91 EUR)	-22.393.103,42	-23.813.732,49
	-116.615.473,51	-107.836.927,30
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-59.810.776,65	-52.860.563,20
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-83.681.766,00	-80.120.737,38
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 1.472.949,97 EUR (Vorjahr: 1.262.837,22 EUR)	16.212.973,14	17.292.518,78
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.676,32	2.922,24
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 27.357,56 EUR (Vorjahr: 26.145,69 EUR)	250.349,60	1.584.712,76
12. Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-205.229,80	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwendungen aus der Aufzinsung: -4.727.794,88 EUR (Vorjahr: -4.668.672,53 EUR)	-7.771.501,37	-10.948.639,30
	8.494.267,89	7.931.514,48
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.469.231,81	-9.679.209,06
15. Ergebnis nach Steuern	57.111.810,63	53.177.283,53
16. sonstige Steuern	-311.801,67	884.066,44
17. Konzernjahresüberschuss	56.800.008,96	54.061.349,97
18. Einstellung in die Rücklage	-1.063.824,50	-883.551,58
19. Entnahme aus dem Innovationsfonds	1.682.378,52	1.390.854,17
20. Einstellung in den Innovationsfonds	-1.622.000,00	-1.566.000,00
21. Einstellung Klimakonto	-460.000,00	0,00
22. nicht beherrschende Anteile	-1.675.029,92	-980.083,97
23. Konzernbilanzgewinn	53.661.533,06	52.022.568,59

BADENOVA AG & CO. KG

KONZERNANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021

ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Der Konzernabschluss der badenova AG & Co. KG (nachfolgend: badenova) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Regelungen des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Sitz des Mutterunternehmens ist Freiburg im Breisgau. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRA 4777 im Register des Amtsgerichts Freiburg im Breisgau eingetragen.

Soweit die Berichtspflichten wahlweise in der Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang erfüllt werden können, wurden die Angaben weitgehend in den Konzernanhang aufgenommen. Für die Gliederung der Konzerngewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Stichtag der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist der 31. Dezember 2021, der damit dem Abschlussstichtag des Mutterunternehmens entspricht.

Die Konzernkapitalflussrechnung entspricht dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 21 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee und dient der Darstellung der Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft des Konzerns.

72

73

KONSOLIDIERUNGSKREIS

Der Konsolidierungskreis des badenova Konzerns umfasst die in der Anlage 2 zum Konzernanhang aufgeführten Gesellschaften.

Die badenCampus GmbH & Co. KG, badenCampus Verwaltungs-GmbH, badenova KONZEPT Verwaltungs-GmbH, badenova Verwaltungs-AG, badenova WÄRMEPLUS Verwaltungs GmbH, badenova WIND GmbH, ee-invest vier GmbH & Co. KG, E-MAKS Verwaltungs-GmbH, Energiegesellschaft Mühlheim Verwaltungs-GmbH, EVU-Service 24 GmbH, Kunzweiler GmbH Hoch- und Tiefbau, FreiNet Gesellschaft für Informationsdienste mbH, Infrastruktur-Trägergesellschaft mbH & Co. KG, Infrastruktur-Verwaltungsgesellschaft mbH, regioDATA Gesellschaft für raumbezogene Informationssysteme mbH, sparstrom Energievertriebs GmbH, TREA Breisgau Energieverwertung GmbH, Wärme Süd-West GmbH, Wärmegesellschaft Kehl GmbH & Co. KG, Wärmegesellschaft Kehl Verwaltungs-GmbH, Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG, Windpark Kallenwald GmbH & Co. KG wurden auch 021 wegen geringem Geschäftsumfang gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Dies wird anhand folgender Kriterien regelmäßig überprüft: Bilanzsumme, Anlagevermögen sowie Umsatzerlöse der nicht konsolidierten Gesellschaften jeweils im Verhältnis zum konsolidierten Konzernwert. Übersteigen diese nicht die festgelegten Schwellenwerte, wird von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen. Die badenova Projektgesellschaft 1 GmbH sowie die encore GmbH wurden gemäß § 296 Abs. 3 HGB aufgrund der Teilweiterveräußerungsabsicht nicht als vollkonsolidierte Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen und somit nach der Equity-Methode bewertet.

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Kapitalkonsolidierung wurde nach der Buchwertmethode (§ 301 Abs. 1 Nr. 1 HGB a.F.) auf Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss vorgenommen.

Assoziierte Unternehmen sind gemäß § 312 HGB grundsätzlich at Equity zu bilanzieren. Handelt es sich um eine Beteiligung, die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung ist, wird auf die Bilanzierung nach der Equity-Methode unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 311 Abs. 2 HGB verzichtet. Die Anwendbarkeit der Erleichterungsvorschrift wird regelmäßig anhand festgelegter Kriterien wie zum Beispiel dem Verhältnis des anteiligen Jahresergebnisses zum Konzernergebnis überprüft. Übersteigen diese nicht die festgelegten Schwellenwerte, wird von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen. Seit dem Geschäftsjahr 2020 werden neu gegründete assoziierte Unternehmen unabhängig vom Geschäftsumfang zur Verbesserung der Aussagekraft des Konzernabschlusses at Equity berücksichtigt.

Gemäß § 303 HGB wurden bei der Schuldenkonsolidierung Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen eliminiert. Unterschiedsbeträge zwischen den zu konsolidierenden Forderungen und Verbindlichkeiten sind dabei nicht entstanden.

In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind die Aufwendungen und Erträge nach Verrechnung von konzerninternen Vorgängen gemäß § 305 HGB ausgewiesen.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Anlagevermögen

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Zugänge des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der nach § 253 Abs. 3 HGB notwendigen Abschreibungen sowie abzüglich erhaltener Investitionszuschüsse bewertet.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde. Es wird teils linear, teils degressiv abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu 250 EUR werden im Regelfall als Aufwand gebucht. Liegt der Anschaffungswert zwischen 250 EUR und 1.000 EUR, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre linear oder degressiv abgeschrieben wird. Eine abweichende Behandlung erfolgt für Gasregler, für Gas-, Wasser-, Strom- und Wärmezähler sowie für Vermögensgegenstände, deren Nutzungsdauer durch die längerfristige Vermietung an Kunden abgesichert ist. Diese werden auch bei Anschaffungskosten unter 250 EUR in einem Sammelposten aktiviert und über die Laufzeit der Eichfrist oder fünf Jahre abgeschrieben.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren anzusetzenden Wert angesetzt. Bei Wegfall der Gründe für Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Unverzinsliche Ausleihungen sind zu Barwerten, die übrigen Ausleihungen zu Nennwerten bilanziert.

Umlaufvermögen

Vorräte werden zu durchschnittlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die Bewertung der unfertigen Leistungen erfolgt analog der selbst erstellter Anlagen. Das heißt, dass die Herstellungskosten alle dem Herstellungsprozess direkt zurechenbaren Kosten sowie notwendigen Teile der produktionsbezogenen Gemeinkosten umfassen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalbeträgen bilanziert. Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Die Verbrauchsabgrenzung der zum Bilanzstichtag nicht abgelesenen Absatzmengen wurde im Berichtsjahr bei Erdgas, Strom und Wasser wie im Vorjahr mit vier Prozent Abschlag abgegrenzt.

Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden für Konzerngesellschaften des Mutterkonzerns und die badenova Verwaltungs-AG aufgerechnet ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Bilanzstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitpunkt nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Eigenkapital

Die Kapitalanteile werden zum Nennwert passiviert.

Zuschüsse

Die ausgewiesenen Zuschüsse betreffen die von Kunden erhaltenen pauschalen Baukostenzuschüsse für die Bereitstellung des Versorgungsnetzes sowie für Hausanschlüsse.

Die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Zuschüsse sind unter dem Posten „Zuschüsse“ als Ertragszuschüsse ausgewiesen und werden über eine Laufzeit von zwanzig Jahren anteilig bei den Umsatzerlösen aufgelöst.

Die ab dem 1. Januar 2003 erhaltenen Zuschüsse werden unter dem Posten „Zuschüsse“ als Kapitalzuschüsse dargestellt. Sie werden entsprechend den zugrunde liegenden Nutzungsdauern und Abschreibungssätzen der betroffenen Versorgungsleitungen bei den Umsatzerlösen aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die Auflösung zeitanteilig für ein halbes Jahr.

Die in der Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2013 in der bnNETZE GmbH erhaltenen Zuschüsse sind unter dem Posten „Zuschüsse“ als Ertragszuschüsse ausgewiesen und werden über eine Laufzeit von 20 Jahren anteilig bei den Umsatzerlösen aufgelöst.

Die ab dem 1. Januar 2014 in der bnNETZE GmbH erhaltenen Zuschüsse werden unter dem Posten „Zuschüsse“ als Kapitalzuschüsse dargestellt. Sie werden entsprechend den zugrunde liegenden Nutzungsdauern und Abschreibungssätzen der betroffenen Versorgungsleitungen bei den Umsatz-

erlösen aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die Auflösung zeitanteilig für ein halbes Jahr.

Die ausgewiesenen Zuschüsse aus Pachtverträgen werden unter dem Posten „Zuschüsse“ als Kapitalzuschüsse dargestellt. Sie werden über eine Laufzeit von zwanzig Jahren anteilig bei den Umsatzerlösen aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die Auflösung zeitanteilig für ein halbes Jahr.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen werden in Anlehnung an internationale Standards nach der Projected Unit Credit Methode (PUC-Methode) unter Verwendung der Heubeck Richttafel 2018 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der Zinssatz von 1,87 Prozent gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung verwendet. Hierfür wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2021 festgestellt. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 Prozent und der jährliche Anstieg der Pensionen mit 1 bis 2,25 Prozent berücksichtigt.

Für die Bewertung der Rückstellung Altersteilzeit wurde gem. der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Zinssatz zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 1,35 Prozent verwendet. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 Prozent berücksichtigt.

Die Jubiläumsrückstellungen wurden in Anlehnung an internationale Standards nach der Projected Unit Credit Methode (PUC-Methode) unter Verwendung der Heubeck Richttafeln 2018 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der Zinssatz von 1,35 Prozent gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung verwendet (RückAbzinsV). Hierfür wurde der Zinssatz zum 31. Dezember festgestellt. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 Prozent berücksichtigt. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten angesetzt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften.

Bis auf die Pensionsrückstellungen sind alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitpunkt nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den verschiedenen Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in den späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert.

ERLÄUTERUNGEN ZU BILANZPOSTEN

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt (Seite 86 Konzernanhang).

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen (Anteilsbesitz) – das heißt, die Unternehmen, von denen die Gesellschaft direkt oder indirekt mindestens 20 Prozent der Anteile besitzt – sind auf Seite 88 zum Konzernanhang zu entnehmen.

Bei den von der badenova an ihrer Komplementärgesellschaft badenova Verwaltungs-AG gehaltenen Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 50 Tsd. EUR handelt es sich um eigene Anteile. In Höhe des Betrages wurde nach § 264c Abs. 4 HGB ein Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile gebildet.

UMLAUFVERMÖGEN

Vorräte

Unter den Vorräten sind im Wesentlichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Gasvorrat eines Gasspeichers, der Bestand aus Emissionszertifikaten sowie abgegrenzte unfertige Leistungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

76
77

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten mit 268.348 Tsd. EUR (Vorjahr: 242.571 Tsd. EUR) die Verbrauchsabgrenzung des Berichtsjahres.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen belaufen sich auf 5.031 Tsd. EUR (Vorjahr: 7.045 Tsd. EUR). Darin sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4.614 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.678 Tsd. EUR) enthalten.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, belaufen sich auf 1.300 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.767 Tsd. EUR). Darin sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 951 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.924 Tsd. EUR) enthalten.

Bei den Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 1.852 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.755 Tsd. EUR) handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus weitergereichten Steuererstattungsansprüchen an die Gesellschafter. Es sind des Weiteren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 418 Tsd. EUR enthalten (Vorjahr: 946 Tsd. EUR).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt, Gewerbesteuerforderungen, Forderungen im Rahmen von Anteilskäufen und Anteilsverkäufen, Forderungen im Zusammenhang mit der EEG-Umlage, Forderungen im Zusammenhang mit den Emissionszertifikaten und Forderungen gegenüber debitorischen Kreditoren.

Die gesamten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr (Vorjahr: 25 Tsd. EUR mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr).

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind unter anderem Ausgaben vor dem Bilanzstichtag für Bonuszahlungen, Wartungsverträge und IT-Anwendungsbetrieb enthalten.

Gesellschaftsvertragliche Rücklage (Innovationsfonds)

Laut Gesellschaftsvertrag ist eine Zielsetzung des Mutterunternehmens, ökologisch innovative Projekte zum Wasserschutz und zur Energieeinsparung sowie regenerativen Energieerzeugung zu entwickeln und zu fördern, die aus sich heraus die Wirtschaftlichkeit nicht erreichen. Es ist hierfür ein Betrag, der sich mit drei Prozent des Jahresüberschusses der badenova AG & Co. KG errechnet, dem Innovationsfonds zuzuweisen. In den Geschäftsjahren 2001 bis 2021 wurden 35.503 Tsd. EUR in den Innovationsfonds eingestellt und 32.082 Tsd. EUR zweckgebundenen Projekten zugeführt.

Rückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen sind durch Rückstellungen voll gedeckt.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Jahren und dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Jahren beträgt 4.165 Tsd. EUR. Die Steuerrückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Gewerbesteuer. Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Altersteilzeit, rückständigen Urlaub, Lohn- und Gehaltszulagen, Gleitzeit- und Stundenguthaben, Jubiläumszuwendungen, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Abschlusskosten, Altlasten, Auswirkungen aus dem EnWG, ausstehende Rechnungen und ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. Allen übrigen erkennbaren Risiken wurde in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gehen aus dem Verbindlichkeitspiegel (Seite 90 im Konzernanhang) hervor.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 20.516 Tsd. EUR (Vorjahr: 17.235 Tsd. EUR) handelt es sich hauptsächlich um Verbindlichkeiten aus dem laufenden Verrechnungsverkehr. Es sind des Weiteren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.413 Tsd. EUR enthalten (Vorjahr: 1.443 Tsd. EUR).

Die Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, belaufen sich auf 60 Tsd. EUR (Vorjahr: 336 Tsd. EUR). Wie auch im Vorjahr handelt es sich hierbei im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 217 Tsd. EUR (Vorjahr: 8.967 Tsd. EUR) betreffen in gleicher Höhe (Vorjahr: 324 Tsd. EUR) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten werden überwiegend Steuern, kreditorische Debitoren und erhaltene Anzahlungen ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern der Konzerngesellschaften entstehen aus Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge. Für die Ermittlung der latenten Steuern sind die für die Konzerngesellschaften gültigen Regelungen des Steuerrechts maßgebend.

Die Differenzen resultieren im Wesentlichen aus:

- abweichenden Abschreibungen (Firmenwert, Technische Anlagen und Maschinen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Beteiligungen)
- abweichenden Ansätzen bei den Vorräten und den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

- › abweichenden Wertansätzen bei den Rückstellungen (Pensionsrückstellung, Rückstellung für ausstehende Rechnungen, Altersteilzeit-Rückstellungen, Drohverlustrückstellungen, Rückstellungen für Altlasten, sonstige Rückstellungen, sonstige personalbezogene Rückstellungen)

Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein unternehmensindividueller effektiver Steuersatz von 14,29 Prozent zugrunde.

Es wird von dem Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Die Überleitungsrechnung nach DRS 18 ist wie folgt dargestellt:

› **ÜBERLEITUNGSRECHNUNG NACH DRS 18** in Tsd. Euro

	2021 Konzern	2020 Konzern
> Ergebnis vor Ertragsteuern (Handelsbilanz)	66.269	63.741
rechnerischer Ertragsteuerertrag/-aufwand (15,56%/14,98%)	10.308	9.545
Überleitung:		
> Steueranteil für		
a) steuerfreie Erträge	-231	-278
b) steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen	141	27
c) temporäre Differenzen und Verluste, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	85	603
d) gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	-777	-90
sonstige Steuereffekte (GewSt Vj./KSt/SolZ)	-57	-128
> ausgewiesener Ertragsteueraufwand	9.469	9.679
› Effektiver (Konzern-) Steuersatz (%)	14,29 %	15,19 %

78
79

Derivative Finanzinstrumente

› DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Art/Kategorie	Nominalbetrag	beizulegender Zeitwert
> zinsbezogene Geschäfte	8.093	-481

Bei den zinsbezogenen Geschäften handelt es sich ausschließlich um Zinsswaps.

Der beizulegende Zeitwert der zinsbezogenen Geschäfte entspricht dem Marktwert der Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag, der nach marktüblichen Bewertungsmethoden ermittelt wurde. Die Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2021 sind ausschließlich Kreditinstitute. Die derivativen Finanzinstrumente wurden in die folgenden Bewertungseinheiten einbezogen.

Bewertungseinheiten

› BEWERTUNGSEINHEITEN in Tsd. Euro

Gesellschaft	Grundgeschäft/ Sicherungsinstrumente	Risiko/Art der Bewertungseinheit	einbezogener Betrag	Höhe des ab- gesicherten Risikos
> badenovaWÄRMEPLUS GmbH & Co. KG	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	7.690	7.690
> Freiburger Wärmeversorgungs-GmbH	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	149	149
> badenIT GmbH	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten/Zinsderivat	Zinsrisiko/ micro hedge	254	254

Die gegenläufigen Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft gleichen sich im Sicherungszeitraum aus, weil der Basiszinssatz der zu leistenden Zinszahlungen aus dem Grundgeschäft mit dem Basiszinssatz der zu empfangenden Zinszahlungen aus dem Sicherungsinstrument übereinstimmt.

Zur Messung der Effektivität der Sicherungsbeziehung wird die „Critical-Term-Match-Methode“ verwendet.

Sofern der dem Grundgeschäft zugrundeliegende Zinssatz negativ wird, liegt keine perfekte Sicherungsbeziehung mehr vor, da sich die Zahlungsströme aufgrund einer im Darlehensvertrag enthaltenen Untergrenze in diesem Fall nicht vollständig ausgleichen. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wurde ermittelt und nicht in die Bewertungseinheit miteinbezogen. Eine entsprechende Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurde für den ineffektiven Teil der Absicherung passiviert.

ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

UMSATZERLÖSE

Die erzielten Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

> UMSATZERLÖSE in Euro	2021	2020
> Stromversorgung	627.314.916,98	631.893.659,03
abzüglich abzuführende Stromsteuer	45.422.954,47	48.071.520,36
	581.891.962,51	583.822.138,67
> Erdgasversorgung	387.173.480,32	341.886.304,30
abzüglich abzuführende Erdgassteuer	37.577.173,10	34.607.375,94
	349.596.307,22	307.278.928,36
> Wasserversorgung	37.206.921,35	38.563.783,52
> Wärmeversorgung	25.155.636,39	24.032.069,15
> Biomasse	1.447.447,04	2.159.710,62
> Nebengeschäft	59.773.367,76	50.247.974,25
> Auflösung Kapital- und Ertragszuschüsse	6.458.305,63	6.622.651,59
> Gesamt	1.061.529.947,90	1.012.727.256,16

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

> SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE in Euro	2021	2020
> Erträge aus Anlageabgängen	7.465.593,73	207.125,85
> Erträge aus der Zuschreibung des Finanzanlagevermögens	0,00	1.047.000,00
> Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	6.148.049,46	4.809.927,15
> Erträge Inanspruchnahme Drohverlustrückstellungen	3.271.856,71	3.260.217,32
> Einnahmen Schadensfälle/Mahngebühren	1.284.429,40	1.771.941,05
> sonstige betriebliche Erträge	3.783.918,32	3.144.810,86
> Gesamt	21.953.847,62	14.241.022,23

MATERIALAUFWAND

Der Materialaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

> MATERIALAUFWAND in Euro	2021	2020
> Strombezug	331.473.284,45	348.728.001,62
> Netznutzung Strom	103.760.167,45	110.496.794,99
> Erdgasbezug	173.835.609,39	125.623.298,01
> Netznutzung Erdgas	27.047.130,33	25.925.824,97
> Wasserbezug	2.883.605,23	2.846.306,55
> Wärmebezug	18.284.350,88	16.294.672,52
> Bezug Biomasse	4.707.897,72	4.076.468,74
> übrige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.403.580,15	16.203.193,51
> Aufwendungen für bezogene Leistungen	104.783.765,64	101.255.234,03
> Gesamt	785.179.391,24	751.449.794,94

PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

> PERSONALAUFWAND in Euro	2021	2020
> Löhne und Gehälter	94.222.370,09	84.023.194,81
> soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	22.393.103,42	23.813.732,49
> Gesamt	116.615.473,51	107.836.927,30

80
81**SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

> SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN in Euro	2021	2020
> Mieten, Pachten, Leasing, Erbbauzinsen	3.092.820,90	2.901.863,88
> Fremdreparaturen und Instandhaltungen für Verwaltung	3.035.214,47	3.151.118,83
> Konzessionsabgabe	18.389.443,28	18.099.552,25
> Versicherungen, Beiträge, Gebühren und Abgaben	6.509.291,89	5.189.631,83
> Prüfungs-, Rechts-, Beratungskosten und Gutachten	6.118.998,15	4.829.856,63
> Telefongebühren und Porto	241.040,21	394.985,55
> Büromaterial, Zeitschriften und Bücher	514.643,47	434.511,54
> EDV-Kosten	7.759.869,38	7.963.712,08
> Kosten der Organe der Gesellschaft	300.601,00	304.288,34
> Werbe- und Marketingkosten einschließlich Provisionen	17.460.089,65	12.766.521,67
> Verluste aus Anlagenabgängen	1.136.389,12	624.721,70
> Abschreibungen/Wertberichtigung auf Forderungen	4.017.842,03	4.269.728,80
> Kostenerstattung badenova Verwaltungs-AG	6.065.759,32	3.588.917,27
> Zuführung Drohverlustrückstellung/sonstige Rückstellung	3.334.992,69	3.223.339,57
> andere sonstige Aufwendungen	5.704.770,44	12.377.987,44
> Gesamt	83.681.766,00	80.120.737,38

ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

> ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN in Euro	2021	2020
> Dauerschuldzinsen	2.641.713,16	2.749.445,49
> Zinsen aus der Diskontierung von Rückstellungen	4.727.794,88	4.668.672,53
> sonstige zinsähnliche Aufwendungen	401.993,33	3.530.521,28
> Gesamt	7.771.501,37	10.948.639,30

PERIODENFREMDES ERGEBNIS

In der Gewinn- und Verlustrechnung ist ein Mehrertrag aus aperiodischen Aufwendungen und Erträgen in Höhe von 21.413 Tsd. EUR (Vorjahr: 17.998 Tsd. EUR) enthalten. Dieser Mehrertrag beinhaltet im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, verminderte Bezugsaufwendungen und Erlöse für Vorjahre.

Der Abschlag von vier Prozent auf die Verbrauchsabgrenzung des Geschäftsjahres ist in der Summe der aperiodischen Erträge nicht als Abzugsbetrag enthalten, jedoch erhöht der Abschlag des Vorjahres diesen Betrag. Für eine korrekte Interpretation ist der Betrag des Jahres 2021 in Abzug zu bringen. Dieser beträgt 8.502 Tsd. EUR für die badenova, 581 Tsd. EUR für die bnNETZE sowie 443 Tsd. EUR für die ESDG.

SONSTIGE ANGABEN**HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS**

Das im Geschäftsjahr angefallene Honorar des Abschlussprüfers beträgt 249 Tsd. EUR. Dies setzt sich wie folgt zusammen:

> HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS in Tsd. Euro	2021
> Abschlussprüfungsleistungen	177
> andere Bestätigungsleistungen	72
> Gesamt	249

PERSÖNLICH HAFTENDE GESELLSCHAFTERIN

Persönlich haftende Gesellschafterin des Mutterunternehmens badenova AG & Co. KG ist die badenova Verwaltungs-AG, Freiburg im Breisgau, deren gezeichnetes Kapital 50 Tsd. EUR beträgt.

MITARBEITER/-INNEN

Im Geschäftsjahr waren im Konzern durchschnittlich 1.438 (Vorjahr: 1.372) Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Zusätzlich waren 69 (Vorjahr: 74) Auszubildende tätig. In der Zahl der Mitarbeiter/-innen sind 8 leitende Angestellte enthalten.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen betragen insgesamt 34.837 Tsd. EUR, davon 1.004 Tsd. EUR gegenüber Gesellschaftern der badenova. Das Bestellobligo für Investitionen beläuft sich auf 27.096 Tsd. EUR. Außerdem bestehen Verpflichtungen aus Erbbauverträgen und Pachten über die Restlaufzeit in Höhe von 44.191 Tsd. EUR, davon 18.088 Tsd. EUR gegenüber Gesellschaftern der badenova. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen in Höhe von 5.354 Tsd. EUR.

Zum Bilanzstichtag bestehen finanzielle Verpflichtungen aus schwebenden Strombezugsverträgen in Höhe von 330.692 Tsd. EUR, aus Erdgasbezugsverträgen in Höhe von 371.734 Tsd. EUR, aus Biomethanbezugsverträgen in Höhe von 7.155 Tsd. EUR sowie aus Bio- und Rohgasbezugsverträgen in Höhe von 9.176 Tsd. EUR.

Den schwebenden Bezugsverträgen stehen Absatzgeschäfte in Höhe von 114.463 Tsd. EUR gegenüber.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Gegenüber den Gemeinden Lauchringen und Wutöschingen bestehen seitens der bnNETZE GmbH Rückbürgschaftsverpflichtungen für die Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG in Höhe von jeweils 602 Tsd. EUR. Der zum 31. Dezember 2021 offene Saldo hieraus beträgt 201 Tsd. EUR.

Bei der badenova Beteiligungs-GmbH existieren außerdem Bürgschaftsverpflichtungen für die EPV 1 S.A.R.L. in Höhe von 426 Tsd. EUR zu Gunsten der französischen Bank LCL (Le Crédit Lyonnais).

82

83

Die Freiburger Wärmeversorgungs GmbH ist Bürgschaftsverpflichtungen gegenüber der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau für das verbundene Unternehmen TREA Breisgau Energieverwertung GmbH in Höhe von 549 Tsd. EUR eingegangen.

Des Weiteren bestehen seitens der badenova AG & Co. KG gegenüber der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau eine Rückbürgschaftsverpflichtung für die Tochtergesellschaft E-MAKS GmbH & Co. KG in Höhe von 5.200 Tsd. EUR sowie gegenüber der Stadt Kehl eine Rückbürgschaftsverpflichtung für die Wärmegesellschaft Kehl GmbH & Co. KG in Höhe von 1.260 Tsd. EUR.

Aufgrund der Ertragssituation der einzelnen Gesellschaften ist nicht mit einer Inanspruchnahme der badenova AG & Co. KG, der bnNETZE GmbH und der Freiburger Wärmeversorgungs GmbH zu rechnen.

KONZERNVERHÄLTNISSE

Die badenova AG & Co. KG, Freiburg im Breisgau, erstellt als Muttergesellschaft den Konzernabschluss.

BEZÜGE DES AUFSICHTSRATS UND DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Bezüge des Vorstands der badenova Verwaltungs-AG betragen 1.321 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.326 Tsd. EUR). Die Bezüge der ehemaligen Mitglieder des Geschäftsführungsorgans der badenova Verwaltungs-AG betragen 764 Tsd. EUR (Vorjahr: 354 Tsd. EUR), die der ehemaligen Vorstände und Geschäftsführer der badenova AG & Co. KG und deren Vorgängerunternehmen 150 Tsd. EUR (Vorjahr: 147 Tsd. EUR).

Die Pensionsverpflichtungen für die ehemaligen Mitglieder des Geschäftsführungsorgans wurden mit 5.734 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.414 Tsd. EUR) zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat erhielt an Vergütungen und Sitzungsgeldern 118 Tsd. EUR (Vorjahr: 123 Tsd. EUR).

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Aufsichtsrat	Martin Horn Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Vorsitzender
	Dr. Christof Schulte Vorstandsmitglied der Thüga AG, München, 1. stellvertretender Vorsitzender
	Isabel Asmus Betriebsratsvorsitzende, 2. stellvertretende Vorsitzende
	Klaus Biermann Mitglied des Betriebsrates
	Andrea Bongert Mitarbeiterin der bnNetze GmbH
	Dr. Philipp Frank Oberbürgermeister der Stadt Waldshut-Tiengen
	Michael Gaißer Betriebsratsvorsitzender der E-MAKS GmbH & Co. KG
	Dietmar Herzog Mitglied des Betriebsrates
	Markus Ibert Oberbürgermeister der Stadt Lahr
	Volker Kieber Bürgermeister der Stadt Bad Krozingen
	Jörg Lutz Oberbürgermeister der Stadt Lörrach
	Michael Moos Stadtrat der Stadt Freiburg
	Klaus Muttach Oberbürgermeister der Stadt Achern
	Oliver Rein Bürgermeister der Stadt Breisach
	Sophie Schwer Stadträtin der Stadt Freiburg
	Julia Söhne Stadträtin der Stadt Freiburg
	Marco Steffens Oberbürgermeister der Stadt Offenburg
	Michael Thater Bürgermeister der Stadt Wehr
	Daniela Ullrich Mitglied des Betriebsrates
	Claudia Wagner Mitarbeiterin der badenova AG & Co. KG
Ralf Winter Prokurist der Thüga AG	

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der Komplementärin. Der Vorstand der badenova Verwaltungs-AG setzt sich wie folgt zusammen:



NACHTRAGSBERICHT

Der Angriff der Russischen Föderation auf das Nachbarland Ukraine im Februar 2022 hat zu einer völligen Neueinschätzung der Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene geführt. Wie sich die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die in der Folge verhängten weitreichenden Sanktionen gegen die Russische Föderation auf Wirtschaft und Märkte insgesamt auswirken werden, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verlässlich beurteilen.

84

85

Wir verweisen hierzu auf die entsprechenden Ausführungen im Lagebericht im Abschnitt „4. Risikobericht“ und im Abschnitt „5. Prognosebericht“. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres, über die an dieser Stelle zu berichten wäre, haben sich nicht ereignet.

ERGEBNISVERWENDUNG

Aufgrund der möglichen wesentlichen Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Finanz- und Ertragslage der badenova AG & Co. KG schlägt der Vorstand vor, in den anstehenden Gremiensitzungen über die Verwendung des Bilanzgewinns von 53.661.533,06 EUR unter Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Freiburg im Breisgau, 22. April 2022
badenova Verwaltungs-AG
Der Vorstand



Hans-Martin Hellebrand



Heinz-Werner Hölscher

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

badenova KONZERN 2021

> IN EUR

ANSCHAFFUNGS-/HERSTELLUNGSKOSTEN

	01.01.2021	Zugänge	Abgänge	Abgänge Veränderung Konsolidierungskreis	Umbuchungen	31.12.2021
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	35.918.659,62	1.145.712,62	475.175,50	0,00	236.420,27	36.825.617,01
2. Geschäftswert	8.712.268,77	0,00	0,00	0,00	0,00	8.712.268,77
	44.630.928,39	1.145.712,62	475.175,50	0,00	236.420,27	45.537.885,78
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	144.621.773,62 ¹	2.181.246,73	89.623,04	0,00	1.258.502,61	147.971.899,92
2. technische Anlagen und Maschinen	1.681.774.026,64 ²	58.888.754,93 ⁴	11.676.477,95	0,00	13.473.824,50	1.742.460.128,12
3. andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	77.080.567,04 ³	3.861.471,41	3.212.159,84	0,00	242.003,94	77.971.882,55
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21.355.318,36 ⁴	23.596.775,03	0,00		-15.210.751,32	29.741.342,07
	1.924.831.685,66	88.528.248,10	14.978.260,83	0,00	-236.420,27	1.998.145.252,66
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	16.430.013,49	143.243,83	2.338.250,00		1.120.000,00	15.355.007,32
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	400.016,12	650.000,00	250.000,00		0,00	800.016,12
3. Anteile an assoziierten Unternehmen	40.000,00	2.709.181,13	0,00		0,00	2.749.181,13
4. Beteiligungen	159.191.932,31	4.896.043,09	157.782,06		0,00	163.930.193,34
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.898.679,31	4.859.159,06	146.679,31		0,00	7.611.159,06
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	12.800,00	0,00	0,00		0,00	12.800,00
7. sonstige Ausleihungen	60.947,49	350.000,00	5.974,89		0,00	404.972,60
8. geleistete Anzahlungen auf Finanzanlagen	1.120.000,00	0,00	0,00		-1.120.000,00	0,00
	180.154.388,72	13.607.627,11	2.898.686,26	0,00	0,00	190.863.329,57
> Gesamt	2.149.617.002,77	103.281.587,83	18.352.122,59	0,00	0,00	2.234.546.468,01

¹ abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -328.017,94² abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -2.238.650,24³ abzgl. verrechnete Investitionszuschüsse: -156.284,24⁴ zzgl. Kaufpreisrückerstattung: -125.648,70

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

ABSCHREIBUNGEN						BUCHWERTE		
01.01.2021	Zugänge	Abgänge	Abgänge Veränderung Konsolidierungskreis	Umbuchungen	Zuschreibungen	31.12.2021	31.12.2021	31.12.2020
30.756.606,68	2.160.287,08	451.175,50	0,00	0,00	0,00	32.465.718,26	4.359.898,75	5.162.052,94
8.712.268,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.712.268,77	0,00	0,00
39.468.875,45	2.160.287,08	451.175,50	0,00	0,00	0,00	41.177.987,03	4.359.898,75	5.162.052,94
83.150.701,07	3.312.207,46	44.642,04	0,00	0,00	0,00	86.418.266,49	61.553.633,43	61.471.072,55
1.292.496.909,79	49.826.287,26	9.920.053,33	0,00	0,00	0,00	1.332.403.143,72	410.056.984,40	389.277.116,85
63.946.547,81	4.494.312,66	2.876.075,61	0,00	0,00	0,00	65.564.784,86	12.407.097,69	13.134.019,23
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.741.342,07	21.355.318,36
1.439.594.158,67	57.632.807,38	12.840.770,98	0,00	0,00	0,00	1.484.386.195,07	513.759.057,59	485.237.526,99
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.355.007,32	16.430.013,49
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	800.016,12	400.016,12
0,00	17.682,19	0,00	0,00	0,00	0,00	17.682,19	2.731.498,94	40.000,00
372.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	372.500,00	163.557.693,34	158.819.432,31
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.611.159,06	2.898.679,31
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.800,00	12.800,00
382,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	382,45	404.590,15	60.565,04
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.120.000,00
372.882,45	17.682,19	0,00	0,00	0,00	0,00	390.564,64	190.472.764,93	179.781.506,27
1.479.435.916,57	59.810.776,65	13.291.946,48	0,00	0,00	0,00	1.525.954.746,74	708.591.721,27	670.181.086,20

86

87

ANTEILSBESITZ badenova KONZERN

31. DEZEMBER 2021

	Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
> ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN				
a) unmittelbare				
> badenCampus GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	280	-36 ^{1) 3)}
> badenCampus Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	23	1 ^{1) 3)}
> badenIT GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	2.808	0 ²⁾
> badenova Beteiligungs-GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	124.647	0 ²⁾
> badenova Projektgesellschaft 1 GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	25	0 ⁸⁾
> badenova Verwaltungs-AG	Freiburg i. Br.	100,00	711	4 ¹⁾
> badenova WÄRMEPLUS GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	32.109	0 ²⁾
> badenova WÄRMEPLUS Verwaltungs GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	46	1 ¹⁾
> bnNETZE GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	374.521	0 ²⁾
> E-MAKS GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	73,50	2.276	266
> E-MAKS Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	75,00	80	2 ¹⁾
> encore GmbH	Freiburg i. Br.	100,00	550	0 ⁸⁾
> Energie-Service Dienstleistungsgesellschaft mbH	Freiburg i. Br.	100,00	125	0 ²⁾
> Infrastruktur-Trägergesellschaft mbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	68,00	199	65 ¹⁾
> Infrastruktur-Verwaltungsgesellschaft mbH	Freiburg i. Br.	68,00	33	1 ¹⁾
> sparstrom Energievertriebs GmbH	Köln	100,00	-526	-312 ³⁾
b) mittelbare				
> badenova KONZEPT Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	51,00	190	10 ^{1) 3)}
> badenovaWIND GmbH	Offenburg	100,00	34	9 ¹⁾
> ee-invest vier GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	4.505	571 ¹⁾
> Energiegesellschaft Mühlheim Verwaltungs-GmbH	Mühlheim	100,00	27	0 ¹⁾
> EVU-Service 24 GmbH	Hameln	60,00	0	54 ¹⁾
> Freiburger Wärmeversorgungs GmbH	Freiburg i. Br.	51,00	5.634	3.275
> FreiNet GmbH	Freiburg i. Br.	60,00	100	208 ^{3) 6)}
> Kunzweiler GmbH Hoch- und Tiefbau	Rust	100,00	870	158 ^{1) 3)}
> regioDATA Gesellschaft für raumbezogene Informationssysteme mbH	Lörrach	51,00	1.650	1.085 ^{1) 3)}
> TREA Breisgau Energieverwertung GmbH	Eschbach	60,00	874	29 ^{1) 3)}
> Wärme Süd-West GmbH	Freiburg i. Br.	55,00	344	11 ^{1) 3)}
> Wärme-gesellschaft Kehl GmbH & Co. KG	Kehl	60,00	2.302	282 ^{1) 3)}
> Wärme-gesellschaft Kehl Verwaltungs-GmbH	Kehl	60,00	34	1 ^{1) 3)}
> Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	53,00	4.850	-52 ^{1) 3)}
> Windpark Kallenwald GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	100,00	10	-4 ¹⁾
> ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN				
a) unmittelbare				
> Badische Rheingas GmbH	Lörrach	50,00	1.403	409 ⁴⁾
> Energie- und Wasserversorgung Kirchzarten GmbH	Kirchzarten	46,00	3.593	663 ³⁾
> Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH	Todtnau	24,00	4.108	223 ³⁾
> Energiewerk Ortenau Energiegesellschaft mbH & Co. KG	Achern	24,50	399	135
> Gemeindewerke Gundelfingen GmbH	Gundelfingen	30,00	4.100	0 ^{3) 6)}

1) Die Gesellschaft wurde wegen untergeordneter Bedeutung gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in die Konsolidierung einbezogen.

2) Ergebnisabführungsvertrag oder Ergebnisübernahme durch badenova

3) Zahlen lt. Jahresabschluss 2020

4) abweichendes Wirtschaftsjahr (30. Juni 2020)

5) abweichendes Wirtschaftsjahr (30. April 2020)

6) Ergebnisabführungsvertrag oder Ergebnisübernahme durch Anteilseigner

7) Zahlen laut Zwischenbilanz zum 15. Juni 2021

8) Gründung 2021

	Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
> Gemeindewerke Umkirch GmbH	Umkirch	40,00	2.447	184 ³⁾
> homeandsmart GmbH	Karlsruhe	50,00	878	-220 ³⁾
> EGPM Ladepark Südbaden GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	30,00	45	0 ⁸⁾
b) mittelbare				
> ASF Solar GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	49,00	1.360	214 ³⁾
> ASF Solar Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	49,00	38	1 ³⁾
> badenova KONZEPT GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	49,00	100	58 ³⁾
> Badenweiler Energie GmbH	Badenweiler	50,00	711	-48 ³⁾
> Caléo S.A.E.M.L	Guebwiller (F)	44,45	10.111	638 ³⁾
> Das Grüne Emissionshaus GmbH	Freiburg i. Br.	50,00	286	149 ³⁾
> dge wind Baar eins GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	33,33	131	-10 ³⁾
> Energy COLLECT GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	33,33	-102	-325 ³⁾
> EPV 1 S.A.R.L	Mertzwiller (F)	40,00	-25	-36 ³⁾
> EVB Energieversorgungsgesellschaft	Freiburg i. Br.	24,80	619	-87 ³⁾
> Natuvion Digital GmbH	Walldorf	24,00	0	-14
> Netzgesellschaft Tuttlingen GmbH & Co. KG	Tuttlingen	50,00	4.493	355
> Netzgesellschaft Tuttlingen Verwaltungs-GmbH	Tuttlingen	50,00	31	1
> regioAQUA Gesellschaft für Wasser und Abwasser mbH	Rheinfelden	50,00	87	19 ³⁾
> Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG	Lauchringen	25,10	4.167	352
> Regionalwerk Hochrhein Verwaltungs-GmbH	Lauchringen	25,10	69	2
> Regio-RZ Süd GmbH	Lörrach	50,00	400	0
> regiosonne Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	37,00	40	8 ³⁾
> regiowind Verwaltungs-GmbH	Freiburg i. Br.	50,00	65	13 ³⁾
> Stadtenergie Lörrach GmbH & Co. KG	Lörrach	33,33	114	-6 ⁷⁾
> Städtnetze Lörrach GmbH & Co. KG	Lörrach	49,00	120	155
> Stromnetzgesellschaft Weil am Rhein GmbH & Co. KG	Weil am Rhein	49,00	45	-55
> Stromnetzgesellschaft Weil am Rhein Verwaltungs GmbH	Weil am Rhein	49,00	26	1
> TEP Merkur GmbH & Co. KG	Aachen	49,00	-840	294 ⁷⁾
> TEP Venus GmbH & Co. KG	Aachen	49,00	-12	92 ⁷⁾
> Windpark Kambacher Eck GmbH & Co. KG	Freiburg i. Br.	47,60	1.743	535
> ÜBRIGE WESENTLICHE BETEILIGUNGEN				
a) unmittelbare				
> Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	Freudenstadt	15,00	17.897	2.819 ³⁾
> Syneco GmbH & Co. KG i.L.	München	9,81	2.299	-99 ⁵⁾
> Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Hamburg	0,78	223.705	8.991 ³⁾
b) mittelbare				
> KOM9 GmbH & Co. KG		13,62	879.713	94.665

VERBINDLICHKEITENSPIEGEL badenova KONZERN

31. DEZEMBER 2021

> IN EUR		31. DEZEMBER 2021			
Art der Verbindlichkeit	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	56.902.731,42	142.102.092,14	109.226.002,21	308.230.825,77	
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	13.983,52	0,00	0,00	13.983,52	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.475.064,79	0,00	0,00	70.475.064,79	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon gegenüber Gesellschaftern	20.516.071,50 (17.109.161,97)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	20.516.071,50 (17.109.161,97)	
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.096,25	0,00	0,00	60.096,25	
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	217.340,81	0,00	0,00	217.340,81	
7. sonstige Verbindlichkeiten	43.507.517,68	0,00	0,00	43.507.517,68	
> Gesamt	191.692.805,97	142.102.092,14	109.226.002,21	443.020.900,32	

31. DEZEMBER 2020

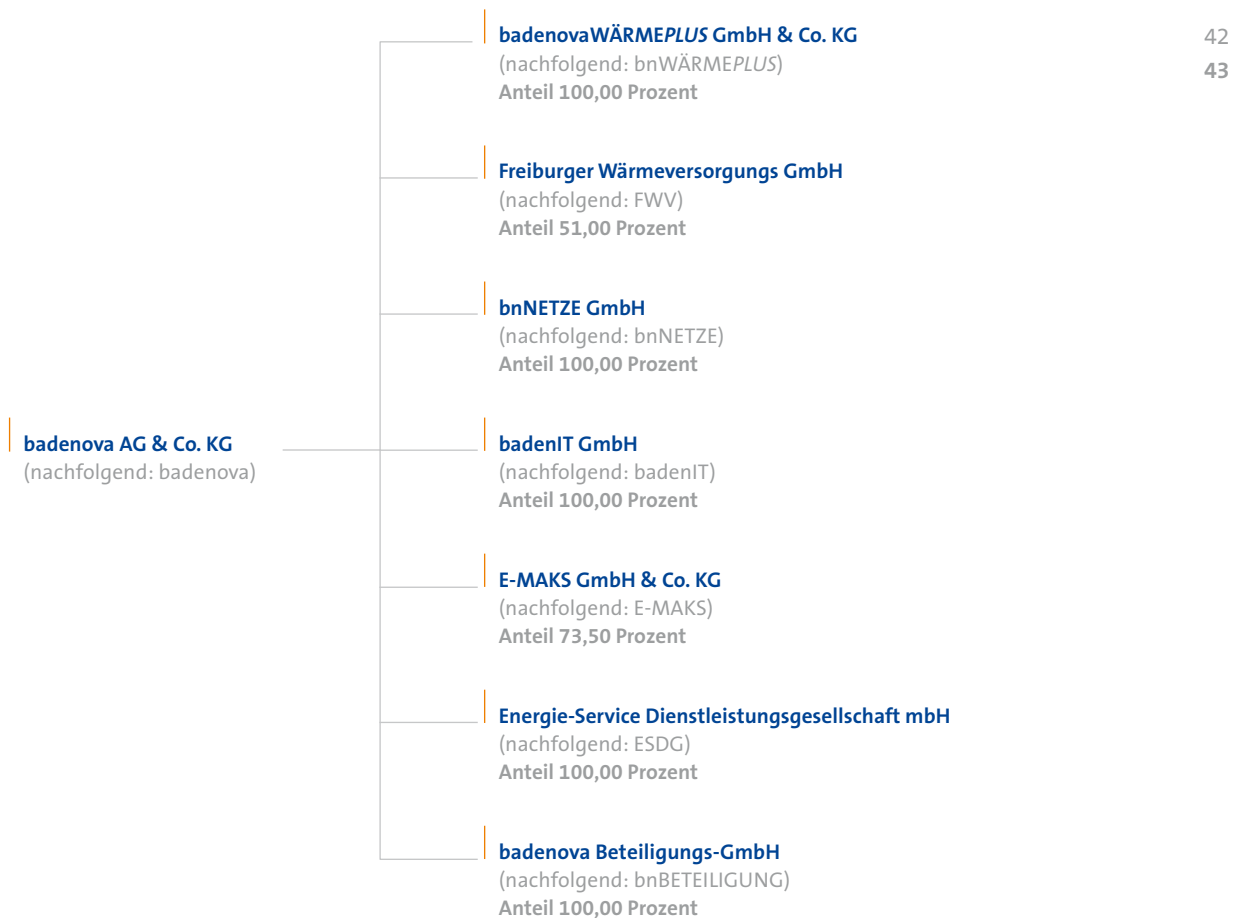
Summe	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
290.682.954,49	69.635.833,01	96.573.544,31	124.473.577,17
173.200,00	173.200,00	0,00	0,00
68.989.824,16	68.962.630,15	0,00	27.194,01
17.235.499,19 (13.651.463,68)	17.235.499,19 (13.651.463,68)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
335.539,84	335.539,84	0,00	0,00
8.966.503,98	8.966.503,98	0,00	0,00
36.314.171,82	36.314.171,82	0,00	0,00
422.697.693,48	201.623.377,99	96.573.544,31	124.500.771,18

1. GRUNDLAGEN DES KONZERNS

Die badenova Gruppe deckt als Umwelt- und Energiedienstleister in Süd- und Mittelbaden die Geschäftsfelder Vertrieb von Strom und Erdgas (auch bundesweit), Netzbetrieb, Wasser sowie Wärme ab. Neben diesen klassischen Versorgungsleistungen bietet die badenova Gruppe in verschiedenen Tochtergesellschaften und Beteiligungen innovative und ökologische Dienstleistungen rund um Energie, Klima und Umwelt an. Dazu gehören Beteiligungsmodelle an Wind-, Wasser- und Solaranlagen, Biogasproduktion, Energiecontracting, Kraft-Wärme-Kopplung für Gewerbekunden und Industriebetriebe, Nahwärmelösungen, Wasser- und Abwasserbetriebsführungen für Kommunen, kommunale – modular aufgebaute – Klimaschutzkonzepte und vieles mehr. Ebenso gehören IT-, Telekommunikations- und Abrechnungsdienstleistungen zum Produktportfolio der badenova Gruppe.

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beachten sämtliche Konzerngesellschaften die Grundsätze von Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung sowie Wasser- und Klimaschutz.

In den Konzernabschluss der badenova Gruppe zum 31. Dezember 2021 wurden die folgenden Gesellschaften aufgenommen:



2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Als Energie- und Umweltdienstleister, der insbesondere in Mittel- und Südbaden seine Produkte und Leistungen anbietet, bestimmen insbesondere die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der trinationalen Metropolregion Oberrhein und Hochrhein im Dreiländereck Frankreich, Schweiz und Deutschland die entscheidenden Marktparameter und Impulse für die Entwicklung der badenova.

Infrastrukturell ist die Region mit einem hochentwickelten Straßen-, Autobahn- und Schienennetz und dem Rhein als einer der großen internationalen Wasserstraßen ausgestattet. Zahlreiche internationale Konzerne haben sich ebenso wie eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen in dieser Region niedergelassen. Das badenova Marktgebiet ist gekennzeichnet von einem breiten Spektrum an Gewerbeansiedlungen, einer Vielzahl von Industriestandorten und hochentwickelten Dienstleistungsbranchen (Handel, Banken und Versicherungen). Mit „BioValley“ vertritt die Region am Oberrhein ein weltweit bekanntes Cluster im Bereich der Life-Sciences.

Im Jahr 2021 ist die Wirtschaft in Baden-Württemberg kräftig gewachsen. Allerdings konnte das Wirtschaftswachstum die Dynamik der Vor-Coronazeit noch nicht wieder erreichen. Im Jahresdurchschnitt 2021 rechnet das Tübinger Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (nachfolgend: IAW) mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwas über vier Prozent. Für 2022 liegt die Prognose des IAW bei einem Wachstum von rund drei Prozent.

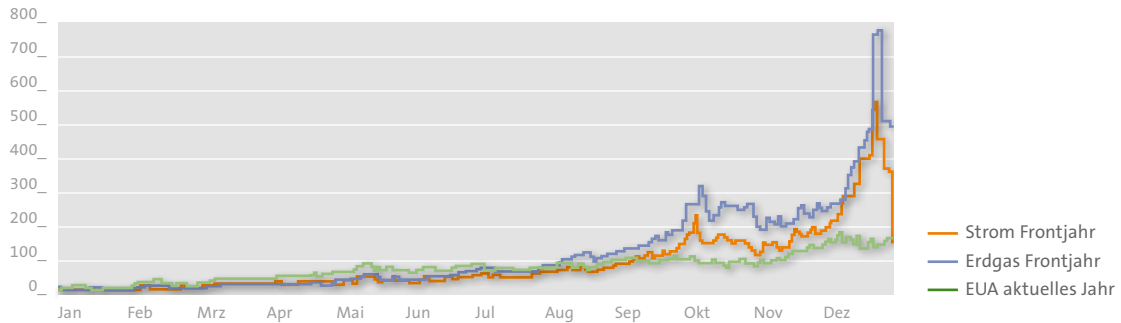
2.2 ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

ENERGIEVERBRAUCH

Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen beläuft sich der voraussichtliche Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2021 auf 12.193 Petajoule. Dies entspricht einem Anstieg von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Verbrauch liegt jedoch noch spürbar unter dem Niveau der Vor-Corona-Zeit, was darauf hinweist, dass die energie- und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiterhin in hohem Maße durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen geprägt wird, erklärte die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) in Berlin. Erheblichen Einfluss auf den Anstieg des Primärenergieverbrauchs hatten die gegenüber 2020 deutlich kühleren Außentemperaturen. Bereinigt um den Witterungseffekt wäre der Energieverbrauch nur um 0,6 Prozent gestiegen.

ENERGIEMARKT UND -PREISE

› ENTWICKLUNG ENERGIEPREISE in Prozent YTD



Die Energiemärkte standen auch 2021 noch unter dem Einfluss der turbulenten Auswirkungen der Corona-Pandemie und waren somit weiterhin geprägt von tendenziell stark steigenden Preisen mit relativ hohen Volatilitäten. Während in der ersten Hälfte des Jahres vorrangig der Klimaschutz und der CO₂-Preis die dominierenden Einflussfaktoren waren, hat die zweite Hälfte des Jahres Rekordpreise in beinahe allen Märkten gebracht. Global betrachtet führten unterschiedliche Ereignisse zu den sehr hohen Energiepreisen in Europa. Eine geringe Einspeisung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2021, die hohen CO₂-Preise im europäischen Emissionshandelssystem aufgrund verstärkter Klimaschutzanstrengungen oder die Diskussionen um die Gaspipeline Nord Stream 2 sind als einzelne und einfache Gründe kaum verantwortlich für die Preissituation. Vielmehr ist wohl das Zusammentreffen von verschiedenen, teilweise voneinander abhängigen, aber auch unabhängigen Faktoren ursächlich für dieses derzeit hohe Preisniveau.

44

45

Während die Preise für Kohle und Gas an den Weltmärkten zu Beginn 2021 noch auf moderatem Niveau verharrten, ging es anschließend stetig nach oben. Der Rückgang von Corona-Maßnahmen beflügelte die Wirtschaft weltweit und ließ auch die Nachfrage nach fossilen Rohstoffen ansteigen.

Ab September 2021 nahm die Preisdynamik deutlich zu. Der Monatsreferenzpreis für Erdgas in Europa am TTF-Handelsplatz erreichte über 120 EUR/MWh. Währenddessen stiegen die Kohlepreise auf über 250 USD/Tonne. Steigende Erdgasnachfrage in Asien führte zu weniger LNG-Lieferungen für Europa, während die Kohlepreise aufgrund der hohen chinesischen Strom- und somit Kohlenachfrage neue Rekorde verzeichneten.

Die sehr hochpreisige Situation von Anfang Oktober 2021 hat sich bis Ende des Jahres wieder etwas beruhigt. Dennoch zeigen die Preisbewegungen immer noch hohe Schwankungen, die uns vermutlich noch eine Weile begleiten werden und zu einem neuen „Normal-Zustand“ werden könnten. Die Extremsituation rund um die Commodity-Preise im Herbst und Winter 2021 wird sicherlich in den kommenden Monaten noch für weitreichende Diskussionen um Versorgungssicherheit, die nach wie vor hohe Abhängigkeit von Erdgasimporten und die Beschaffungsstrategien von Energieversorgern führen.

Angesichts des weiter eskalierenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine ist auch in Zukunft mit einer weiter zunehmenden Unsicherheit an den Energiemärkten zu rechnen. Laut Experten-Studien aus Regierungskreisen wäre die deutsche Gasversorgung in diesem Winter auch bei einem Stopp der russischen Erdgaslieferungen gesichert. Die Voraussetzung wären allerdings weiter milde Temperaturen. Die Versorgung könnte dann auf Basis des aktuellen Füllstandes der Gasspeicher, von Einkäufen am Spotmarkt sowie LNG-Lieferungen gesichert werden. Außerdem will die Europäische Kommission prüfen, ob eine gesetzliche Verpflichtung eines bestimmten

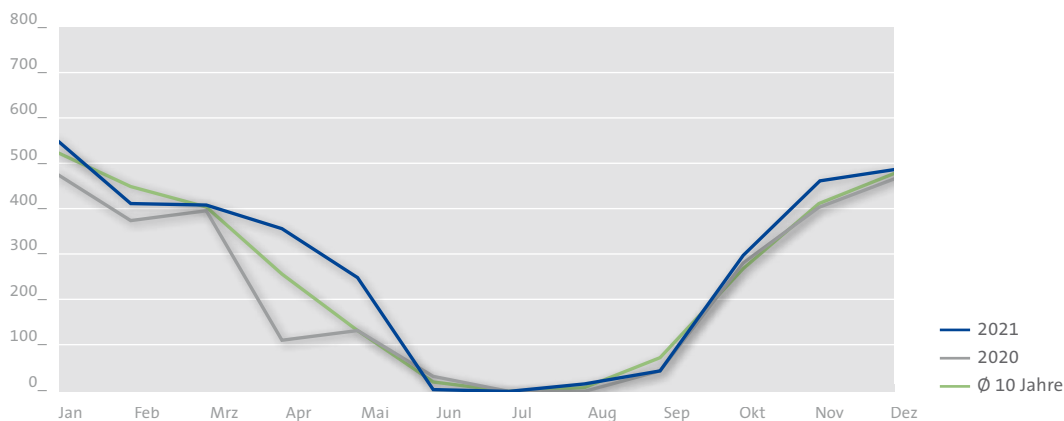
Gasspeicherstandes vor dem Winter eingeführt werden sollte. In sieben Mitgliedsstaaten gibt es für den Zeitraum von Dezember bis März bereits eine verpflichtende Regelung.

Die Strompreise sind im Jahr 2021 konstant gestiegen, mit hoher Korrelation zu CO₂ in der ersten Jahreshälfte, und sind im zweiten Halbjahr zusätzlich durch Kohle und die „Panik am Gasmarkt“ in die Höhe getrieben worden. Die Nachfrage nach fossiler Energie hat angezogen, was bei steigenden Preisen für CO₂-Zertifikate wiederum die Strompreise für 2022 nach oben treiben könnte. Der Börsenstrompreis stieg binnen zwölf Monaten um 315 Prozent: Während der Preis im Januar 2021 noch bei circa 53 EUR/Megawattstunde lag, kostete die Megawattstunde im Dezember 2021 bereits durchschnittlich circa 222 EUR/Megawattstunde.

Seit Ende 2020 stiegen die Zertifikatspreise für CO₂ im europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) stetig an. Ein Grund lag in der verbesserten wirtschaftlichen Lage nach den weltweiten Corona-Lockdowns im Jahr 2020. Weiterhin haben die politischen Akteure bekannt gegeben, das europäische Klimaziel zu verschärfen, und zwar durch eine Senkung der Treibhausgasemissionen von 40 auf 55 Prozent gegenüber 1990 bis 2030. Diese Verkündung ließ die CO₂-Preise im ersten Quartal 2021 auf beinahe 50 EUR/Tonne steigen. Die neu gewählte Bundesregierung und der im Koalitionsvertrag festgelegte Mindestpreis für CO₂ hat den Markt weiter beflügelt. Der Preis der CO₂-Zertifikate stieg im Dezember 2021 auf durchschnittlich 79 EUR/Tonne gegenüber 31 EUR/Tonne im Januar 2021.

TEMPERATURVERLAUF

GRADTAGSAZAHLEN FREIBURG



Die Geschäftsentwicklung der badenova Gruppe ist auch vom Temperaturverlauf abhängig. Der verwendete Indikator für den Heizenergiebedarf ist die Gradtagszahl. Bezogen auf Freiburg lag diese Kennzahl in Summe für das Jahr 2021 um 541,9 Gradtage über der des Vorjahres (+19,9 Prozent) und um 264,1 Gradtage über dem zehnjährigen Mittel. Gemessen an den Gradtagen war das abgeschlossene Geschäftsjahr somit kälter als das Vorjahr und das zehnjährige Mittel sowie das kälteste Jahr seit 2013.

ENERGIEPOLITIK UND REGULIERUNG

„Fit for 55“-Maßnahmenpaket der EU-Kommission

Mit dem von der Europäischen Kommission vorgestellten Maßnahmenpaket „Fit for 55“ zur Umsetzung des Green Deal sollen die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt sowie ein klimaneutrales Europa bis 2050 geschaffen werden. Für dieses Maß-

nahmenpaket „Fit for 55“ wurden bisher 13 Richtlinien beziehungsweise Verordnungen erarbeitet. Mit ihrer Hilfe sollen die Klimaziele bei gleichzeitiger Neuausrichtung unserer Wirtschaft und Gesellschaft für eine gerechte, grüne und florierende Zukunft erreicht werden. Sie kombinieren Maßnahmen aus dem Emissionshandel für neue Sektoren und strengere Auflagen im Rahmen des bestehenden Emissionshandelssystems (ETS) der EU, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz, die schnellere Einführung emissionsarmer Verkehrsträger sowie entsprechender Infrastruktur und Kraftstoffe, globale Maßnahmen zur Prävention der Verlagerung von CO₂-Emissionen, die Angleichung der Steuerpolitik an die Ziele des Green Deal sowie Instrumente zur Erhaltung und Vergrößerung unserer natürlichen CO₂-Senken.

Klimaschutzgesetz 2021

Mit dem geänderten Klimaschutzgesetz werden die Zielvorgaben für weniger CO₂-Emissionen angehoben. Das Minderungsziel für 2030 steigt um 10 Prozentpunkte auf mindestens 65 Prozent. Das heißt, Deutschland soll bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Die höheren Ambitionen wirken sich auch auf die CO₂-Minderungsziele bis zum Jahr 2030 in den einzelnen Sektoren aus: in der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehr, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft.

Die Klimaziele werden kontinuierlich per Monitoring überprüft. Der Expertenrat für Klimafragen wird erstmals ab 2022 alle zwei Jahre ein Gutachten vorlegen über die bisher erreichten Ziele, Maßnahmen und Trends. Werden die Budgets nicht eingehalten, steuert die Bundesregierung umgehend nach.

Reformen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (nachfolgend EEG 2021)

Im EEG 2021 ist das Ziel verankert, dass der gesamte Strom in Deutschland vor dem Jahr 2050 treibhausgasneutral erzeugt und im Jahr 2030 der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent gesteigert werden soll.

Um für den nötigen Ausbau mehr Akzeptanz zu erreichen, sollen Anlieger-Kommunen von Windenergieprojekten mit 0,2 ct/kWh an den Erlösen auf ihrem Gemeindegebiet beteiligt werden. Eine Südquote für Wind an Land und Biomasse soll für eine bessere Abstimmung zwischen EE-Ausbau, Stromverbrauch und Netzausbau sorgen.

Verbesserungen der Anreize gibt es für den Mieterstrom und die Eigenversorgung. So nimmt das EEG 2021 den so genannten Quartieransatz auf. Maßgeblich ist nun, dass der erzeugte Strom im Viertel verbraucht wird und nicht mehr nur im Gebäude, auf dessen Dach die PV-Anlage installiert ist. Ein neues Ausschreibungssegment gilt künftig für große PV-Dachanlagen zwischen 300 und 750 kWp. Schließlich bereitet das EEG 2021 den Weg in die Zeit nach der EEG-Förderung vor. Ausgeförderte Anlagen können den Strom übergangsweise weiter über den Netzbetreiber vermarkten.

EEG-Umlage

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber haben die EEG-Umlage für 2022 festgelegt und veröffentlicht. Die EEG-Umlage für nicht privilegierten Letztverbraucherabsatz sinkt demzufolge von 6,5 ct/kWh auf 3,723 ct/kWh im Jahr 2022. Die starke Absenkung der Umlage 2022 im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich im Kern auf die Entwicklung der Strombörsenpreise und auf Bundeszuschüsse zurückführen. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einen Gesetzentwurf für die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage für Letztverbraucher zum 1. Juli 2022 vorgelegt.

BGH-Entscheidung zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor für Gasnetzbetreiber

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor Gas für die mittlerweile laufende 3. Regulierungsperiode (Xgen)

bestätigt. Die Vorinstanz – das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf – hatte die BNetzA-Festlegung noch für rechtswidrig erachtet. Diese Entscheidung hat der BGH nun aufgehoben und der BNetzA Recht gegeben.

Festlegung der Eigenkapitalverzinsung durch die Bundesnetzagentur

Am 20. Oktober 2021 hat die BNetzA die Festlegungen der zukünftigen Eigenkapitalzinssätze für die Elektrizitäts- und Gasnetzbetreiber veröffentlicht. Die BNetzA hat darin einheitlich für Strom- und Gasnetzbetreiber einen Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen von 5,07 Prozent vor Körperschaftsteuer (bisher 6,91 Prozent) ermittelt. Für Altanlagen wurde ein Zinssatz von 3,51 Prozent vor Körperschaftsteuer (bisher 5,12 Prozent) ermittelt. Die neuen Zinssätze gelten ab der 4. Regulierungsperiode. Diese beginnt für die Gasnetzbetreiber im Jahr 2023, für die Stromnetzbetreiber im Jahr 2024.

Netzentgelte Strom

Die Netzentgelte der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) werden seit dem 1. Januar 2019 in fünf gleichen Schritten vollständig vereinheitlicht. Die bereits 2017 durch Einführung des Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG) getroffene Grundsatzentscheidung zur Solidarisierung von auf der Ebene der ÜNB entstandenen Kosten wird mit der vorliegenden Verordnung etabliert. Dies war notwendig geworden, da sich die Übertragungsnetzentgelte in den vier Netzgebieten erheblich in der Höhe unterschieden und diese sich durch den massiven Ausbau der Übertragungsnetze im Zuge der Energiewende noch weiter auseinander entwickeln würden. Diese Änderung trägt dazu bei, regionale Unterschiede bei den Netzentgelten und damit auch bei den Strompreisen für den Endkunden zu verringern. Die Verordnung ist am 29. Juni 2018 in Kraft getreten.

2.3 GESCHÄFTSVERLAUF

ALLGEMEIN

Die badenova Gruppe konnte trotz eines dynamischen Marktgeschehens die Ergebnisziele für 2021 übererfüllen. Der Jahresüberschuss in Höhe von 56,8 Millionen EUR übertrifft den Zielwert um rund 6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr steigt der Jahresüberschuss um 2,7 Millionen EUR an.

In der badenova kam es gegenüber der Planung zu einzelnen Mengenrückgängen in Folge der COVID-19-Pandemie, die allerdings durch temperaturbedingte Absatzsteigerungen überkompensiert werden konnten. Die Forderungsausfälle im Gewerbe- und Geschäftskundensegment liegen weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Neukundenakquise und das Bestandskundengeschäft haben sich weiterhin gut entwickelt. Insbesondere im vierten Quartal haben einige Wettbewerber Insolvenz anmelden müssen. Die regulierten Marktprozesse sehen für solche Fälle die Übernahme der betroffenen Kunden durch die jeweiligen Grundversorger vor. Die badenova hat als örtlicher Grundversorger in Südbaden aufgrund dieser Marktbewegungen einen zusätzlichen Kundenzuwachs von rund zwei Prozent gegenüber dem entsprechenden Kundenbestand zu Jahresbeginn zu verzeichnen gehabt.

Ausgelöst wurden die Insolvenzen einzelner Vertriebsgesellschaften durch enorme Preissteigerungen in der Energiebeschaffung. Gegenüber dem Preisniveau zu Jahresbeginn sind die Beschaffungspreise für Strom um +550 Prozent und die Erdgaspreise um rund 750 Prozent angestiegen. Diese Preisentwicklung hat auch die badenova vor Herausforderungen gestellt. Dank einer langfristigen Beschaffungsstrategie konnten allerdings die wirtschaftlichen Auswirkungen für die badenova eingegrenzt werden.

Die bnNETZE betreibt das eigene Erdgas-, Strom- und Wassernetz, das Erdgasnetz der Hafenverwaltung in Kehl, der Netzgesellschaft Tuttlingen GmbH & Co. KG, der Stadtwerke Müllheim-Staufen GmbH, der Gemeindewerke Umkirch GmbH und der Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH sowie die Stromnetze der Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG und der Gemeindewerke Umkirch GmbH. Das eigene Erdgasnetz erstreckt sich über zwei Regierungspräsidien und 11 Land- und Stadtkreise, in denen 158 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden abgeschlossen sind. Es sind unverändert 21 Stromkonzessionen und zwei Wasserkonzessionen in der Obhut der bnNETZE. Im Bereich Strom wurden 10 Konzessionsverfahren im Jahr 2019 insoweit gewonnen, als positive Gemeinderatsbeschlüsse herbeigeführt wurden. Diese befinden sich aktuell noch im Rechtsstreit, weshalb die Vertragsunterzeichnungen und die Netzübergänge noch nicht erfolgt sind.

Im Segment Strom liegt bnNETZE der Kostenprüfungsbescheid der 3. Regulierungsperiode vor. Darin wird ein verbindliches Ausgangsniveau für die Erlösbergrenzen der Jahre 2019 bis 2023 mitgeteilt. Darüber hinaus wurden die Regulierungskontosalden bis einschließlich 2020, die Kapitalkostenaufschläge und die Qualitätselemente bis einschließlich 2022 beschieden.

Im Segment Gas liegt bnNETZE der Kostenprüfungsbescheid der 3. Regulierungsperiode ebenfalls vor. Das verbindliche Ausgangsniveau für die Erlösbergrenzen der Jahre 2018 bis 2022 steht damit fest. Darüber hinaus wurden die Regulierungskontosalden bis einschließlich 2017 und die Kapitalkostenaufschläge bis einschließlich 2021 beschieden. Das Regulierungskonto 2018 wurde noch nicht angehört beziehungsweise beschieden.

Der Rollout der intelligenten Messsysteme ist angelaufen und wird nach und nach in den Stückzahlen hochskaliert, so dass die verpflichtende Zehn-Prozent-Quote bis Januar 2023 erreicht werden kann.

Das neue Wasserrecht für das Wasserwerk Hausen kam Ende 2021 in die Offenlage, 2022 finden die dazugehörigen Anhörungen statt. Damit wurde ein weiterer Schritt zur Erlangung des Wasserrechts getan. Seit Mitte 2021 liegt die Genehmigung auf vorzeitigen Beginn schriftlich vor, womit die Wasserentnahme auch wieder abgesichert ist.

Die Anstrengungen im Gewässer- und Grundwasserschutz sind weiter ausgebaut worden. Neben dem Hochwasserschutz wird das Thema Risikomanagement immer wichtiger. Sobald die Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie in nationales Recht erfolgt ist, wird das Risikomanagement ein fester Bestandteil sein.

bnWÄRMEPLUS hat im Geschäftsjahr 2021 im Segment Wärmeversorgung im Neugeschäft den Schwerpunkt auf die Fertigstellung des Um- und Neubaus verschiedener Wärmeanlagen sowie auf die Erweiterung und Verdichtung von Fernwärmenetzen in Freiburg und weiteren Gemeinden gelegt. Einen breiten Raum nahm 2021 die Konzeptionierung und Planung neuer Wärmenetze der vierten Generation mit finanzieller Unterstützung aus dem Förderprogramm „Wärmenetze 4.0“ des Bundeswirtschaftsministeriums ein. Das erste derartige Projekt, der Wärmeverbund Freiburg Süd mit Nutzung der Abwärme aus der Molkerei Schwarzwaldmilch, ging 2021 in die Umsetzungsphase und wird über die nächsten Jahre sukzessive verwirklicht. Zu den Projekten mit dem Ziel der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung insbesondere in Freiburg zählt ebenfalls das Geothermievorhaben „Erdwärme Breisgau“, für das im Jahr 2021 detaillierte geologische Untersuchungen durchgeführt beziehungsweise initiiert wurden. Ziel des Projektes ist es, Potenziale zur Wärmeversorgung der Gemeinden im Breisgau aus tiefer Geothermie zu erkunden und bei Fündigkeit zu erschließen, um diese CO₂-freie Wärmequelle langfristig zu nutzen.

Im Bereich der erneuerbaren Energien hat bnWÄRMEPLUS den Bau des Windparks Hohenlochen mit vier Anlagen im Schwarzwald, den bnWÄRMEPLUS im Auftrag ihrer Tochtergesellschaft Windpark Hohenlochen GmbH & Co. KG ausführt, abgeschlossen und die technische Inbetriebnahme umgesetzt.

Die im Juli 2019 gemeinsam mit einem Co-Investor erworbenen PV-Projekte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahresverlauf erfolgreich in Betrieb genommen, der Abschluss der Kauftransaktion wird im ersten Quartal 2022 erfolgen.

Die badenIT konnte die Ergebnisziele für 2021 übertreffen und blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2021 zurück. Der Umsatz mit Kunden außerhalb der badenova Gruppe konnte auch in diesem Jahr weiter erhöht werden. In der Region Südbaden hat sich die Marktposition der badenIT weiter gefestigt, Marktanteile als kompetenter IT- und Kommunikationsdienstleister konnten gezielt ausgebaut werden.

Auch ist die badenIT inzwischen Teilnehmerin der Allianz für Cybersicherheit des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik und setzt sich damit weiterhin aktiv für digitale Sicherheit ein.

In Weil am Rhein/Haltingen entsteht ein neues, hochmodernes Rechenzentrum, das nicht nur höchsten Sicherheitsansprüchen genügt, sondern auch zum Ziel hat, energieneutral zu sein. Integriert wird das neue Rechenzentrum in die bestehende Rechenzentrumslandschaft der badenIT, was die Redundanz und Verfügbarkeit der bisherigen Systeme gewährleistet. Gebaut wird das Projekt, das die Zukunftsfähigkeit des Standortes Südbaden für Unternehmen stärken soll, von der badenIT und dem Zweckverband Breitbandversorgung LK Lörrach, die dafür gemeinsam die Regio-RZ Süd GmbH gegründet haben.

Auch die Abrechnungsgesellschaft E-MAKS konnte 2021 die gesteckten Ziele übertreffen und sieht sich durch den weiteren Ausbau des Geschäfts in Form von Ausbau von Beratungs- und Projektleistungen – insbesondere in den neuen Geschäftsfeldern IoT sowie Robotic Process Automation – gut aufgestellt.

Mit der neu erworbenen Beteiligung an der Natuvion Digital GmbH (Anteil 24 Prozent) wurde das Beteiligungsportfolio der E-MAKS im Jahr 2021 erweitert. Das im Jahr 2019 gegründete Unternehmen Natuvion Digital GmbH ist auf Robotics Process Automation (nachfolgend: RPA) spezialisiert und hat eine eigene IT-Plattform entwickelt. Gemeinsam werden die Themen Prozessautomatisierung und RPA gebündelt.

Der implementierte Planungs- und Steuerungsprozess in der badenova Gruppe sorgt für Transparenz und Zielorientierung in allen Unternehmensbereichen. Die definierten strategischen Maßnahmen wurden weiter planmäßig umgesetzt.

ERDGAS

Im Geschäftsfeld Markt und Energiedienstleistungen organisiert die badenova Gruppe mit den Gesellschaften badenova und ESDG die Beschaffung und den Vertrieb von Erdgas an private und industrielle Endkunden sowie an Weiterverteiler.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Erdgasabsatz wie folgt:

> ERDGASABSATZ in Mio. kWh (einschl. Eigenverbrauch)	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerbekunden	5.122,9	4.541,1	581,8	12,8
> Geschäftskunden	2.566,7	2.855,3	-288,6	-10,1
> Gesamt	7.689,6	7.396,4	293,2	4,0

Der Erdgasverkauf liegt mit 7.689,6 Mio. kWh über dem Niveau von 2020. Im Privat- und Gewerbe- kundensegment führten insbesondere Temperatureffekte sowie die Neuakquise von Gewerbekunden mit höheren Verbräuchen zu einem Anstieg der Absatzmenge. Im Geschäftskundensegment konnten geplante Absatzrückgänge aus Anpassungen im Kundenportfolio nur teilweise durch einen Anstieg bei den übrigen Geschäftskunden kompensiert werden.

STROM

Neben dem Kernprodukt Erdgas verkaufen badenova und ESDG den von Handelspartnern bezogenen Strom an Privat- und Gewerbekunden, Geschäftskunden und Weiterverteiler. Alle Privatkunden erhalten zu 100 Prozent zertifizierten Ökostrom.

Mit der Auszeichnung „Bester Service 2021“ der Zeitschrift Wirtschaftswoche konnte badenova sich zum fünften Mal in Folge einen Spitzenplatz unter den regionalen Energieversorgern sichern.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Stromabsatz wie folgt:

> STROMABSATZ in Mio. kWh (einschl. Eigenverbrauch)	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerbekunden	825,5	809,3	16,2	2,0
> Geschäftskunden	1.926,6	2.310,8	-384,2	-16,6
> Gesamt	2.752,1	3.120,1	-368,0	-11,8

50
51

Der Stromverkauf ist im Vergleich zum Vorjahr um 11,8 Prozent gesunken und beträgt für das abge- laufene Geschäftsjahr 2.752,1 Mio. kWh. Im Privatkundensegment kompensiert das Kundenwachstum im bundesweiten Vertrieb Absatzmengenverluste bei Gewerbekunden. Im Geschäftskundensegment ist der Absatzmengenrückgang nach wie vor auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Daneben sind auch hier planmäßige Absatzrückgänge aus Anpassungen im Kundenportfolio zu verzeichnen.

WÄRME

Die Wärmeversorgung in der badenova Gruppe erfolgt durch die beiden Konzerngesellschaften bnWÄRMEPLUS und FWV.

Unternehmensgegenstand der bnWÄRMEPLUS ist die Entwicklung, die Planung, der Bau, die Pacht und der Betrieb von Anlagen zur Energiewandlung und Energieversorgung in Form von Strom, Wärme und Biogas. Einsatzbereich sind sowohl Einzelobjekte als auch Nah- und Fernwärmeversorgungs- systeme im In- und Ausland. Darüber hinaus beinhaltet das Geschäftsmodell der Gesellschaft tech- nische und kaufmännische Dienstleistungen, Beratungsleistungen und Geschäftsbesorgungen im Energiebereich, Planung technischer Gebäudeausstattungen und Ankauf, Reinigung, Veredelung und Verkauf von Biogasen.

Die FWV ist verantwortlich für die Wärmeversorgung sowie die technische Betriebsführung von Heizanlagen in ausgewählten Freiburger Stadtteilen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Wärmeabsatz wie folgt:

> WÄRMEABSATZ in Mio. kWh (einschl. Eigenverbrauch)	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Wärmeabsatz	353,9	317,5	36,4	11,5
> Gesamt	353,9	317,5	36,4	11,5

Der Absatz der badenova Gruppe im Bereich der Wärmeversorgung ist im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich witterungsbedingt sowie durch einen kontinuierlichen Ausbau der eigenen Wärmenetz- und Wärmeanlagenkapazitäten gestiegen.

WASSER

Die Städte Freiburg und Lahr haben bnNETZE als Konzessionsnehmer beauftragt, die Trinkwasserversorgung sicherzustellen. Darüber hinaus werden vom Wasserwerk in Hausen an der Möhlin weitere Kommunen ganz oder teilweise mit Wasser versorgt. Die Bedeutung als regionaler Versorger im Bereich der Wasserversorgung nimmt kontinuierlich zu. Das Jahr 2021 war nach den trockenen Jahren 2015 bis 2020 ein durchschnittlich nasses Jahr. Weniger Hitzetage und mehr Niederschlag sorgten für eine Entlastung der Wasserspeicher. Allerdings zeigte sich, dass durch extreme Wetterereignisse, wie an der Ahr aber auch abgeschwächt am Hochrhein, viele Anlagen der Trinkwasserversorgung gefährdet sind. Durch umsichtiges Handeln konnte die Versorgung durch die badenova Gruppe immer sichergestellt werden. Allerdings bedurfte es an einigen Stellen zusätzlicher Barrieren, deren Umsetzung bereits initiiert ist, um Schmutz und Keimeinträge zu verhindern.

Das neue Wasserrecht für das Wasserwerk Hausen kam Ende 2021 in die Offenlage, 2022 finden die dazugehörigen Anhörungen statt. Der Neubau des Wasserwerks Ebnet soll im Jahr 2022 in die Genehmigungsphase kommen. Die Sanierungen des Hochbehälters Schutterlindenberg in Lahr sowie des 145 Jahre alten Hochbehälters Schlossberg in Freiburg wurden 2021 abgeschlossen.

Die Anstrengungen im Gewässer- und Grundwasserschutz sind weiter ausgebaut worden. Neben dem Hochwasserschutz wird das Thema Risikomanagement immer wichtiger. Sobald die Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie in nationales Recht erfolgt ist, wird das Risikomanagement ein fester Bestandteil sein.

Der demographische Wandel sorgt auch in der Wasserversorgung für einen Fachkräftemangel, den bnNETZE frühzeitig erkannt und daher ein Ausbildungsprogramm begonnen hat. Viele Kommunen stehen vor erheblichen Nachwuchssorgen und beauftragen bnNETZE mit der Betriebsführung ihrer Wasserversorgung. So konnten im Jahr 2021 mehrere Betriebsführungsverträge geschlossen werden. Dieser Trend wird sich auch im Jahr 2022 fortsetzen und die Wachstumsstrategie der bnNETZE als Partner der Kommunen unterstreichen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Wasserabsatz wie folgt:

> WASSERABSATZ in Mio. m ³	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Tarifkunden	15,4	15,7	-0,3	-1,9
> Geschäftskunden	0,2	0,2	0,0	0,0
> weiterverteilende Kunden	4,9	5,1	-0,2	-3,9
> Gesamt	20,5	21,0	-0,5	2,4

Der Wasserabsatz verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent auf 20,5 Mio. m³. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Witterung zurückzuführen. Während sich das Vorjahr noch durch eine erhöhte Trockenheit verbunden mit einer erhöhten Wasserabgabe auszeichnete, waren im Jahr 2021 weniger Hitzetage und mehr Niederschlag zu verzeichnen.

NETZ

Gemäß den Vorgaben der regulierenden Gesetzgebung und Verordnungen (hier insbesondere die Strom- beziehungsweise Gasnetzentgeltverordnung sowie die Anreizregulierungsverordnung) betreibt die bnNETZE das eigene Gas- und Stromnetz, das Gasnetz der Hafenvverwaltung in Kehl (nachfolgend: HVK), der Netzgesellschaft Tuttlingen GmbH & Co. KG (nachfolgend: NGT), der Stadtwerke Müllheim-Staufen GmbH (nachfolgend: SWMS), der Gemeindewerke Umkirch GmbH (nachfolgend: GWU) und der Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH (nachfolgend: EOW) sowie das Stromnetz der Regionalwerk Hochrhein GmbH & Co. KG (nachfolgend: RWH), der GWU und der der SWMS.

Der Pachtvertrag mit der HVK hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022, der Pachtvertrag mit der NGT bis zum 31. Dezember 2033. Der Pachtvertrag mit der SWMS läuft noch bis zum 31. Dezember 2024. Der Pachtvertrag mit der RWH hatte eine Erstlaufzeit bis zum 31. Dezember 2015 und verlängert sich bis auf weiteres. Der zum 1. Januar 2016 mit der EOW abgeschlossene Pachtvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2025. Die Pachtverträge mit der GWU hatten jeweils eine Erstlaufzeit bis zum 31. Dezember 2018 und verlängerten sich automatisch. Der Pachtvertrag mit der SWMS im Bereich Strom läuft bis zum 31. Dezember 2025.

52
53

Die Netzlänge beträgt zum 31. Dezember 2021 im Erdgasnetz 8.239,6 km. 182.913 Zähler sind in diesem Netz installiert.

Das Stromnetz der bnNETZE erstreckt sich über eine Länge von 6.570,7 km. Zum 31. Dezember 2021 sind in diesem Stromnetz 223.821 Zähler installiert.

Die angegebenen Netzlängen beinhalten jeweils die Netzanschlussleitungen.

Der Betrieb sowie die laufende Instandhaltung der gepachteten Netze obliegen der bnNETZE. Investitionen werden durch die Verpächter getragen.

Die Abgrenzung zwischen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt anhand bestehender Richtlinien innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Bewertungsgrundsätze. Die Investitionen der bnNETZE lagen im Berichtsjahr für ihr Erdgasnetz bei 36,8 Mio. EUR. In das Stromnetz wurden 20,8 Mio. EUR investiert.

Konzessionen

Das Gasnetz umfasst 158 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden in zwei Regierungspräsidien und 11 Land- und Stadtkreisen.

Bei den Strom- und Wasserkonzessionen sind gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen zu verzeichnen. Es liegen unverändert 21 Stromkonzessionen und zwei Wasserkonzessionen in der Verantwortung der bnNETZE.

Im Bereich Strom wurden 10 Konzessionsverfahren im Jahr 2019 insoweit gewonnen, als positive Gemeinderatsbeschlüsse herbeigeführt wurden. Diese befinden sich aktuell noch im Rechtsstreit, weshalb die Vertragsunterzeichnungen und die Netzübergänge noch nicht erfolgt sind.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Netzabsatz Erdgas wie folgt:

> NETZABSATZ ERDGAS in Mio. kWh	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerkekunden	6.162,0	5.360,1	801,9	15,0
> Geschäftskunden	10.931,5	10.011,4	920,1	9,2
> Gesamt	17.093,5	15.371,5	1.722,0	11,2

Klimarelevante Faktoren haben auf den Erdgasabsatz, insbesondere zu Heizzwecken, einen maßgeblichen Einfluss. Dementsprechend ist der Anstieg des Absatzes bei den Privat- und Gewerkekunden von insgesamt 15,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich auf den Anstieg der Gradtage zurückzuführen. Auf den Geschäftskundenbereich hat dies eine geringere Auswirkung. Der Anstieg in Höhe von 9,2 Prozent lässt sich im Wesentlichen auf konjunkturelle Aspekte zurückführen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Netzabsatz Strom wie folgt:

> NETZABSATZ STROM in Mio. kWh	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Privat- und Gewerkekunden	654,7	638,2	16,5	2,6
> Geschäftskunden	885,0	884,4	0,6	0,1
> Gesamt	1.539,7	1.522,6	17,1	1,1

Der Netzabsatz im Strom liegt in 2021 mit 1.539,7 Mio. kWh um circa 1,1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dabei schlagen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen durch die Corona-Pandemie erneut auf das Industrie- und Gewerkekundensegment 2021 im Stromabsatz nieder. Der Geschäftskundenabsatz liegt auf dem Vorjahresniveau. Bei den Privatkunden dagegen steigen die Absatzmengen im Vergleich zu 2020 um circa 2,6 Prozent spürbar an. Dieser Effekt ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der veränderten Wohn- und Arbeitssituation während der Corona-Pandemie zuzuschreiben.

PRODUKTUMSATZ

Die Umsätze stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

> PRODUKTUMSATZ in Mio. Euro	2021	2020	ABWEICHUNG	
			absolut	%
> Erdgas abzüglich Erdgassteuer	349,6	307,3	42,3	13,8
> Strom abzüglich Stromsteuer	581,9	583,8	-1,9	-0,3
> Wasser	37,2	38,6	-1,4	-3,5
> Wärme	25,2	24,0	1,1	4,7
> Biogas/Biomasse	1,4	2,2	-0,7	-33,0
> Dienstleistungen/Sonstiges	66,2	56,9	9,4	16,5
> Netto-Umsatzerlöse	1.061,5	1.012,7	48,8	4,8

Der Umsatz ist im abgelaufenen Geschäftsjahr im Bereich **Erdgas** hauptsächlich temperaturbedingt gestiegen, im **Strom** ging der Umsatz aufgrund des coronabedingten Absatzrückgangs leicht zurück.

Der Absatz an Weiterverteiler wurde weiter planmäßig zurückgefahren.

Der Umsatz im Bereich **Wasser** fällt aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Wasserabgabe.

Im Bereich **Wärme** liegt der Umsatz über dem Vorjahresniveau. Ursächlich war hierfür die Witterung.

Der gestiegene Umsatz im Bereich **Dienstleistungen/Sonstiges** lässt sich im Wesentlichen auf gesunkene Bonuszahlungen an Endkunden, gestiegene Erlöse aus Bundlegeschäften sowie Betriebsführungsentgelten und auf gesteigerte Umsätze der badenIT zurückzuführen.

2.4 ERTRAGSLAGE

> **ERTRAGSLAGE** in Mio. Euro (kann zu Rundungsdifferenzen führen)

	2021	2020	Abw. absolut
> Gesamtleistung	1.081,4	1.033,0	48,4
> Materialaufwand	-785,2	-751,4	-33,8
> Personalaufwand	-116,6	-107,8	-8,8
> Abschreibungen	-59,8	-52,9	-6,9
> sonstige betriebliche Aufwendungen ./ Erträge	-61,7	-65,9	4,2
> Zinsergebnis	-7,5	-9,4	1,9
> sonstiges Finanzergebnis	16,0	17,3	-1,3
> Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9,5	-9,7	0,2
> Ergebnis nach Steuern	57,1	53,2	3,9
> sonstige Steuern	-0,3	0,9	-1,2
> Jahresüberschuss	56,8	54,1	2,7
> Entnahmen/Einstellung Innovationsfonds	0,1	-0,2	0,3
> Entnahmen/Einstellung aus Rücklagen	-0,5	0,0	-0,5
> Entnahmen/Einstellung aus Rücklagen	-1,0	-0,9	-0,1
> Gewinn-/Verlustanteile anderer Gesellschafter	-1,7	-1,0	-0,7
> Bilanzgewinn	53,7	52,0	1,7

54
55

Die Stromaktivitäten bilden mit einem Anteil von 54,8 Prozent vom handelsrechtlichen Umsatz (Vorjahr: 57,6 Prozent) den wirtschaftlichen Schwerpunkt der badenova Gruppe. Die Umsätze im Bereich Erdgas erreichen einen Anteil von 32,9 Prozent (Vorjahr: 30,3 Prozent).

Die **Gesamtleistung** steigt insbesondere aufgrund der Witterungsbedingungen im Geschäftsjahr. Zur Umsatzentwicklung wird auf die Erläuterungen in Kapitel „Produktumsatz“ verwiesen.

Der **Materialaufwand** ist analog der Gesamtleistung angestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Energiebeschaffungsmengen zurückzuführen.

Der Anstieg des **Personalaufwands** resultiert insbesondere aus höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen Geschäftsjahr.

Die **Abschreibungen** sind durch die weiterhin hohen Investitionen im Netzbereich deutlich angestiegen.

Der negative **Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen** hat sich im Wesentlichen aufgrund von Gewinnen aus Anlageabgängen im Geschäftsjahr vermindert.

Das im Vergleich zum Vorjahr verbesserte negative **Zinsergebnis** ergibt sich hauptsächlich aus dem Wegfall des Zinsaufwands der stillen Beteiligung.

Der Rückgang des **sonstigen Finanzergebnisses** begründet sich im Wesentlichen durch geringere Gewinnabführungen aus Beteiligungen.

Der **Jahresüberschuss** hat sich im Konzern um 2,7 Mio. EUR auf 56,8 Mio. EUR erhöht.

In konsequenter Umsetzung des ökologisch und nachhaltig orientierten Unternehmensprofils haben sich die badenova Gesellschafter verpflichtet, jeweils einen Betrag von drei Prozent des Jahresüberschusses dem **Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz** zuzuweisen. Mit diesem Fonds werden ökologisch-innovative Projekte zum Wasserschutz und zur Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung sowie der regenerativen Energieerzeugung gefördert, die aus sich heraus keine Wirtschaftlichkeit erreichen.

Von dem ausgewiesenen Jahresüberschuss der badenova in Höhe von 54,1 Mio. EUR wird daher entsprechend der gesellschaftsvertraglichen Regelung ein Betrag von 1,6 Mio. EUR in die Rücklage für den Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz eingestellt. Entnommen wurde entsprechend der satzungsgemäßen Verwendung im Jahr 2021 ein Betrag von 1,7 Mio. EUR.

In der Sitzung vom 23. Juli 2021 stimmte der Aufsichtsrat der badenova der Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategie mit sechs Leitbildern zu. Diese sind: Bewusstseinsbildung und Vielfalt, Biodiversität und Klimaneutralität sowie Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Beschaffung. Von besonderer politischer und gesellschaftlicher Relevanz ist das Ziel der Klimaneutralität.

Zum Zwecke der Umsetzung dieser Klimaschutzmaßnahmen wird im Jahr 2021 ein Betrag von 0,5 Mio. EUR in die **Rücklage Klimakonto** eingestellt. Über diese zweckgebundene Rücklage werden zukünftige Klimaschutzmaßnahmen teilweise finanziert.

Mit einem Bilanzgewinn von 53,7 Mio. EUR hat sich die badenova Gruppe im Geschäftsjahr 2021 in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld weiterhin sehr erfolgreich behaupten können.

2.5 FINANZLAGE

INVESTITIONEN

> INVESTITIONEN	in Mio. Euro (kann zu Rundungsdifferenzen führen)	2021	2020	Abw. absolut
> Erdgas		36,8	38,1	-1,3
> Strom		20,8	19,9	0,9
> Intelligenter Messstellenbetrieb		1,7	2,4	-0,8
> Wasser		8,2	8,2	0,0
> Wärme		14,7	7,5	7,2
> Allgemeiner Bereich		10,4	16,5	-6,1
> Finanzanlagen		13,7	5,2	8,5
> Summe Investitionsvolumen		106,3	97,8	8,5
> erhaltene Investitionszuschüsse		-2,8	-4,2	1,4
> Gesamt		103,3	93,6	9,8

Die Investitionen (abzüglich erhaltener Investitionszuschüsse) belaufen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 103,3 Mio. EUR (Vorjahr: 93,6 Mio. EUR). Auf immaterielle Vermögensgegenstände entfallen 1,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,0 Mio. EUR), auf Sachanlagen 88,5 Mio. EUR (Vorjahr: 90,5 Mio. EUR) und auf Finanzanlagen 13,7 Mio. EUR (Vorjahr: 5,2 Mio. EUR).

In den Bereichen Erdgas und Strom lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten in der Erneuerung und Erweiterung der Verteilnetze und -anlagen, mit den individuellen Schwerpunkten Netzerweiterungen und Bau neuer Netzanschlüsse (Erdgas) sowie Erneuerungen im 110-kV-Kabelnetz und dem Breitbandausbau (Strom).

Die Investitionen im Bereich Intelligenter Messstellenbetrieb (vormals im Bereich Strom enthalten) umfassen moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme und liegen unter dem Vorjahresniveau.

Die Investitionen im Bereich Wasser liegen auf Vorjahresniveau und umfassen unter anderem Sanierungsmaßnahmen bei Hochbehältern in Freiburg und Lahr.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten im Wärmebereich lag in der Erweiterung der bestehenden Wärmenetze. Die größten Einzelmaßnahmen stellen der Neubau der Energiezentrale Staudinger Schule in Freiburg sowie Investitionen in große PV-Anlagen dar.

Die Investitionen im allgemeinen Bereich umfassen im Wesentlichen Restarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Standort in Freiburg, Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie die turnusgemäße Erneuerung der IT-Systeme der badenova Gruppe.

Die Investitionen in Finanzanlagen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen und setzen sich im Wesentlichen aus Projekten aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien sowie der Gründung und Beteiligung an mehreren Gesellschaften mit unterschiedlichen Geschäftszwecken zusammen.

56

57

FINANZIERUNG

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Konzern in Höhe von 308,2 Mio. EUR (Vorjahr: 290,7 Mio. EUR) entfallen 235,6 Mio. EUR (Vorjahr: 214,2 Mio. EUR) auf festverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten und 72,6 Mio. EUR (Vorjahr: 73,4 Mio. EUR) auf variabel verzinsliche Darlehensverbindlichkeiten. Für die variabel verzinslichen Darlehensverbindlichkeiten wurden in Höhe von 8,1 Mio. EUR (Vorjahr 14,9 Mio. EUR) Zinnsicherungsgeschäfte aufgenommen und somit eine feste Zinsvereinbarung hergestellt. In den variabel verzinslichen Darlehensverbindlichkeiten ist zudem ein Anteil von 36 Mio. EUR für die Zwischenfinanzierung der Rückzahlung der stillen Beteiligung enthalten. Diese Darlehen wurden mit Einzahlung der Kapitalerhöhung im Januar 2021 wieder vollständig zurückgeführt.

In Höhe von 0,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1,8 Mio. EUR) wurden zum 31. Dezember 2021 Kreditlinien in Anspruch genommen. Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten weisen eine den Risiken der badenova Gruppe adäquate Zinsstruktur auf. Bei den festverzinslichen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt die durchschnittliche Restzinsbindungsdauer 5,7 Jahre (Vorjahr: 5,8 Jahre).

Zum 31. Dezember 2021 standen der badenova Gruppe nicht in Anspruch genommene zugesagte Kreditlinien in Höhe von 62,0 Mio. EUR (Vorjahr: 60,2 Mio. EUR) zur Verfügung.

2.6 VERMÖGENSLAGE

Die Vermögens- und Kapitalstruktur nach betriebswirtschaftlicher Betrachtungsweise (Zurechnung der Kapital- beziehungsweise Ertragszuschüsse zu 86 Prozent zum Eigenkapital und zu 14 Prozent zu den langfristigen Verbindlichkeiten) stellt sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt dar:

> VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR in Mio. Euro (kann zu Rundungsdifferenzen führen)	2021		2020	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
> Anlagevermögen (ohne Ausleihungen)	699,8	72,5	666,8	78,6
> langfristige Forderungen	8,8	0,9	3,4	0,4
> Vorräte	42,5	4,4	17,6	2,1
> kurzfristige Forderungen	199,0	20,6	157,2	18,5
> flüssige Mittel	13,4	1,4	1,9	0,2
> Rechnungsabgrenzungsposten	1,8	0,2	1,9	0,2
> Vermögen	965,3	100,0	848,7	100,0
> Eigenkapital	329,8	34,2	285,7	33,7
> langfristige Verbindlichkeiten	342,9	35,5	296,1	34,9
> kurzfristige Verbindlichkeiten	292,0	30,2	266,1	31,4
> Rechnungsabgrenzungsposten	0,6	0,1	0,8	0,1
> Kapital	965,3	100,0	848,7	100,0

Von dem insgesamt gebundenen Vermögen sind 34,2 Prozent (Vorjahr: 33,7 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Das Anlagevermögen und die langfristigen Forderungen umfassen 73,4 Prozent (Vorjahr: 79,0 Prozent) der Bilanzsumme.

Die Kapitalstruktur verdeutlicht die langfristige Finanzierung des gebundenen Vermögens und kann somit als weiterhin stabil bezeichnet werden.

2.7 MITARBEITER

Die Gesamtbelegschaft betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 1.580 (Vorjahr: 1.509) Mitarbeiter/-innen unter Einbezug der Mitarbeiter/-innen in Altersteilzeit und Elternzeit. Darin sind 71 (Vorjahr: 74) Auszubildende enthalten.

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 waren 1.616 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, gegenüber 1.557 zum 31. Dezember 2020. Auch in diesen Daten sind Mitarbeiter/-innen in Altersteilzeit und Elternzeit enthalten.

Die Mitarbeiterzahl ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die zahlreichen neuen Themen und Projekte können nur teilweise durch neue Organisationsformen (crossfunktionale Teams) und steigende Prozesseffizienz (beziehungsweise Digitalisierung) ohne Personalaufbau bewältigt werden, zu anderen Teilen ist dazu auch ein Personalaufbau notwendig.

Die Fluktuationsquote ist nahezu gleichgeblieben (+0,18 Prozent auf 5,83 Prozent). Die neuen New-Work-Ansätze (wie zum Beispiel eine sehr weitgehende Flexibilisierung der Arbeit in Raum und Zeit durch neue, moderne betriebliche Regelungen) zeigen offensichtlich ebenso Wirkung wie der wertebasierte Ansatz der Unternehmensgruppe.

2.8 SONSTIGES

Nachdem die Verschmelzung der Badische Gas- und Elektrizitätsversorgung AG auf die badenova mit Eintragung ins Handelsregister im Juni 2014 vollzogen war, stellten einige ehemalige Aktionäre einen Antrag auf gerichtliche Überprüfung der Höhe der Barabfindung. Der Gutachter hat zu einzelnen Fragen der Bewertung inzwischen Stellung genommen. Ein Urteil steht aber nach nunmehr sieben Jahren weiter aus.

3. TÄTIGKEITEN NACH DEM ENERGIE-WIRTSCHAFTSGESETZ

badenova, badenIT, E-MAKS und bnNETZE sind verpflichtet, getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung zu führen sowie Tätigkeitsabschlüsse nach § 6b Abs. 3 EnWG aufzustellen und durch den Abschlussprüfer prüfen zu lassen.

58

59

4. RISIKOBERICHT

4.1 RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die badenova Gruppe unterliegt mit ihren unternehmerischen Aktivitäten allgemeinen und branchenüblichen Risiken. Zur Erreichung der wertesteigernden Zielsetzungen werden Risiken bewusst eingegangen und gezielt gesteuert. Die badenova Risikopolitik ist somit Teil der von Rentabilitäts- und Wachstumszielen geprägten Geschäftspolitik.

Das implementierte Risikomanagementsystem soll gewährleisten, dass sämtliche Einflüsse, die sich negativ auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens auswirken könnten, frühzeitig als Risiko erkannt, systematisch erfasst und bewertet werden.

In der für die badenova Gruppe aktuell gültigen Risikomanagement-Richtlinie sind die systematischen Grundlagen, die Konzepte und Methoden zur Risikoidentifikation und -bewertung, die Informations-, Steuerungs- und Überwachungsmechanismen sowie die Risikomanagementorganisation einheitlich geregelt.

Die Sicherstellung, Ausgestaltung und Weiterentwicklung des konzernweiten Risikomanagementsystems erfolgt durch die direkt dem Vorstand zugeordnete zentrale Risikomanagementfunktion. Aufgrund der besonderen Bedeutung unseres Geschäftsfeldes „Markt & Energiedienstleistungen“, werden strukturelle und energievertriebs- und -beschaffungsspezifische Risiken/Chancen in einem

quartalsweise tagenden Risikokomitee zentral gesteuert. Das operative Risiko-Controlling erfolgt dabei auf Basis des Risikohandbuchs, in dem die Leitplanken und Vorgaben für die Funktionsbereiche Energiebeschaffung und -vertrieb dokumentiert sind.

Im Rahmen der regelmäßig durchzuführenden Analysen der relevanten wirtschaftlichen Sachverhalte werden eventuelle Risiken identifiziert, gegebenenfalls mittels mathematisch-statistischer Methoden bewertet und schließlich zu einem Gesamt-Risikoprofil aggregiert. Die Ergebnisse dieser Risikoinventur werden mittels einer professionellen Software erfasst und verarbeitet.

Die durch die laufenden Risikoanalysen gewonnenen Erkenntnisse bilden eine Informationsgrundlage für die internen (Risiko-)Steuerungsprozesse, die mittel- und langfristigen Unternehmensplanungen sowie für die erforderlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmaßnahmen im Rahmen der Jahresabschlusserstellung.

Die Risikosituation der badenova Gruppe ergibt sich danach im Wesentlichen aus nachfolgenden Sachverhalten und Aspekten.

4.2 STRATEGISCHE RISIKEN

POLITIK UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Ukraine-Krise

Die Einstufung unserer Risiken gibt den Stand von März 2022 wieder. Welche Auswirkungen der Ukraine-Konflikt haben wird, ließ sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhersagen. Die Auswirkungen werden jedoch täglich in einer Sitzung des Krisenmanagementteams behandelt.

Risiken aus Lieferkettenunterbrechungen aufgrund des Ukraine-Konflikts wurden in dieser Darstellung nicht berücksichtigt.

Marktliberalisierung/-regulierung

Die Ergebnisabführung der bnNETZE macht einen wesentlichen Anteil am Ergebnis der badenova aus. Insoweit sind auch Risiken aus regulatorischen Festlegungen sowie aus Prüfungsverfahren der Bundesnetzagentur, die auf das Strom- und Gasnetzgeschäft der bnNETZE wirken, für die badenova besonders relevant. Im regulierten Geschäft sind die wesentlichen Einflussgrößen der Erlösobergrenze der jeweils dritten Regulierungsperiode bereits bekannt. Dennoch sind innerhalb der Regulierungsperiode Anpassungselemente der Erlösobergrenze wie das Regulierungskonto mit teilweise noch offenen Verfahren vorhanden.

Kommunalpolitisches Umfeld und Konzessionsverträge

Die badenova Gruppe ist derzeit in 162 Gemeinden mit der leitungsgebundenen Energieversorgung und der Erbringung von energienahen Dienstleistungen engagiert. Dieses Engagement ist per 31. Dezember 2021 durch insgesamt 181 bestehende Konzessionen (davon 158 Gas, 21 Strom und zwei Wasser) vertraglich gefestigt, deren zeitliche Bindung sich maximal bis Ende 2041 erstreckt. Dies stellt insofern ein erhebliches Risiko dar, als es nicht gelingen sollte, rechtzeitig Vertragsverlängerungen erwirken zu können, beziehungsweise für den Fall des Verlustes von Konzessionen, diese durch entsprechende Neuverträge zu kompensieren. In diesem Zusammenhang, und insbesondere auch begünstigt durch die finanzielle Lage der Kommunen, sind einzelne Kommunen bestrebt, die Energieversorgung wieder in die eigene Verantwortung zu nehmen – mitunter auch in Kooperation mit anderen Kommunen. Auch aktuell werden von einigen wenigen, aber größeren Kommunen

die Möglichkeiten zum Erwerb und wirtschaftlichen Betrieb der örtlichen Versorgungsnetze geprüft. Dies führt zu Verzögerungen der Konzessionsverfahren. So befinden sich aktuell 6 ausgelaufene Konzessionsverträge (2 Strom, 4 Erdgas) bereits längere Zeit im Bewerbungs- und Verhandlungsprozess. Weitere zwei Erdgas-Verträge, welche 2022 auslaufen, befinden sich ebenfalls in rechtlicher Klärung. Darüber hinaus sind 10 durch Gemeinderatsbeschluss im Jahr 2019 neu hinzugewonnene Strom-Konzessionen noch immer im Rechtsstreit und können somit nicht abgeschlossen und umgesetzt werden. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass die Konzessionsvergabeverfahren von großer Rechtsunsicherheit geprägt sind und dies durch aktuelle Gerichtsurteile noch verstärkt wird, weshalb die Kommunen zur Einhaltung eines rechtssicheren und diskriminierungsfreien Vergabeverfahrens vermehrt Berater hinzuziehen. Trotz der Verfahrensbegleitung durch Berater folgt aktuell vermehrt eine rechtliche Auseinandersetzung – teilweise vor oder nach der Vergabe, hierdurch wird zusätzliche Unsicherheit geschaffen und die Verfahren werden kaum abschätzbar verlängert. Zudem hat die Corona-Pandemie zu einer Verzögerung der Bewerbungsverfahren sowie der laufenden Gerichtsverfahren geführt. In den kommenden Jahren werden weitere Verfahren angestoßen, während etliche Verfahren noch immer nicht abschließend und rechtssicher geklärt sind. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der Wettbewerb um Konzessionen und der Unsicherheitsgrad weiterhin hoch bleiben wird.

STRATEGIEENTWICKLUNG/STRATEGISCHE ENTSCHEIDUNGEN

Veränderte Rahmenbedingungen

Externe Einflussfaktoren wirken weiterhin in Richtung einer fundamentalen Veränderung der Energiewirtschaft und stellen für diese eine besondere Herausforderung dar. Dies erschwert das Kerngeschäft der badenova und beeinträchtigt das erreichbare Ergebnisniveau. Zu nennen sind im Wesentlichen:

- › Sektorenkopplung zur Umsetzung der Energiewende voranbringen
- › Entwicklung neuer und Verbesserung bestehender Technologien
- › zunehmende Digitalisierung der Geschäftsmodelle
- › weiterhin erhebliche Unsicherheit bezüglich der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich daraus unmittelbar und mittelbar ergebenden Konsequenzen, insbesondere vor dem Hintergrund der staatlichen Zielsetzungen zur Dekarbonisierung beziehungsweise zur Erreichung von CO₂-Neutralität bis 2030 beziehungsweise 2050 durch gesetzliche Maßnahmen
- › Veränderung der klimatischen Bedingungen einschließlich der Zunahme von Extremwetterereignissen

Die Ziele der Bundesregierung zur Dekarbonisierung und CO₂-Neutralität bis 2030 beziehungsweise 2050 mit den gesetzlichen Maßnahmen auf diesem Wege wird zu deutlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern der badenova Gruppe führen, denn die momentan diskutierten Maßnahmen für den privaten Verbrauchssektor sind mit stärkerer Dezentralisierung verbunden.

Die Erzeugung von Strom und Wärme in unseren BHKWs mit Erdgas wird in Frage gestellt sein beziehungsweise die Anlagen müssen auf alternative Brennstoffe umgestellt werden. Dies kann die Auslastung von Anlagen reduzieren beziehungsweise zu Investitionskosten führen. Darüber hinaus kann die Förderung von privaten Mikroerzeugungsanlagen zur Steigerung der Unabhängigkeit die Energienachfrage bei Versorgern deutlich reduzieren.

Der Ersatz des Rohstoffes Gas durch andere Ressourcen verringert die Nutzung und Rentabilität des bestehenden Gasnetzes.

Bei steigender Dezentralisierung durch „Prosumer“, also Kunden, die sowohl Energie produzieren als auch konsumieren, wird der Anteil der benötigten Restversorgung durch regionale oder überregionale Versorger immer geringer.

Es ist denkbar, dass zur Beschleunigung der Dekarbonisierung signifikante staatliche Förderprogramme für Sanierung oder Neubau von Heizungsanlagen aufgelegt werden – beispielsweise für Wärmepumpen sowie Photovoltaik für die private Wärmeerzeugung. Dies würde zu einem Rückgang beim Gasabsatz führen und die Nachfrage nach Gas-Hausanschlüssen reduzieren.

Auch die Veränderung klimatischer Bedingungen sowie die Zunahme von Extremwetterereignissen kann spürbare Auswirkungen auf unsere Infrastruktur haben. So kann dies zu erhöhten Aufwendungen für Instandhaltung und Reparaturen sowie verstärkten Anforderungen an die Versorgungssicherheit führen.

Die laufend aktualisierte Konzernstrategie der badenova trägt den oben genannten Entwicklungen Rechnung. Die Weiterentwicklung erfolgt im Rahmen der Erarbeitung und Verabschiedung spezifischer Geschäftsfeldstrategien, die die Basis für die weitere strategische Planung und den mittelfristigen Wirtschaftsplan darstellen.

Konzernstruktur und Veränderungen im Beteiligungsportfolio

Die badenova hat im Berichtsjahr die encore GmbH gegründet. Die encore stellt ihren Kunden eine cloudbasierte eCommerce-Lösung bereit, um die zentralen Kundenprozesse von der Stammdatenpflege bis zum Cross- und Upselling bedienen zu können. Zur weiteren Stärkung des Vertriebsgeschäfts hat badenova 49,9 Prozent der Geschäftsanteile an der sparstrom Energievertriebs GmbH erworben und hält inzwischen sämtliche Anteile an der Gesellschaft. Im Bereich der Elektromobilität hat die badenova zusammen mit der Green Power Mobility Holding GmbH & Co. KG die Ladepark Südbaden GmbH & Co. KG gegründet.

Die bnNETZE hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr an der Versorger-Allianz 450 Beteiligungs-GmbH & Co. KG beteiligt. Gemeinsam mit rund 120 Unternehmen der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft wird über die Beteiligung nach dem Erwerb sogenannter 450-MHz-Frequenzrechte der notwendige Aufbau eines Funknetzes für den krisensicheren Betrieb vorgebracht. Darüber hinaus wurde die Beteiligung an der Erschließungsgesellschaft badenova Konzept GmbH & Co. KG erhöht und gemeinsam mit den Städten Lörrach und Weil am Rhein Netzeigentums-gesellschaften für die weitere Umsetzung unserer Wachstumsstrategie im Stromnetzbetrieb gegründet.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die bnWÄRMEPLUS gemeinsam mit den Mitgesellschaftern weiteres Eigenkapital in die Beteiligung Stadtenergie Lörrach GmbH & Co. KG eingezahlt. Damit konnte die Transaktion abgeschlossen werden. Die Gesellschaft übernimmt inzwischen die energieeffiziente Wärmeversorgung innerhalb des Stadtgebietes Lörrach.

Die badenIT hat gemeinsam mit dem Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Lörrach die Regio-RZ Süd GmbH gegründet. Das leistungsstarke Rechenzentrum befindet sich aktuell in der Bauphase und wird in Zukunft einen wichtigen Baustein in der digitalen Infrastruktur am Hochrhein bilden.

Die Kontrolle und Überwachung der laufenden Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften erfolgt in deren Aufsichtsgremien sowie im Planungs- und Steuerungsprozess der badenova. Dennoch können unerwartete Dividendenausfälle eintreten. Diese haben unmittelbare Ergebniswirkung und können zu einer Korrektur der Beteiligungsbuchwerte führen.

4.3 OPERATIVE RISIKEN DER LEISTUNGSWIRTSCHAFTLICHEN UNTERNEHMENSBEREICHE UND QUERSCHNITTSFUNKTIONEN

Das operative Geschäft ist geprägt von den leistungswirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Energiebeschaffung und -vertrieb, Transport sowie Produktion, Netzbau, -betrieb und -unterhaltung. Diese Aktivitäten werden unterstützt durch betriebliche Querschnittsfunktionen.

ENERGIEBESCHAFFUNG UND -VERTRIEB

Die Risikolage im Bereich Energievertrieb und -beschaffung ist im Wesentlichen geprägt von der Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung von Mengen und/oder Preisen – und zwar sowohl absatz- wie auch beschaffungsseitig. Haupteinflussfaktoren sind dabei das (im Privatkundensegment auch stark witterungsbedingte) Abnahmeverhalten der Kunden einerseits sowie die Volatilität der Marktpreise andererseits.

Zur Erfüllung absatzseitiger Verpflichtungen werden beschaffungsseitig im Wesentlichen physische Warentermingeschäfte eingesetzt. Erhebliche negative Konsequenzen können sich in der aktuellen volatilen Marktlage sowohl durch sogenannte „offenen Positionen“, das heißt (noch) nicht preisfixierte (Beschaffungs- beziehungsweise Absatz-) Mengen-Kontingente, sowie beim Ausfall von Energielieferanten ergeben, da die Mengen anderweitig zu deutlich höheren Preisen beschafft werden müssten. Schäden durch den Ausfall einzelner Lieferanten haben momentan das Potenzial, das vorgegebene Risikokapital zu übersteigen. Die badenova steuert den Marktrisiken mit dem Halten geringer, offener Positionen sowie weiterer Beschaffungsdiversifikation entgegen.

62

63

Der zunehmende Wettbewerbsdruck auf dem Energiemarkt führt tendenziell zu niedrigeren Vertriebsmargen und/oder sonstigen vertraglichen Zugeständnissen gegenüber den Kunden mit ergebnismindernder Wirkung.

Das hohe Niveau und die große Volatilität der Preise im Jahr 2021 werden das Geschehen an den Energiemärkten wohl noch einige Zeit prägen. Vor dem Hintergrund eines sich stetig verändernden Marktumfeldes werden angepasste Beschaffungsstrategien und deren operative Umsetzung immer wichtiger und sind mit entsprechenden organisatorischen und prozessualen Herausforderungen verbunden. Die hohen Strompreise könnten den erneuerbaren „Power Purchase Agreements“ (PPAs) weiterhin deutlichen Vorschub bereiten, da sie verlässliche Preise und grünen Zusatznutzen verbinden. Die Absicherung von langfristigen PPAs, aber auch der Wechsel zwischen Vermarktungsmodellen für erneuerbare Energien dürften in Anbetracht der hohen Marktwerte auch für badenova an Bedeutung gewinnen.

Im Jahr 2020 wurden rund 55 Prozent der in die Bundesrepublik Deutschland importierten Erdgas-mengen von der Russischen Föderation geliefert. Für die Handelspartner der badenova ist die Aufrecht-erhaltung dieser physischen Lieferbeziehungen von hoher wirtschaftlicher Relevanz. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung ist davon auszugehen, dass die vereinbarten Lieferungen weiterhin geleistet werden. Sollte sich dieser Lieferstatus aufgrund veränderter politischer Entscheidungen ändern und den Handelspartnern die geordneten Mengen nicht in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden, ist zunächst von weiter steigenden Erdgaspreisen auf der Beschaffungsseite auszugehen. Je nach Umfang der Liefereinschränkungen greifen Maßnahmen nach §§ 16, 16a EnWG sowie in einer weiteren Eskalation Maßnahmen nach § 3 EnSG. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Energiewirtschaft im Allgemeinen und der badenova Gruppe im Speziellen lassen sich aus heutiger Sicht nicht abschätzen. Hierzu finden aktuell intensive Abstimmungen zwischen den Bundesministerien und Branchenvertretern statt.

ENERGIETRANSPORT

Wesentliche Einflussgrößen auf die Transportmengen im Strom- und Gasbereich sind Konjunktur und Temperatur. Bei Veränderungen dieser Parameter besteht die Möglichkeit einer ungeplanten Verminderung von Transportmengen, die sich ergebnissenkend auswirkt. Da diese Faktoren naturgemäß Schwankungen unterliegen, ist dieses Risiko unter Liquiditätsgesichtspunkten – insbesondere im Gasbereich – nicht zu vernachlässigen. Da absatzmengenbedingte Mindererlöse jedoch in der Zukunft über das Regulierungskonto ausgeglichen werden können, sind die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen allerdings zeitlich begrenzt.

RISIKEN IM BEREICH PRODUKTION, NETZBAU, -BETRIEB UND -UNTERHALTUNG

Die bestehenden Produktions- und Verteilnetzanlagen der Energie- und Wasserversorgung unterliegen dem allgemeinen Risiko von Betriebsstörungen und technischen Ausfällen. Diesen Risiken wird gezielt mit der systematischen Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen begegnet. Darüber hinaus werden alle betrieblichen Abläufe unter Einsatz von prozessintegrierten organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen vollzogen (Anlagen-, Bau- und Arbeitsstellen-Sicherungsmaßnahmen sowie Bereitschaftsdienste, Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen). Die Organisationssicherheit wird durch regelmäßige Überprüfungen des Technischen Sicherheits-Managements (TSM) gewährleistet.

RISIKEN DER QUERSCHNITTSFUNKTIONEN

Personalwirtschaftliche Risiken

Für die badenova Gruppe gehören gut ausgebildete Mitarbeiter/-innen mit den geforderten Fachkenntnissen und Erfahrungswerten zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren der Zukunft. Die demographische Entwicklung mit einer zunehmend älteren Gesellschaft führt auch bei der badenova Gruppe zu einem demographisch bedingten Altersstrukturrisiko. Im Bereich des Personalwesens besteht aktuell neben dem demographisch bedingten Altersstrukturrisiko auch ein Stellenbesetzungsrisiko durch den Fachkräftemangel. Durch gezielte Maßnahmen werden diese Risiken verringert. Das Durchschnittsalter ist in den letzten Jahren kontinuierlich und die Fluktuation deutlich gesunken. Außerdem ist der „kununu-Zufriedenheitsindex“ überdurchschnittlich gut (4,2 bei 95 Prozent Weiterempfehlungsquote); insbesondere die Weiterempfehlungsquote ist sowohl im Branchenvergleich als auch über die Branche hinaus deutlich über dem Benchmark. Die Mitarbeitenden schätzen nach vielen übereinstimmenden Rückmeldungen die Ausrichtung und die Werte beziehungsweise Kultur des Unternehmens. In den vergangenen beiden Pandemie Jahren hat sich die badenova Gruppe nicht nur als stabiler und verlässlicher, sondern auch als flexibler und veränderungsbereiter Arbeitgeber gezeigt hat: Eine hohe und schnell erreichte Homeoffice-Quote, hybride Arbeitsmodelle – begleitet durch diverse Personalentwicklungsmaßnahmen und unterstützt von moderner IT-Ausstattung – und ein Vertrauensvorschuss in die Selbstorganisation der Mitarbeitenden sind durchweg positiv erlebt worden.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Korrespondierend zu den jeweils eingegangenen Beschaffungs- beziehungsweise Vertriebskontrakten bestehen entsprechende finanzielle Ausfallrisiken, die mit geeigneten präventiven sowie nachgelagerten Maßnahmen reduziert werden.

Die zu Finanzierungszwecken von derzeit fünf Konzerngesellschaften aufgenommenen Kredite unterliegen teilweise einem variablen Zinssatz. Zur Eliminierung dieses Zinsänderungsrisikos kommen teilweise Zinsswap-Geschäfte zum Einsatz. Diese bewirken eine Fixierung der dem Basis-Kreditgeschäft zugrunde liegenden variablen Zinssatz-Komponente.

Die weiterhin anhaltende Niedrigzinsphase stellt grundsätzlich gute Finanzierungsbedingungen für weiteres profitables Wachstum dar. Allerdings führt diese Entwicklung auch dazu, dass die Abzinsung langfristiger Rückstellungen zu einer Aufstockung dieser Position führt und dadurch das Ergebnis belastet wird.

Informations- und Datenverarbeitungs-Risiken

Die Informationstechnik ist eine Querschnittsfunktion zur Unterstützung der Geschäftsprozesse der leistungswirtschaftlichen Unternehmensbereiche. Die Auswirkungen von Risiken der Informationstechnik werden daher stets aus Sicht der Geschäftsprozesse und deren Bedeutung bemessen. In der Regel sind die Anforderungen der Unternehmensbereiche bezüglich der ihre Geschäftsprozesse unterstützenden IT-Services in Service Level Agreements mit den Dienstleistern, vor allem der badenIT, definiert. Insbesondere sind hier die Kennzahlen zur Leistungsfähigkeit, Verfügbarkeit und Sicherheit vereinbart.

Die Risiken bei Nichteinhaltung der Anforderungen von Informationssicherheit und Datenschutz sind der Art nach

- › Datenzerstörung,
- › Sabotage,
- › Datenverlust oder unzureichende Verfügbarkeit von Daten,
- › Datendiebstahl oder unzulässige Datenübermittlung an Unbefugte,
- › unzulässige Verarbeitung personenbezogener Daten,
- › unerlaubte Datenzugriffe.

64
65

Zur Verringerung dieser Risiken durch Minimierung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder Eingrenzung des Ausmaßes möglicher Auswirkungen, kommen vielfältige Sicherungs-, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zum Einsatz, wie etwa räumliche Zutrittskontrollen, Zugangskontrollen bezüglich IT-technischer Anlagen und -Geräte sowie Zugriffskontrollen für bestimmte Datenbestände. Darüber hinaus erfolgen auch Kontrollmaßnahmen bzgl. der Weitergabe von (insbesondere personenbezogenen) Daten sowie der Sicherung von Daten auf Datenträgern.

All diese risiko- beziehungsweise sicherungsorientierten Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen erfolgen im Rahmen eines speziell auf die Belange unseres IT-Bereichs ausgerichteten Informationssicherheitsmanagementsystems für Energienetzbetreiber nach dem IT-Sicherheitskatalog der Bundesnetzagentur. Es bildet somit eine Teil-Komponente des gesamten badenova Risikomanagementsystems und betrifft vor allem die bnNETZE, mit den Bereichen Verbundwarte und Messen, Steuern, Regeln sowie deren zum sicheren Netzbetrieb erforderliche ITK-Technik. Die notwendigen Überwachungsaudits im Oktober 2018 und Oktober 2019 sowie die Rezertifizierung im Oktober 2020 wurden erfolgreich abgeschlossen. Ebenso wurde auch die kritische Infrastruktur Leitzentrale Wasser nach dem Branchenstandard B3S WA im Jahr 2021 erfolgreich testiert.

Zur Erfüllung der Anforderungen der seit dem 25. Mai 2018 geltenden EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSVGO) wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ein Großteil dieser erforderlichen Maßnahmen wurde bereits 2019 umgesetzt. Die Maßnahmen zur Umsetzung der Löschpflichten in SAP wurde 2020 als Projekt gestartet; es konnte im Jahr 2021 abgeschlossen werden. Des Weiteren wurde ebenfalls im Jahr 2021 ein Projekt zur Anonymisierung von personenbezogenen Daten auf SAP-Testsystemen erfolgreich abgeschlossen.

Ein weiteres Projekt zur Umsetzung von Löschpflichten und zum sicheren Umgang mit Einwilligungen in allen anderen Kundendatensystemen hat in Phase 1 die Konzeptionen erarbeitet, die in Phase 2 2021 umgesetzt wurden. Die Überarbeitung des Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten ist 2020 begonnen worden. Bei Nichterfüllung der DSGVO drohen Bußgelder im Rahmen bis zu 4 Prozent des Vorjahresumsatzes.

Compliance-Risiken

Für die badenova Gruppe können Compliance-Risiken im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung von gesetzlichen Vorgaben, internen Anweisungen und Richtlinien eintreten. Durch die laufende Weiterentwicklung unseres Compliance-Managementsystems werden solche Risiken vermieden bzw. begrenzt. Den Rahmen für das Compliance-Managementsystem bilden die Konzernrichtlinien „Verhaltenskodex“ und „Compliance-Management“. Das Compliance-Management ist organisatorisch verankert in der Funktion des Compliance-Beauftragten, die direkt dem Vorstand zugeordnet ist.

4.4 GESAMTBEURTEILUNG DURCH DEN VORSTAND

Den Fortbestand des Konzerns unmittelbar gefährdende Risiken wurden nicht identifiziert und sind nach derzeitigem Erkenntnisstand auch auf absehbare Zukunft nicht erkennbar.

Allerdings könnten die zum Zeitpunkt der Berichtserstellung sich überschlagenden Ereignisse im Zusammenhang mit der Russland-Ukraine-Krise und deren mögliche Folgen für die Weltwirtschaft im Allgemeinen und die Energiewirtschaft im Speziellen zu einer veränderten Risikobeurteilung führen. Signifikante, gefährdende Risiken liegen momentan beim Ausfall wesentlicher Energielieferanten vor. Des Weiteren stellen derzeit der Wettbewerbsmarkt, der bestehende Margendruck im Vertrieb sowie ein volatileres Geschäft eine große Herausforderung dar, sich weiterhin erfolgreich am Markt zu positionieren. Diese Risiken werden der Situation entsprechend eng gemonitort und wo möglich und sinnvoll verringert.

Darüber hinaus können in der weiteren Zukunft insbesondere externe Faktoren wie technologische Veränderungen, umfassende Digitalisierung von Geschäftsabläufen sowie die zunehmende Dezentralisierung der Wertschöpfung zu einer grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft führen. Der inzwischen erfreulich hohe Anteil der Erzeugungsleistung im Bereich der erneuerbaren Energien hat zu einer gestiegenen Volatilität der Strompreise geführt. Die Auswirkungen von Extrem-Wetterlagen wie Hitzeperioden im Sommer und Starkwindereignissen im Herbst und Winter führen zu unmittelbaren Preisausschlägen.

Für eine weitere erfolgreiche Marktpräsenz wird entscheidend sein, dass sich die Unternehmen der badenova Gruppe weiterhin mit einem hohen Maß an Flexibilität an diese sich abzeichnenden Veränderungen anpassen können und diese Anpassungen rechtzeitig erfolgen.

Neben den bereits seit geraumer Zeit eingeleiteten vielfältigen strukturellen und operativen Optimierungsmaßnahmen hat die badenova Gruppe auch 2021 im Rahmen von diversen Projekten weitere Initiativen ergriffen und umgesetzt, um diese Veränderungen – insbesondere die Trends zunehmender Dezentralisierung und Digitalisierung – offensiv aufzunehmen und konstruktiv in das bestehende Geschäftsmodell zu integrieren bzw. neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Wir sind überzeugt davon, mit diesen bereits in Umsetzung befindlichen Maßnahmen auch künftig erfolgreich am Markt agieren zu können.

5. PROGNOSE-/CHANCENBERICHT

Im Rahmen des Planungsprozesses werden die relevanten Prämissen und strategischen Maßnahmen nach Abstimmung zwischen Vorstand, Geschäftsfeldverantwortlichen, Zentralbereichsleitern und Geschäftsführungen der Konzerntöchter zentral vorgegeben. Hierbei werden die Preisentwicklungen an den Beschaffungsmärkten sowie die Zinsentwicklung für den Planungszeitpunkt auf Basis aktueller Marktdaten und Einschätzungen verwendet. Die zum Planungszeitpunkt aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen fließen ebenfalls in die Planung ein.

Für die Planung der Vertriebsmengen werden Witterungseffekte aus dem durchschnittlichen Temperaturniveau der letzten Jahre angesetzt und Annahmen über die wettbewerblichen Kundenveränderungen getroffen. Für 2022 gehen wir weiterhin von einem hohen Wettbewerbsdruck mit niedrigen spezifischen Deckungsbeiträgen aus. Diesem Marktumfeld wird im Planungszeitraum mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Bestandskundensicherung und der weiteren Optimierung des Forderungsmanagements begegnet. Mit der selektiven Nutzung unserer Vertriebskanäle wird eine qualitative Wachstumsstrategie im Vertriebsgeschäft umgesetzt. Zum Planungszeitpunkt haben wir die möglichen Auswirkungen einer stark volatilen Preisentwicklung in der Energiebeschaffung auf das vertriebliche Wettbewerbsumfeld und die Beschaffungsstrategie berücksichtigt. Nennenswerte Ergebnisauswirkungen der Corona-Pandemie erwarten wir nicht mehr. Der Stromabsatz wird sich im laufenden Jahr 2022 voraussichtlich auf dem Vorjahresniveau halten. Beim Erdgasabsatz erwarten wir eine temperaturbedingt leicht rückläufige Entwicklung.

66
67

In der bnNETZE werden die laufenden Konzessionsverfahren bewertet und in der Planung entsprechend berücksichtigt. Die Netzdurchleitungsmengen werden auf Basis vergangenheitsbezogener Werte hergeleitet. Die Erlösentwicklung im regulierten Netzgeschäft wird maßgeblich durch die Rahmenbedingungen für die dritte Regulierungsperiode bestimmt. Sie ist damit gut planbar. Ergebnisschwankungen können sich im Gasnetz insbesondere durch temperaturbedingte Mengenschwankungen ergeben, die allerdings in Folgejahren über das sogenannte Regulierungskonto wieder ausgeglichen werden.

Die bnWÄRMEPLUS wird die eigenen Wärmenetze und -anlagen energetisch weiter optimieren. Die Umsetzung des Förderprogramms „Wärmenetze 4.0 – Bundesförderung effiziente Wärmenetze“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wird 2022 im Stadtgebiet Freiburg fortgesetzt. In den Bestandsnetzen werden weiterhin neue Kunden akquiriert. Im Bereich der erneuerbaren Energien werden Wind- und Photovoltaik-Projekte gemeinsam mit Projektpartnern laufend geprüft und bei ausreichender Wirtschaftlichkeit weiterentwickelt.

Die Auswirkungen der Niedrigzinsphase werden für die Bewertung der Rückstellungen angemessen berücksichtigt.

Für das Jahr 2022 sind Investitionen in Sachanlagen von rund 117,0 Mio. EUR geplant. Sie betreffen insbesondere Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen in unsere Netzinfrastruktur in den Bereichen Strom, Erdgas, Wasser und Wärme. Speziell im Wärmebereich werden in den kommenden Jahren die Netze und Anlagen für den zukunftsorientierten und klimafreundlichen Betrieb unter Nutzung der Förderinitiative Wärmenetze 4.0 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz aus- und umgebaut.

Im Bereich der Finanzanlagen sind Investitionen von rd. 12 Mio. EUR geplant. Schwerpunkte der Investitionen liegen in den Bereichen Erneuerbare Energien sowie in der Entwicklung der bestehenden Beteiligungen der badenova Gruppe.

Unter Berücksichtigung der geplanten Investitionen, Darlehenstilgungen und Abschreibungen errechnet sich gemäß der im Herbst 2021 erstellten Wirtschaftsplanung für 2022 ein Finanzierungsbedarf in Höhe von rd. 79,6 Mio. EUR, der durch Neuaufnahmen und die Verlängerung von Krediten zu decken ist. Kurzfristige Liquiditätsschwankungen aus der Vorfinanzierung des Energieabsatzes aufgrund der Preissteigerungen in der Energiebeschaffung können bei Bedarf durch entsprechende kurzfristige Bankdarlehen jederzeit gedeckt werden.

Insgesamt ist die badenova Gruppe für die Zukunft gut aufgestellt. In der Unternehmensstrategie sind die künftigen Herausforderungen identifiziert, konkrete Maßnahmen für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele formuliert und in die Umsetzung gebracht. Für laufende juristische Verfahren sind im Jahresabschluss 2021 entsprechende Beträge zurückgestellt.

Für das Geschäftsjahr 2022 ist für die badenova Gruppe ein Jahresüberschuss von 56,2 Mio. EUR geplant. Das Jahresergebnis wird demnach planmäßig leicht unter dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 liegen.

Die Prognose wurde ohne die derzeit nicht abschätzbaren weiteren Folgen des Ukraine-Krieges aufgestellt. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind auch durch die bestehenden Unsicherheiten über die Rohstofflieferungen die Preise im Strom- und Gashandel angestiegen, was zu entsprechenden Anpassungen auf der Absatzseite führt. Die weiteren Folgen des Ukraine-Konflikts waren zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts noch nicht absehbar.

Mittelfristig werden alternative Formen der Energieversorgung insbesondere in den Bereichen Wind und Photovoltaik deutlich ambitionierter umzusetzen sein als dies bislang vom Gesetzgeber geplant wurde. Unser Geothermie-Projekt soll in diesem Kontext einen wichtigen Beitrag zur Lieferung CO₂-neutraler Wärme für die Region liefern. Die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für solche Projekte werden sich vor dem Hintergrund der globalen fossilen Energiekrise vermutlich weiter verbessern. Die badenova Gruppe sieht sich hierfür gut aufgestellt, um in diesem Prozess auch künftig gut wirtschaftlich partizipieren und die Energiewende vor Ort weiter voranbringen zu können.

Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet in dem Ende Januar veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht 2022 ein Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent. Die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der militärischen Eskalation in der Ukraine sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen die Russische Föderation auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sind allerdings zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht abschätzbar. Diese Entwicklung kann negative Auswirkungen auf den weiteren operativen Geschäftsverlauf der badenova mit sich bringen.

Freiburg im Breisgau, 22. April 2022
badenova Verwaltungs-AG



Hans-Martin Hellebrand



Heinz-Werner Hölscher